



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

IX Legislatura - IX Gesetzgebungsperiode
1983 - 1988

SEDUTA **108.** SITZUNG

28.4.1988

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 73:

"Norme in materia di istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza", presentato dalla Giunta regionale

pag. 2

Disegno di legge n. 76:

"Recepimento del Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 18 settembre 1987, n. 392 in materia di assunzioni nel pubblico impiego, nella Regione Trentino-Alto Adige", presentato dai consiglieri regionali Marzari, Tonelli, Rella, Tartarotti, Ziosi, D'Ambrosio e Barbiero De Chirico

pag. 24

Disegno di legge-voto n. 3:

"Modifica dello Statuto di autonomia per garantire ai cittadini di madrelingua tedesca della valle del Fersina e Luserna e ladina dei sette Comuni della Valle di Fassa in provincia di Trento i medesimi diritti di cui godono i cittadini di madrelingua tedesca e ladina della provincia di Bolzano", presentato dai consiglieri regionali Fedel, Klotz, Casagrande, Meraner e Cadonna

pag. 56

Gesetzentwurf Nr. 73:

"Bestimmungen auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen", eingebracht vom Regionalausschuß

Seite 2

Gesetzentwurf Nr. 76:

"Rezipierung des Dekretes des Präsidenten des Ministerrates vom 18. September 1987, Nr. 392 über Personaleinstellungen im öffentlichen Dienst in der Region Trentino-Südtirol", eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Marzari, Tonelli, Rella, Tartarotti, Ziosi, D'Ambrosio und Barbiero-De Chirico

Seite 24

Begehrensgesetzentwurf Nr. 3:

"Änderung des Autonomiestatuts, um den Bürgern deutscher Muttersprache des Fassatales und von Lusern sowie jenen ladinischer Muttersprache der 7 Gemeinden des Fassatales in der Provinz Trient die gleichen Rechte zu gewährleisten, die die Bürger deutscher und ladinischer Muttersprache der Provinz Bozen haben", eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Fedel, Klotz, Casagrande, Meraner und Cadonna

Seite 56

INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER

TRIBUS (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	pag. 3
RELLA (Partito Comunista Italiano)	" 7
BOESSO (Partito Repubblicano Italiano)	" 9
KLOTZ (Südtirol)	" 9
MITOLO (Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)	" 12-39
PETERLINI (Südtiroler Volkspartei)	" 13-28-91
FRANZELIN WERTH (Südtiroler Volkspartei)	" 18-47
LORENZINI (Democrazia Cristiana)	" 21
MARZARI (Partito Comunista Italiano)	" 24-27-28-42-49-51
DEGAUDENZ (Democrazia Cristiana)	" 25
LANGER (Lista Alternativa Lista Verde/ Alternative Liste Grüne Liste)	" 34-44-74

a BECCARA

(Democrazia Cristiana)

pag. 40-48-53-56

FEDEL

(Partito del Popolo Trentino Tirolese per
l'Unione Europea-Due Stelle Alpine)

" 56-57-63

BACCA

(Democrazia Cristiana)

" 61

Vorsitzender Präsident Zingerle

Presidenza del Presidente Zingerle

Ore 9.31

PRÄSIDENT: Ich ersuche um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

VALENTIN: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung des Regionalrates der Region Trentino-Südtirol ist eröffnet.

PRESIDENTE: La seduta del Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige è aperta.

PRÄSIDENT: Ich ersuche um die Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

VALENTIN: (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(Segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Darf ich um etwas mehr Ruhe bitten. Es wird Ihnen sicherlich auch nicht entgangen sein, daß man kaum mehr in der Lage ist, das gene Wort zu verstehen. Ich bitte Platz zu nehmen.

Sind Bemerkungen zum Protokoll? Das scheint nicht der Fall zu sein, somit erkläre ich das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Vorrei pregare i sigg. Consiglieri di fare un po' di silenzio. Di certo avranno notato che non si riesce nemmeno più ad udire la propria voce. Prego, vogliate prendere posto.

Vi sono obiezioni in merito al processo verbale? Non ve ne sono. Il processo verbale è approvato.

PRÄSIDENT: Für die heutige Sitzung haben sich folgende Damen und Herren

Abgeordneten entschuldigt: Tomazzoni, Tonelli, Pahl, Ricci, Spögler, Benedikter, Mayr und Fruet. Verzeihung, ich korrigiere: Abg. Mayr ist anwesend. Ziosi und Tartarotti lassen sich ebenfalls entschuldigen.

PRESIDENTE: Per l'odierna seduta hanno giustificato la loro assenza i seguenti consiglieri: Tomazzoni, Tonelli, Pahl, Ricci, Spögler, Benedikter, Mayr e Fruet. Chiedo scusa, mi correggo: il cons. Mayr è presente. Anche i cons. Ziosi e Tartarotti si sono giustificati.

PRASIDENT: Wir kommen somit gleich zur Behandlung des Tagesordnungspunktes Nr. 1. Gesetzentwurf Nr. 73: "Bestimmungen auf dem Gebiet der öffentlichen Fürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen" eingebracht vom Regionalausschuß. Wir sind bei der Behandlung dieses Gesetzentwurfes bei der Abstimmung über den Art. 24 stehengeblieben. Wir stimmen über den Art. 24 ab. Wer sich für die Annahme des Art. 24 ausspricht, möge die Hand erheben. Ich bitte zu zählen. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei dieser Abstimmung haben sich folgende Stimmenverhältnisse ergeben: 34 dafür, 13 dagegen und 4 Stimmenthaltungen. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Der Art. 24 ist genehmigt.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla trattazione del punto n. 1 all'ordine del giorno: disegno di legge n. 73: "Norme in materia di istituzioni pubbliche di assistenza e beneficenza", presentato dalla Giunta regionale. Eravamo rimasti alla trattazione dell'art. 24 di questo disegno di legge. Pongo quindi in votazione l'art. 24. Chi è favorevole all'approvazione dell'art. 24, è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

Esito della votazione: 34 favorevoli, 13 contrari e 4 astenuti. E' stato quindi raggiunto il numero legale; l'art. 24 è approvato.

PRASIDENT: Sind Stimmabgabeerklärungen? Somit sind alle Artikel dieses Gesetzes genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono dichiarazioni di voto? Sono quindi stati votati tutti gli articoli del presente disegno di legge.

PRASIDENT: Wir kommen zur Schlußrunde. Sind vor der endgültigen Abstimmung über den Gesetzentwurf Erklärungen zur Stimmabgabe?

Abg. Tribus, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Siamo giunti alla conclusione del disegno di legge in trattazione. Prima della votazione finale, qualcuno desidera intervenire in dichiarazione di voto?

Cons. Tribus, a Lei la parola.

TRIBUS: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Eine Stimmabgabeerklärung zu diesem Gesetz, das jetzt bereits seit einigen Wochen aufgrund der Sturheit der Mehrheitsfraktionen in diesem Hause liegengeblieben ist, kann natürlich zuerst nur davon ausgehen, daß wir uns heute nach einer Besprechung im Fraktionssprecherkollegium überzeugen haben lassen, doch an der Abstimmung teilzunehmen, obwohl ich gleich sagen muß, daß auch heute - wenn wir nicht mitgestimmt hätten - die Mehrheit wiederum keine Mehrheit gehabt hätte und somit auch heute die Beschlußfähigkeit nicht gegeben wäre. Wenn wir trotzdem im Saal geblieben sind, dann deshalb - und ich würde Wert darauf legen, daß in einer der folgenden Erklärungen der Vertreter der Mehrheitsparteien auch offiziell bekanntgibt, was im Fraktionssprecherkollegium vereinbart wurde - weil wir, was dieses Gesetz betrifft, auf unseren Standpunkt verzichten, da von seiten der Mehrheitsparteien das Versprechen, das Zugeständnis gemacht wurde, daß in Zukunft bei folgenden Gesetzen, (und eines der nächsten Gesetze wird das sein, das die Sanitätseinheiten betrifft) die wichtig sind, vielleicht wichtiger als dieses, unserem Standpunkt und unserer Forderung Rechnung getragen werden wird. Wir haben diesen Vorschlag akzeptiert, auch deshalb, weil wir aus Erfahrung wissen, daß in zahlreichen Gemeinden, in denen sich die Körperschaften befinden, die in diesem Gesetz behandelt werden, es bereits auch ohne gesetzliche Absicherung eine Praxis gibt, daß Vertreter der Minderheiten in das Rechnungsprüferkollegium benannt werden. Aus diesem Grunde sind wir von unserem Standpunkt abgerückt und haben dieser Kompromißlösung zugestimmt, obwohl wir natürlich weiterhin am Prinzip festhalten, daß es eine Pflicht der Minderheiten sein muß, auch in diesen Gremien die Interessen der Bürger wahrzunehmen und darauf zu achten, daß eine korrekte Verwaltung gewährleistet wird. Ich erinnere zum wiederholten Male an gemachte Erfahrungen mit diesen Körperschaften. Das Beispiel ECA-Bozen ist noch allzu bekannt, als daß man elegant darüber hinweggehen könnte. Der Prozeß wird dann an den Tag legen, was dort alles vermasselt und verschwindelt worden ist. Deshalb glaube ich, war es doch eine sehr fragwürdige Haltung der Mehrheitsparteien, wenn sie

eine Position eingenommen haben, die tatsächlich den Anschein erwecken mußte, daß hier durch diese Position etwas zugedeckt werden soll, was im Interesse der sauberen Verwaltung offengelegt sein muß. Dies zu diesem Problem, das eben das Gesetz für 4-5 Sitzungen hat liegenlassen.

Nun zum Gesetz allgemein. Dieses Gesetz ist natürlich grundsätzlich ein notwendiges Gesetz, das zwar mit einer gewissen Verspätung kommt. Es hätte bereits viel früher verabschiedet werden müssen und es ist ein Rahmengesetz, das einen Bereich regelt, dem in der Südtiroler und auch in der Trentiner Gesellschaft eine sehr große Bedeutung zukommt. Wir haben in unserer Gesellschaft in Südtirol und auch im Trentino auf diesem Gebiet eine sehr große positive Tradition. Wir haben eine Reihe von Institutionen, Stiftungen, die sehr weit zurückgehen und somit heute noch zumindest versuchen, dem Auftrag ihrer Stifter nachzukommen. Es ist deshalb unbedingt notwendig gewesen, all diesen Einrichtungen eine einheitliche Verwaltung zu geben und den Rahmen abzustecken, in dem sich diese zu bewegen haben. Natürlich waren wir nicht in allem einverstanden und wir haben das auch versucht in einer Reihe von Abänderungsanträgen zum Ausdruck zu bringen. Vor allem waren wir bestrebt und bemüht, immer die Intentionen der Stifter dieser Institutionen respektiert zu sehen. Wir waren deshalb gegen eine oft zu simplifizierende Gleichmacherei vor dem Gesetz, weil wir doch der Meinung sind, daß immer die Intention jener Leute, die vor Jahren den Grundstein einer Stiftung gelegt haben, daß diese, und nur diese, respektiert werden muß. Bozen zum Beispiel hat auf diesem Gebiet eine sehr große Tradition und heute sind natürlich im Zuge der Gleichmacherei - muß ich sagen - diese Stiftungen zum Teil gar nicht mehr bekannt, weil sie entweder als Gemeindebetriebe geführt werden oder als eher bedeutungslose Institutionen ein Dasein fristen, das nicht immer dem großen Auftrag gerecht wird, der eigentlich ihren Statuten zugrunde liegt.

(Unterbrechung)

PRÄSIDENT: Herr Abgeordneter, Sie haben noch eine Minute Redezeit.

(Unterbrechung)

TRIBUS: Das wollte ich noch in dieser Minute sagen: Bozen hat eine derart große Tradition auf diesem Gebiet, daß in einer Denkschrift gesagt wird, die im Jahre (jetzt finde ich das Datum nicht)

herausgegeben wurde: "Wenn es in der österreichisch-ungarischen Monarchie eine Gemeinde gibt, die für ihre Bemühungen, das Los der Armen zu lindern, ein Lob verdiene, so ist es die Stadtgemeinde Bozen." Und es wäre jetzt - aber leider ist die Zeit um - interessant, auf einige dieser bedeutenden Stiftungen Bozens einzugehen, die im wesentlichen heute noch existieren und praktisch den Grundpfeiler dieser Wohltätigkeitseinrichtungen in Südtirol ausmachen.

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! La mia dichiarazione di voto in merito a questa legge ormai ferma da settimane a causa della testardaggine dei partiti di maggioranza qui rappresentati è stata resa possibile principalmente dal fatto che oggi ci siamo fatti convincere, dopo una consultazione in seno al collegio dei capigruppo, a partecipare a questa votazione. Faccio comunque notare che anche oggi - se non avessimo preso parte alla votazione - la maggioranza non avrebbe raggiunto il numero legale. Se siamo rimasti in aula, (e mi sta a cuore che in una delle successive dichiarazioni il rappresentante dei partiti di maggioranza renda ufficialmente anche noto ciò che è stato deciso all'interno del collegio dei capigruppo) allora è solo perché ci allontaniamo dalla posizione originaria assunta in merito a questo disegno di legge, in quanto da parte dei partiti di maggioranza ci è stato assicurato e concesso che in futuro in occasione di altre leggi, che sono forse molto più importanti di questa - e una delle prossime sarà quella concernente le Unità sanitarie locali - si terrà conto della nostra richiesta, della nostra rivendicazione. Abbiamo accettato questa proposta anche perché sappiamo per esperienza che in numerosi Comuni nei quali esistono le istituzioni oggetto della presente legge è tuttora diffusa la prassi, pur non esistendo una garanzia giuridica, di nominare rappresentanti delle minoranze nel collegio di revisori dei conti. Per questo motivo ci siamo allontanati dalla nostra posizione originaria ed abbiamo acconsentito ad accettare questa soluzione di compromesso, anche se siamo ancora fermamente convinti che è un dovere delle minoranze, quello di rappresentare in tali organi gli interessi dei cittadini facendo in modo che venga garantita una corretta amministrazione. Mi permetto di far presente per l'ennesima volta l'esperienza avuta con queste istituzioni: l'esempio ECA di Bolzano è ancora troppo recente perché si possa elegantemente passarci sopra; nel corso del processo poi verranno a galla tutte le manovre e i sotterfugi. Per questo considero molto discutibile l'atteggiamento assunto dai partiti di maggioranza, ovvero di prendere una posizione tale da far pensare che qui si voglia

così nascondere ciò che dovrebbe invece essere trasparente per una corretta amministrazione. Questo è quanto volevo dire in merito alla situazione che ha paralizzato questa legge per 4-5 sedute.

Per quanto concerne la legge nel merito vorrei dire che essa è fondamentalmente una legge necessaria, ma che arriva con un certo ritardo: essa avrebbe dovuto essere presentata e approvata molto tempo prima. Si tratta di una legge-quadro che disciplina un settore di primaria importanza per tutta la comunità altoatesina e trentina. In Alto Adige ed in Trentino possiamo vantare infatti una vasta tradizione in questo campo; ci sono una serie di istituzioni, fondazioni che risalgono a tempi remoti e che cercano ancor oggi di tener conto della volontà fondazionale di chi le chiamò in vita. Per questo è stato necessario predisporre per tutti questi istituti una disciplina comune e determinare un quadro omogeneo entro il quale queste strutture dovessero muoversi. Naturalmente non eravamo d'accordo in tutto e per tutto e quindi abbiamo presentato delle proposte di emendamento. Ci siamo soprattutto adoperati affinché si tenesse conto della volontà fondazionale dell'istitutore. Per questo motivo eravamo contro un appiattimento spesso semplicistico di questa legge: siamo infatti dell'avviso che l'intenzione di coloro che hanno posto le fondamenta di un'istituzione debba venire assolutamente rispettata. Bolzano ha una ricca tradizione in questo settore alle sue spalle benché oggi sulla linea di questo livellamento molte di queste istituzioni non siano nemmeno conosciute in quanto vengono gestite come aziende comunali oppure sopravvivono a stento come istituzioni insignificanti che non riflettono più in minima parte gli obiettivi originariamente sanciti dai loro statuti.

(interruzione)

PRESIDENTE: Signor Consigliere, Lei ha ancora un minuto a disposizione.

(interruzione)

TRIBIS: Volevo dire ancora una cosa in questo minuto. Bolzano vanta una tradizione talmente ampia in questo settore che in un memoriale pubblicato nell'anno... (ora non trovo la data) si dice: "Se esiste un comune nella monarchia austro-ungarica che è degno di lode per aver cercato di alleviare il destino dei poveri, allora questo è il Comune di Bolzano". Purtroppo ora non c'è tempo, ma sarebbe interessante vedere in

dettaglio alcune di queste istituzioni più importanti, che ancor oggi esistono e che costituiscono praticamente il pilastro principale delle istituzioni di assistenza e beneficenza in Alto Adige.)

PRASIDENT: Auf der Rednerliste scheint nun Abg. Rella auf. Er hat das Wort.

PRESIDENTE: Sulla lista dei relatori è ora iscritto a parlare il cons. Rella. A lui la parola.

RELLA: Grazie, signor Presidente. Credo che la dichiarazione di voto di ogni gruppo andrà ad incentrarsi più che sul complesso del disegno di legge, sul quale già ci eravamo espressi in Commissione, e sui singoli articoli, sulla questione che ha tormentato la conclusione dei lavori del Consiglio regionale, vale a dire la nomina dei revisori dei conti.

Credo che vada messa in evidenza la soluzione parzialmente positiva che stiamo raggiungendo, frutto di un'opportuna mediazione che peraltro noi avevamo tentato di proporre e di promuovere attraverso iniziative e in Commissione e nella Conferenza dei capigruppo con proposte anche di modificazione nella composizione del Collegio dei revisori dei conti e cercando di offrire, al S.V.P., secondo noi in modo assolutamente ingiusto dal punto di vista politico, ma anche dal punto di vista del rapporto tra le forze nell'istituzione, la possibilità di soluzioni praticabili, ragionevoli, nella convinzione che si tratta di una questione di democrazia sostanziale e non di un aspetto formale, di un istituto, quello dei revisori dei conti, di grandissima importanza nel momento in cui discuteremo la legge sulle Unità sanitarie locali che gestiscono, notoriamente, mille miliardi.

Ora avevamo rilevato che una posizione rigida come quella dimostrata dalla maggioranza, in particolare da una forza, da quella principale della maggioranza di questa istituzione, si prestava ad una lettura assolutamente negativa, ad un comportamento omertoso, a copertura di eventuali irregolarità nella gestione della enorme risorsa delle Unità sanitarie locali che, ripeto, gestiscono nella nostra Regione qualcosa come mille miliardi all'anno e noi sappiamo quali sono le preoccupazioni attorno alle cattive gestioni amministrative che hanno caratterizzato molte realtà delle Unità sanitarie locali a livello nazionale e quindi ritenevamo, e riteniamo ancora, che la questione della presenza di un rappresentante tecnico designato dalle minoranze costituisse un elemento imprescindibile per dare garanzia a chiunque ed

in particolare per rispondere ad un diritto di trasparenza degli atti della pubblica amministrazione, ma soprattutto per dare agli stessi amministratori una garanzia di una corretta operazione di revisione dei conti; per cui a noi sembrava, ripeto, che tale questione di democrazia sostanziale dovesse stare anche nell'interesse delle stesse forze di governo.

L'assurda rigidità che ha caratterizzato il comportamento della maggioranza nel rifiuto di introdurre quella correzione indispensabile al disegno di legge e l'incapacità di mediazione dimostrata in particolare da chi oggi è assente, la qual cosa forse ha permesso di arrivare al raggiungimento di un risultato positivo, quale è quello concordato stamane nel collegio dei capigruppo, dimostra quanto sia stato sbagliato tale atteggiamento, che in buona parte ha creato delle condizioni negative anche in ordine alla valorizzazione del ruolo di questa nostra istituzione.

Ogni atto di sovraccaricamento di significati e di rigidità assolutamente ingiustificati determina situazioni negative per il funzionamento della stessa autonomia, dell'istituzione autonomistica che non può essere considerata "cosa nostra" di una maggioranza, essendo le soluzioni insite in un rapporto corretto e dialettico.

Concludendo ricordo che questa soluzione di compromesso per le Unità sanitarie locali scaturisce da una nostra proposta avanzata nel collegio dei capigruppo nella precedente seduta e da un'azione che abbiamo condotto anche con alcuni rappresentanti del S.V.P., quindi vogliamo ricordare l'opportunità di un confronto più aperto che deve trarre insegnamento da questa esperienza negativa, le cinque sedute inutilmente perdute, per cui desideriamo che il Presidente della Giunta, o comunque la Giunta, dichiarino in sede di dichiarazione di voto, l'impegno di modificare, come concordato nel collegio dei capigruppo, la norma del disegno di legge concernente le Unità sanitarie locali e ci auguriamo di trovare un accordo tra tutte le componenti o tra la maggioranza delle componenti del Consiglio regionale per una successiva modifica concordata e mediata anche della presente normativa, affinché si possa correggere il difetto di questa legge, che noi consideriamo comunque positiva, pur mantenendo essa una grossa lacuna relativa al collegio dei revisori dei conti.

Per questa ragione noi daremo un voto di astensione, apprezzando la legge, ma rilevando, ribadisco, la negatività di questa lacuna, con l'auspicio, signor assessore, che si possa modificare concordemente questo aspetto della legge in esame, non appena il Governo

avrà concesso il proprio visto. Grazie.

PRASIDENT: Das Wort hat Abg. Boesso.

PRESIDENTE: La parola al cons. Boesso.

BOESSO: Signor Presidente, anche noi esprimeremo voto di astensione, ma desidero esternare il mio apprezzamento per il buon senso dimostrato dall'assessore competente nell'accettare un professionista nei collegi dei revisori delle quindici U.S.L. della nostra regione; le U.S.L. sono sì lo scandalo nazionale, lo leggiamo sulla stampa, ma anche la nostra Regione non ne è immune, non si dimentichi che ci sono state al riguardo ben undici amnistie riconfermate in appello, per cui i nostri amministratori non sono stati giudicati. Non è necessario varcare i confini della nostra regione per trovare qualche esempio di amministrazione allegra, signor assessore, è accaduto anche in casa nostra, ma si fa presto a dimenticare certi dibattiti che si sono svolti nei Consigli comunali e provinciale di Bolzano. Esprimo comunque un apprezzamento per avere accettato un professionista, anche al di fuori delle parti politiche, indicato dalla minoranza, è stata una decisione saggia, noi ci asterremo su questa legge, ma concorreremo a garantire la presenza del numero legale. Grazie.

PRASIDENT: Das Wort hat Frau Abg. Klotz.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Klotz.

KLOTZ: Ich bin der Meinung, daß es sich bei diesem Gesetz im Grunde genommen um eine Versündigung gegen das Subsidiaritätsprinzip handelt; daß es des weiteren ein zusätzlicher Akt der Zentralisierung ist und nicht etwa das Gegenteil, denn wenn wir hier im Begleitbericht lesen, daß im Jahre 1977 mit einem Dekret die Staatsbefugnisse betreffend öffentliche Wohlfahrt insgesamt auf die Gemeinden übergegangen sind und daß dann aber die Wirksamkeit dieses Dekretes durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs zurückgenommen worden ist, so bedeutet das eben wirklich einen zusätzlichen Akt der Zentralisierung auf einem Gebiet und in einem Bereich, von dem wir alle wissen, daß es um die praktische Wirksamkeit geht. Da muß praktische Hilfe geleistet werden, da muß praktische Arbeit erbracht werden und das muß einfach im Detail funktionieren, und nicht indem man X Bürokratismen einbaut, die eben

diese Sofortmaßnahmen, konkreten Hilfsmaßnahmen, eher behindern als beschleunigen. Aus diesem Grunde ist dieses Gesetz also eine Verbeamtung des Fürsorgewesens. Man sollte Fürsorgeangelegenheiten wirklich an die kleinsten Einheiten delegieren, weil sie diese Arbeiten am funktionellsten bewältigen können. Wir hören hier von so vielen Behördenmaßnahmen, von so vielem bürokratischen Ballast, daß ich mir nicht vorstellen kann, daß es tatsächlich dann dem Bedürftigen konkret und schnell Hilfe angedeihen lassen kann. Dort, wo bisher persönlicher Einsatz und persönliche Opferbereitschaft, gerade im privaten Rahmen, sehr viel geleistet haben, sehr vielem Elend und sehr vieler Not Abhilfe getan haben, wird das wahrscheinlich durch diese bürokratische Hürde teilweise behindert.

Insofern also kann man nicht sagen, daß es eine gute gesetzliche Initiative und eine gute gesetzliche Regelung ist. Man muß selbstverständlich dafür halten, daß das halt eben auch mit dem Mangel an Autonomie zu tun hat, weil eben die Regionalregierung sich an das Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes zu halten hat und sich danach ausrichtet. Und es ist halt eben so, daß wir uns insofern einem tieferen Niveau anpassen müssen, denn es ist genauso im Begleitbericht die Rede davon, daß auf gesamtstaatlicher Ebene solche Fürsorgemaßnahmen noch nicht konkreten Niederschlag gefunden haben, währenddem - wie Vorredner Tribus bereits besagt hat - gerade Tirol, vor allen Dingen das alte Tirol, ein Musterbeispiel dafür gewesen ist, daß die Besserbemittelten, die Bürger, die Adeligen, eben dafür gesorgt haben, daß die Notleidenden und Minderbemittelten ein Auskommen hatten, daß den Waisenkindern geholfen wurde, daß Kranke ärztliche Pflege hatten. So bedeutet das nun eben ein Abgehen von diesen guten alten Traditionen, die damals ohne großen Bürokratismus, ohne großen Aufhebens bestens funktioniert haben, eben aufgrund der privaten Initiative, die nun in diesem Gesetz leider Gottes sehr behindert wird.

Aus diesem Grunde kann ich dem Gesetz meine Zustimmung nicht geben.

(A mio avviso questa legge altro non è, in fondo, che un affronto al principio di sussidiarietà, un ulteriore atto di centralismo - non certo il contrario. Nella stessa relazione accompagnatoria, infatti, si legge che nel 1977 le competenze dello stato in materia di beneficenza pubblica erano state trasferite ai comuni, ma che una successiva sentenza della Corte costituzionale ha poi annullato l'efficacia del decreto col quale si disponeva tale trasferimento.

Ebbene, questo è un ulteriore atto di centralizzazione in un campo e in un settore nel quale, lo sappiamo tutti, la cosa più importante è l'efficienza: un settore nel quale servono aiuti concreti, interventi concreti, funzionali e funzionanti nel dettaglio, e non nuovi ulteriori burocratismi che, anziché favorirli, li ostacolano. Per questa ragione, dunque, questa legge ci sembra foriera di un'ulteriore "burocratizzazione" nel settore dell'assistenza. Bisognerebbe delegare le questioni assistenziali alle unità decentrate, perché solo esse sono in grado di provvedervi nel modo più funzionale possibile; e invece qui si parla di talmente tanti provvedimenti burocratici, di tanta e tale "zavorra" burocratica che davvero non riesco a pensare a tutto ciò come ad un aiuto effettivo, concreto e tempestivo per i bisognosi. Se fino ad oggi impegno e spirito di sacrificio personale, soprattutto nel privato, sono riusciti a fare grandi cose contro la miseria e il bisogno, d'ora in poi essi troveranno probabilmente grossi intralci proprio a causa di questa burocratizzazione. Non si può certo dire, quindi, che si tratti di un'iniziativa legislativa felice. Naturalmente c'è da credere che tutto ciò sia legato in qualche modo anche alla mancanza di autonomia, perché del resto la Giunta regionale non può che attenersi e conformarsi alla sentenza della Corte costituzionale. E così accade di doverci adeguare ad un livello inferiore: nella stessa relazione accompagnatoria si afferma che a livello nazionale questi interventi assistenziali non hanno trovato ancora una loro concretizzazione mentre proprio il Tirolo, soprattutto l'antico Tirolo, costituisce un modello esemplare a questo proposito. Qui - come diceva poco fa anche il collega Tribus - i più benestanti, i borghesi, i nobili, hanno sempre provveduto affinché anche i meno abbienti avessero il necessario per vivere, gli orfani avessero un sostegno, i malati l'assistenza medica. Con questa legge in realtà si viene meno a tutte queste buone vecchie tradizioni, che a loro tempo hanno funzionato perfettamente senza tanti burocratismi e tanto chiasso, sulla spinta - appunto - di quell'iniziativa privata che tanti ostacoli incontra, purtroppo, in questo disegno di legge.

Per questa ragione non posso dare la mia approvazione a questa proposta di legge.)

PRASIDENT: Es scheint niemand mehr auf der Rednerliste auf...

Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Mitolo. Ich erteile ihm das Wort.

PRESIDENTE: Nessun altro è iscritto a parlare...

Ha chiesto la parola il cons. Mitolo. Ne ha facoltà.

MITOLO: Signor Presidente, il Movimento sociale italiano si asterrà dal votare questa legge, certamente l'iter che essa ha avuto in Consiglio regionale ci porta a fare certe considerazioni di natura generale, che ovviamente attengono più al funzionamento di questa nostra istituzione che non al tema specifico della legge in discussione.

Abbiamo dovuto constatare come purtroppo, quando ci si irrigidisce su certe questioni che non sono nemmeno di principio, ma direi più attinenti al prestigio dei presentatori della legge e della Giunta in generale, si corre il rischio di vedere ridicolizzata - lasciatemi dire ed usare questo termine - la funzione di questo organo legislativo.

Apprendo che questa mattina finalmente si è giunti ad un accordo e che in futuro, in particolare per quanto riguarda la nomina dei revisori dei conti, ci si atterrà ad una proposta che è stata formulata anche dalle minoranze politiche, la cosa naturalmente mi fa piacere, ne prendo atto con soddisfazione, ma al tempo stesso debbo rilevare come per giungere ad un certo risultato occorra mettere in atto il metodo dell'ostruzionismo e credo che non sia una cosa molto simpatica e molto apprezzabile proprio per la serietà e per la sostanza di quella che è la nostra funzione in questo consesso.

Sul provvedimento di legge in sé c'è poco da dire, sì forse è vero che non attua un principio estremo di decentralizzazione, ma era pur necessario e rientra nel quadro delle competenze specifiche della Regione, per cui non so in effetti quanto avremmo potuto ottenere con una diversa disposizione circa i rilievi, le osservazioni fatte e ricordando i tempi felici, possiamo dire che a quei tempi non si prospettavano e non esistevano certe situazioni che viceversa i tempi moderni hanno introdotto e hanno posto all'attenzione proprio dell'amministrazione pubblica, per cui non so oggi quanto in certe situazioni le iniziative private farebbero meglio delle organizzazioni pubbliche, resto molto scettico perché, ripeto, le situazioni che sono andate maturandosi, tengono conto di uno sviluppo della società, dei mezzi dell'attività anche in campo pubblico che non sempre le singole organizzazioni private possono affrontare, perché non dotate di mezzi sufficienti e di personale.

Noi rileviamo ancora una volta come segno negativo il richiamo al criterio della proporzionale etnica per quanto riguarda l'assunzione di personale, che da questo punto di vista, anche se corretto con un

comma in cui si afferma che eventuali posti vacanti per mancanza di concorrenti idonei possono essere coperti da candidati idonei appartenenti ad altro gruppo linguistico, resta pur sempre un principio che a nostro giudizio non è accettabile, soprattutto non è accettabile la restrittività del principio che vuole la proporzionale applicata in queste strutture come risulta dal rapporto che si stabilisce nel consiglio di amministrazione, sappiamo che in questi giorni è in corso un accordo e vi è in vista una certa modifica, che anche questa non ci soddisfa, ma che comunque è già un passo verso un miglioramento della situazione. Ecco proprio per questo motivo riteniamo di non poter dare il nostro assenso ad una legge che peraltro è una legge di ordinamento, una legge quadro che migliora ed in parte aggiorna quelle che sono le norme nazionali che datano addirittura dal 1890.

Per queste ragioni il Movimento sociale italiano si asterrà dal voto.

PRASIDENT: Auf der Rednerliste scheint Abg. Peterlini auf.
Ich erteile ihm das Wort.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Peterlini.
Ne ha facoltà.

PETERLINI: Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Stimmabgabeerklärung zu diesem Gesetz ist es sicherlich notwendig, auch etwas zur Einigung über den weiteren Fortgang der Arbeiten zu sagen. Man hat in diesem Zusammenhang - aus dem Munde der Alternativen vor wenigen Minuten - der Mehrheit und damit auch der Südtiroler Volkspartei Sturheit vorgeworfen und gemeint, wir hätten mit unserem partout-Standpunkt, den wir bisher eingenommen haben, diese Sturheit eben an den Tag gelegt. Ich glaube, daß wir mit unseren Bemühungen und den Gesprächen, die wir geführt haben, und mit der heute von der SVP im Fraktionsführerkollegium abgegebenen Erklärung, unterstrichen von der Democrazia Cristiana, doch einen wesentlichen Beitrag geleistet und im Sinne der Aufgeschlossenheit und der Gesprächsbereitschaft bewiesen haben, daß wir das notwendige Verständnis auch für die Probleme der Minderheiten haben. Wir haben bisher - und das soll unterstrichen werden - folgenden Standpunkt eingenommen, der sich in diesem Gesetz auch durchziehen wird. Bei diesem Gesetz wird sich ja nichts ändern. Der Artikel ist ja vor einigen Minuten so verabschiedet worden, wie er ursprünglich abgefaßt worden ist.

Unser Standpunkt bezüglich der Rechnungsrevisoren ist folgender: Die Rechnungsrevisoren haben die Aufgabe - wie es im Art. 25 des Gesetzes festgehalten ist - die Aktiv- und Passivrechnungen zu prüfen und die gesamte Finanzgebarung auf ihre Richtigkeit, auf ihre buchhalterische und juristische Präzision zu prüfen und ihre Stichhaltigkeit, auch zahlenmäßig, einer Kontrolle zu unterwerfen. Es geht also vor allem um eine juristische, buchhalterische Aufgabe, die unserer Meinung nach - und dieser Standpunkt bleibt aufrecht - ausschließlich von Fachleuten wahrgenommen werden kann. Wir haben uns bis jetzt erfolgreich dagegen gewehrt und wir werden uns auch in Zukunft dagegen wehren, daß dieses Fachleutegremium aus Politikern zusammengesetzt ist und möglicherweise unter den politischen Parteien unter dem Stichwort des italienischen gängigen Wortes "lottizzazione" oder "Machtaufteilung" zwischen den Parteien aufgeteilt wird. Fachleuteorgane müssen aus Fachleuten bestehen. Auf diesem Standpunkt bleiben wir heute und werden es auch in Zukunft bleiben. Wohl aber haben wir uns aufgeschlossen gezeigt und geben damit auch unsere politische Bereitschaft hier kund, daß bei der Nominierung dieser Fachleute auch die Minderheiten gebührend miteinbezogen werden sollten. Zu diesem Gesetz bleibt die Vorlage wie sie ist, wohl aber ist die Südtiroler Volkspartei bereit und hat durch ihre Mitglieder auch im Ausschuß ihre Bereitschaft eingebracht - wir werden anschließend die Erklärung auch aus dem Munde des Assessors Lorenzini hören - beim nächsten wichtigen Gesetz, das die Sanitätseinheiten und damit das gesamte Gesundheitswesen regelt diesem Standpunkt der Minderheiten entgegenzukommen: von den drei vorgesehenen Rechnungsrevisoren einen auf Vorschlag der Minderheiten zu bestimmen. Es steht noch offen, wie das genau erfolgen soll. Unsere Vorstellung ist die, daß die Minderheiten einen Dreivorschlag von Fachleuten - ich betone das nochmals: von Fachleuten - machen sollen und aus diesem Dreivorschlag einer eben ernannt wird, um das Dreierkollegium der Rechnungsrevisoren zu bestellen. Ich glaube, daß der Vorwurf der Sturheit also auf jeden Fall zurückzuweisen ist. Ganz im Gegenteil, der Südtiroler Volkspartei könnte eher vorgeworfen werden, in einem Standpunkt nachgegeben zu haben.

Auch zu diesem unterschweligen Vorwurf möchte ich gleich Stellung nehmen und folgendes sagen: Wäre es um eine Frage des Minderheitenschutzes gegangen, um eine Frage der Verteidigung der Autonomie oder um eine Frage des Schutzes der Volksgruppe, dann wäre die Südtiroler Volkspartei sicherlich kein Jota von ihrem Standpunkt abgewichen. Wir haben bisher in allen Fragen, auch wenn es sehr

schwierig war, weil wir ja nur 22 von 70 Abgeordneten in diesem Regionalrat haben, immer dann, wenn es notwendig war, diese Rechte zu verteidigen, die Rechte der Autonomie, des Minderheiten- und Volksgruppenschutzes, immer bis zum Schluß durchgeharret. In diesem Falle geht es nicht um eine solche Frage, sondern ganz im Gegenteil um eine Frage des Demokratieverständnisses, indem wir ohne weiteres auch sagen können, einen Schritt nach vorne getan zu haben, und mit diesem Kompromiß, den wir für die Zukunft und für das nächste wichtige Gesetz in Aussicht genommen haben; haben wir sicherlich auch den Bedürfnissen und Anregungen seitens der Minderheiten Rechnung getragen. Soweit zum Punkt Rechnungsrevisoren, der also damit gelöst wurde, daß wir beim nächsten Gesetz über die Sanitätseinheiten diese Aufgeschlossenheit an den Tag legen werden. Nein, nicht nur diese Aufgeschlossenheit, sondern wir werden bereits in der Gesetzgebungskommission durch den Ausschuß einen entsprechenden Antrag einbringen.

Zum Schluß noch ein kurzes Wort zum Gesetz. Es ist hier der Vorwurf der Überbürokratisierung gemacht worden. Ich glaube, diesen Vorwurf kann man beruhigt zurückweisen. Die Neuordnung der Wohlfahrtskörperschaften war längstens fällig. Es ist in vielen Körperschaften sogar so, daß durch die mangelnde Klarheit der gesetzlichen Unterlagen Unsicherheit, ja manchmal sogar Widersprüche und Streitigkeiten entstanden sind. Das Gesetz regelt in einfacher Weise diese Körperschaften, die ja öffentlich bezuschußt werden und sich damit auch einer gewissen Kontrolle und öffentlichen Ordnung unterwerfen müssen. Ich gebe der Kollegin Klotz schon recht: Wenn die Privaten alleine tätig sind, dann soll man die Privaten alleine handeln lassen. Aber in diesem Falle werden sehr beträchtliche öffentliche Mittel investiert und wenn sehr beträchtliche öffentliche Mittel investiert werden, dann ist es auch richtig, daß die öffentliche Hand eine gewisse Ordnung, gewisse Regeln, aufstellt, die dann für alle rechtsgültig und verbindlich sind.

In diesem Sinne schafft das Gesetz also Klarheit, garantiert eine bessere und einfachere Abwicklung der Arbeiten dieser Wohlfahrtseinrichtungen und die Beteiligung der Bevölkerung und der freiwilligen Mitarbeiter, wie es bisher ja auch der Fall war. Ich hoffe und glaube, daß damit die Voraussetzungen geschaffen werden, daß damit auch für die Altersheime, die in erster Linie betroffen sind, noch bessere Möglichkeiten gegeben sind, um den alten Menschen und allen Menschen, die darauf zurückgreifen müssen, zu helfen. Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

(Signor Presidente! Colleghe e colleghi! In questa dichiarazione di voto al disegno di legge è indispensabile dire qualche parola anche sull'intesa raggiunta circa il proseguimento dei lavori. A questo proposito si è accusata la maggioranza, e quindi anche la SVP - l'abbiamo udito dagli alternativi pochi minuti fa - di essere testarda; di assumere un atteggiamento intrasigente e manifestare così una certa caparbieta. Penso che con il nostro impegno, con le trattative e con la dichiarazione fatta oggi nel Collegio dei capigruppo, sostenuta anche dalla DC, abbiamo dimostrato il contrario e dato un contributo essenziale, e con il nostro atteggiamento aperto e la nostra disponibilità al colloquio abbiamo dimostrato che siamo sensibili anche ai problemi delle minoranze. L'atteggiamento che abbiamo assunto finora - vorrei metterlo in evidenza e ne parlerò più avanti - sta alla base di tutta la legge, la quale, del resto, non verrà cambiata. Difatti l'articolo è stato approvato pochi minuti fa nella sua stesura originale.

Il nostro atteggiamento riguardo ai revisori dei conti si può riassumere nel modo seguente: i revisori dei conti hanno il compito - come prevede l'art. 25 della legge - di esaminare i conti attivi e passivi, di verificare l'esattezza di tutta la gestione finanziaria dal punto di vista contabile e giuridico e di controllare se l'importo delle entrate ed uscite sia giustificato. Si tratta quindi di un compito giuridico-contabile che, a nostro avviso, deve essere svolto esclusivamente da tecnici. Questa opinione non la cambieremo. Finora siamo riusciti a impedire - e anche in futuro cercheremo di farlo - che questo organo tecnico fosse composto da politici e che le cariche venissero distribuite tra i partiti politici secondo la cosiddetta "lottizzazione". Gli organi tecnici devono essere composti da tecnici. Su questo punto rimaniamo fermi oggi e lo rimarremo anche in futuro. Abbiamo tuttavia dimostrato un atteggiamento aperto, manifestando la nostra disponibilità politica a tener conto debitamente anche delle minoranze nella designazione dei tecnici. Questo disegno di legge rimane tale quale, ma la SVP è disponibile, e ha manifestato la sua disponibilità anche in Giunta attraverso i propri rappresentanti - in seguito lo sentiremo dalle dichiarazioni dell'assessore Lorenzini - a tener conto anche della posizione delle minoranze quando si tratterà di esaminare l'importante disegno di legge sulle Unità sanitarie sociali, che regola tutta la sanità: uno dei tre revisori dei conti sarà nominato su designazione delle minoranze. Non è ancora stato risolto come ciò

avverrà. La nostra idea è che le minoranze presentino una terna di nominativi di tecnici - sottolineo: di tecnici - e che da questa terna venga nominato un rappresentante per il Collegio dei revisori, che è composto di tre membri. Penso quindi che l'accusa di caparbia debba essere assolutamente respinta. Al contrario, si potrebbe semmai rimproverare alla SVP di avere ceduto su un punto importante.

Anche riguardo a questa accusa nascosta vorrei prendere posizione: se si fosse trattato di una questione di tutela delle minoranze linguistiche, della difesa dell'autonomia o della tutela del gruppo etnico, la SVP non si sarebbe spostata di un passo. Ogni volta che si è reso necessario difendere questi diritti, i diritti dell'autonomia, della tutela delle minoranze linguistiche ed etniche, abbiamo resistito fino all'ultimo, anche quando abbiamo incontrato delle difficoltà, visto che siamo soltanto 22 consiglieri su 70. Nel caso presente non si tratta di una questione di questo genere, bensì di una questione di sensibilità democratica. Possiamo dire senz'altro che abbiamo fatto un passo in avanti, proponendo per l'avvenire e per la prossima importante legge un compromesso che senza dubbio tiene conto anche delle richieste e sollecitazioni delle minoranze. Questo mi premeva dire riguardo al problema dei revisori dei conti, problema risolto nel senso che in occasione della prossima legge sulle Unità sanitarie locali testimonieremo la nostra apertura e disponibilità. E non solo, ma presenteremo già in Commissione legislativa, attraverso la Giunta, un apposito emendamento.

Infine qualche parola sul disegno di legge. E' stata mossa l'accusa di una eccessiva burocratizzazione. Penso che quest'accusa si possa tranquillamente respingere. Il riordino degli enti di assistenza si attendeva già da parecchio tempo. In molti enti addirittura sono sorte, per mancanza di chiarezza nella normativa, incertezze e persino contraddizioni e controversie. La legge disciplina questi enti in modo molto semplice. Essi ricevono un contributo pubblico e devono quindi sottoporsi a un certo controllo e rispettare una regolamentazione ufficiale. La collega Klotz ha ben ragione quando dice che se i privati gestiscono l'istituzione da soli devono anche poter operare da soli. Però qui si investono notevoli fondi pubblici che giustificano la regolamentazione e l'intervento disciplinatore da parte del pubblico potere. Questa regolamentazione e questa disciplina hanno poi efficacia giuridica e sono vincolanti per tutti.

Questa legge quindi contribuisce ad una maggiore chiarezza, garantisce una migliore e più semplice operatività delle istituzioni di

assistenza e promuove la partecipazione della popolazione del volontariato, come del resto è stato finora. Spero e penso che in questo modo siano stati creati i presupposti, soprattutto per le case di riposo - le maggior interessate a questa legge - per una migliore assistenza agli anziani e a tutti quelli che devono ricorrere a tali servizi. Grazie, signor Presidente!)

PRASIDENT: Das Wort hat Frau Abg. Franzelin.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Franzelin.

FRANZELIN: Sehr geehrter Herr Präsident! Ich möchte dort beginnen, wo mein Vorredner aufgehört hat. Ich möchte unterstreichen, daß es nicht so sein soll, wie die Abg. Klotz erklärt hat, daß durch dieses Gesetz alles und jedes die öffentliche Hand übernimmt, sondern es wird gerade eine Herausforderung der nächsten Jahre sein, die Bevölkerung wieder zu motivieren, selbst mit Hand anzulegen und nicht alles und jedes auf die öffentliche Hand abzuwälzen. Es ist sicher sehr schwierig, in der heutigen Zeit subsidiär solche Einrichtungen zu führen, Initiativen zu ergreifen, denn auch wenn man versuchen möchte, es auf privater Basis zu tun, so sind natürlich auf Schritt und Tritt die Gesetzesbestimmungen im Wege. Aber leider Gottes ist es eben so. Nachdem jede Institution auch auf öffentliche Gelder angewiesen ist, sind somit diese Begrenzungen vorhanden. Es war vor 100 Jahren sicher wesentlich leichter, daß Privatpersonen karitativ tätig geworden sind, daß sie zum Wohle der Mitbürger diese Institutionen geschaffen haben, von denen wir heute noch zehren und daß sie dies ehrenamtlich gemacht haben. In der Folge haben wir einen anderen Lebensstandard auf allen Ebenen erreicht und es ist richtig so, daß auch der ältere Mitbürger in einer besseren Umgebung den Lebensabend verbringen kann. Deshalb sind diese Einrichtungen modernisiert worden. Sie sind natürlich nicht mehr nur auf Spenden aufgebaut, und somit müssen öffentliche Gelder eingesetzt werden, was notgedrungen diesen Bürokratismus bringt. Aber auch die ganzen staatlichen Gesetzesbestimmungen sind dem Subsidiaritätsprinzip im Wege, und die Frage nach der sozialen Verträglichkeit von Sozialleistungen werden wir uns in den nächsten Monaten sicher immer stärker stellen müssen, da auf der einen Seite die Mitarbeiter, die nicht mehr Klosterfrauen sind, sondern normale Laien, aufgrund ihrer Kollektivverträge geregelte Stundenpläne haben, was ja auch richtig ist, was aber die Kosten enorm in die Höhe treibt, was den Bürokratismus

schon von der Lohnbuchhaltung her sehr aufbauscht. Infolgedessen ist es mit einem Minimum an Bürokratismus nicht mehr getan.

Das sind die Schwierigkeiten, die in zunehmendem Maße auf die freien Träger herankommen, und deshalb sind immer weniger Leute bereit, die Verantwortung zu übernehmen. Ich glaube aber, daß wir uns darüber unterhalten sollten, wie man diesen ganzen Bürokratismus auf ein Minimum reduzieren könnte; ob man übergeordnete Stellen - so wie beispielsweise ein Handwerkerverband oder ein Kaufleuteverband für die angeschlossenen Mitglieder den Bürokratismus erledigt - einsetzen sollte, die vielleicht als Institution die bürokratische Seite für diese freien Träger erledigen; dann werden wir auch in Zukunft ehrenamtliche Mitarbeiter bekommen. Aber auf jeden Fall ist es richtig, daß eine kleine Entschädigung auch für die, die solche Verantwortung übernehmen müssen, mit einem Gesetz geregelt wird, denn man hat in den letzten Jahren gesehen, daß fast niemand mehr bereit gewesen ist, tatsächlich Präsident einer solchen Stiftung zu werden, da er fast vollzeitbeschäftigt war und dafür nichts bekommen hat. Ich glaube, daß früher die Dinge anders lagen. Heute muß jeder ein Auto haben und muß also noch Geld aus der eigenen Tasche zuschießen. Das, glaube ich, kann man von keinem verlangen, der besten Willen hat, zum Wohle des Mithingens, des Nächsten, mitzuarbeiten. Er stellt seine Freizeit zur Verfügung und leistet damit einen Beitrag, weshalb es gerechtfertigt ist, daß man ihm zumindest eine kleine Aufwandsentschädigung gibt. Diese sieht dieses Gesetz vor.

Ich ersuche die Regionalregierung aber auch, dieses Gesetz als Anlaß zu nehmen, um in Rom vorstellig zu werden und zu erreichen, daß der Staat - wie es beispielsweise für Lehrlinge und für bestimmte Kategorien im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit der Fall ist, damit den Unternehmern ein Anreiz für die Einstellung von Mitarbeitern geboten wird - für die Mitarbeiter in Altersheimen und in den sozialen Diensten einen Teil der Soziallasten übernimmt. Dadurch könnten die Kosten für die Heimunterkunft reduziert werden. Heute stellen wir fest, daß diese Kosten wahrscheinlich wegen des rund um die Uhr notwendigen Einsatzes von Personal immer mehr steigen, was vermieden werden könnte, wenn die Soziallasten in diesem Falle sozialisiert werden würden, sobald festgestellt werden kann, daß die Wirtschaft die Krise wieder überwunden hat. Man könnte die obige Vorkehrung umschichten auf die Sozialberufe, so daß in diesem Bereich die Soziallasten übernommen werden. Ich stimme diesem Gesetzentwurf zu.

(Signor Presidente! Vorrei iniziare là dove l'oratore precedente ha terminato. Vorrei sottolineare che non dovrà verificarsi ciò che ha detto la consigliere Klotz, e cioè che tutti i compiti previsti da questa legge verranno assunti dall'ente pubblico. Al contrario, motivare la popolazione alla collaborazione, in modo da non scaricare tutto sull'ente pubblico: questa sarà la sfida dei prossimi anni. E' sicuramente molto difficile gestire oggi giorno queste istituzioni con fondi pubblici e prendere le relative iniziative, d'altro canto ogni tentativo su base privata viene ostacolato da norme legislative. Purtroppo questa è la situazione: ma poiché ogni istituzione ha bisogno dei sovvenzionamenti pubblici, si creano anche queste limitazioni. Cento anni fa era certamente più facile per dei privati compiere opere di beneficenza, creando istituzioni per il bene dei concittadini, i cui benefici godiamo ancora oggi. Queste persone hanno fatto tutto ciò senza compenso alcuno. Oggi abbiamo raggiunto un diverso tenore di vita a tutti i livelli, ed è giusto che anche i cittadini più anziani possano trascorrere gli ultimi anni in un ambiente migliore. Perciò anche queste istituzioni sono state modernizzate. Certamente esse non si basano più sulle sole offerte, deve intervenire anche il denaro pubblico, il che comporta per necessità una maggiore burocrazia. Ma tutte le leggi statali ostacolano il principio di sussidiarietà. Nei prossimi mesi dovremo chiederci sempre più se le prestazioni sociali sono anche sostenibili, in quanto gli operatori di tali istituzioni non sono più suore ma laici che, in base ai contratti collettivi, lavorano secondo orari prestabiliti. Questo è giusto, ma le spese aumentano enormemente, gonfiando la burocrazia anche dal punto di vista della contabilità salariale. Una burocrazia minima non è quindi più sufficiente.

I privati risenteranno sempre di più di queste difficoltà, per cui sempre meno persone saranno disposte ad assumersi questo tipo di responsabilità. Dovremo discutere su come ridurre questa burocrazia al minimo; se sia consigliabile istituire degli uffici che sbrighino i lavori burocratici per i privati, come per esempio fanno per i propri iscritti l'Associazione provinciale degli artigiani o l'Associazione dei commercianti; in questo modo avremo anche in avvenire operatori volontari. In ogni caso è giusto che questa legge preveda un piccolo compenso anche per coloro che devono assumersi questo tipo di responsabilità. Negli ultimi anni quasi nessuno era disposto a fare il presidente di una fondazione, dato che doveva lavorare praticamente a tempo pieno senza essere retribuito. Penso che nel passato le cose erano

diverse. Oggi ognuno deve avere a disposizione una macchina ed è quindi costretto a spendere soldi di tasca sua. Secondo me questo non si può pretendere da nessuno che sia disposto a lavorare per il bene del prossimo: egli mette a disposizione il suo tempo libero e dà quindi il suo contributo, che giustifica almeno questa piccola indennità di carica che la legge prevede.

Vorrei pregare la Giunta regionale di prendere questa legge come spunto per intervenire a Roma affinché lo Stato si assuma una parte degli oneri sociali per gli operatori delle case di riposo e dei servizi sociali, come avviene per esempio per gli apprendisti e per certe altre categorie al fine di combattere la disoccupazione e stimolare le imprese all'assunzione di collaboratori. In questo modo si potrebbero ridurre le rette di queste istituzioni. Oggi constatiamo che queste spese aumentano continuamente, probabilmente perché è necessario impiegare personale giorno e notte. Ciò potrebbe essere evitato se gli oneri sociali venissero assunti dallo Stato quando l'economia avrà superato la crisi. Il suddetto provvedimento potrebbe essere applicato a tutte le professioni sociali. Darò il mio voto favorevole a questo disegno di legge.)

PRASIDENT: Es scheint niemand mehr auf der Rednerliste auf, außer der Vertreter der Regionalregierung. Möchte noch jemand im Rahmen der Stimmabgabeerklärungen das Wort ergreifen? Das ist nicht der Fall.

Somit erteile ich dem Assessor Lorenzini das Wort.

PRASIDENTE: Nessun altro è iscritto a parlare fuorchè il rappresentante della Giunta regionale. Desidera intervenire qualcuno per la dichiarazione di voto? Nessuno.

La parola all'assessore Lorenzini.

LORENZINI: Grazie, signor Presidente. Brevemente anzitutto per ringraziare a nome della Giunta tutti i consiglieri che sono intervenuti nel dibattito a dimostrazione dell'importanza di questa legge e dei contenuti che riguardano il mondo assistenziale, oggi quanto mai in evidenza, per il processo di razionalizzazione e di adattamento alle realtà delle nuove e vecchie povertà, la qual cosa evidenzia una particolare sensibilità del Consiglio su questi temi.

Personalmente, ma anche come assessore, ritengo che questo disegno di legge costituisca un progresso e non introduce certamente elementi di burocratismo rispetto alla realtà attuale, direi anzi che

questa legge ha la finalità di migliorare e di accelerare i tempi, di razionalizzare anche le procedure in modo che questi enti che sono stati regolati da una legge del 1890 possano essere, in una realtà variegata come la nostra, funzionali ad una risposta complessiva e coordinata ai bisogni della popolazione, quindi riteniamo che questa legge, proprio diversamente da quanto detto anche da qualche consigliere, non vada ad aggravare o burocratizzare le strutture e rallentare i processi e le modalità di intervento. Riteniamo qualificanti, ad esempio, la classificazione, che contribuisce a chiarire il quadro, come anche i compensi agli amministratori che, pur sembrando questi una cosa del tutto marginale, vanno nella direzione indicata dalla cons. Franzelin; si riconosce infatti questa forma di volontariato importante anche in termini economici, i quali devono intendersi come rimborso spese. Abbiamo parlato in questa legge del volontariato come forma moderna di presenza civile all'interno dei servizi anche pubblici, introducendo elementi di flessibilità nell'organizzazione dei servizi; si consideri la regolamentazione dell'orario ridotto che è indubbiamente una nuova forma di flessibilità del lavoro, specialmente nel campo pubblico, dove la rigidità dell'organizzazione qualche volta diventa una zeppa proprio sul piano dell'efficienza dei servizi. Mi si permetta di citare pure i contratti, con i quali diamo la possibilità di non ricorrere a percorsi contorti anche nell'esplicazione di funzioni, come quella, per esempio, di tipo amministrativo e di economato, per cui si deve registrare una semplificazione anche da questo punto di vista; quindi - e qui termino per quanto riguarda una valutazione politica su questo disegno di legge - noi riteniamo che questo provvedimento, che il Consiglio regionale si appresta a varare sia un passo positivo nella direzione di una maggiore capacità di risposta complessiva delle istituzioni ai problemi assistenziali e dei servizi sociali in genere.

Prima di terminare mi compete di dire a nome della Giunta che, nel prendere atto dell'atteggiamento dei consiglieri di minoranza di questo Consiglio, presenti alla votazione dell'art. 24 e che quindi hanno consentito a definire l'azione del provvedimento, di assumere l'impegno, peraltro confermato anche nella riunione dei capigruppo, a presentare una proposta, per risolvere il non facile problema concernente il collegio dei revisori dei conti, affinché le minoranze possano esservi rappresentate: questo è un impegno politico che assumiamo come Giunta regionale. Grazie.

PRASIDENT: Somit kommen wir zur Abstimmung über das Gesetz. Ich ersuche

um Verteilung der Stimmzettel.

PRASIDENTE: Passiamo ora alla votazione del disegno di legge. Prego distribuire le schede.

PRASIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

PRASIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

VALENTIN: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRASIDENT: Ich ersuche um die Auszählung der Stimmzettel.

PRASIDENTE: Prego procedere allo spoglio delle schede.

PRASIDENT: Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt. Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten, die Plätze einzunehmen.
Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis erbracht:

Abstimmende:	40
mit Ja haben gestimmt:	33
mit Nein	4
weiße Stimmzettel	12

Der Regionalrat genehmigt das Gesetz.

PRASIDENTE: Rendo noto l'esito della votazione. Prego i Consiglieri di volersi recare ai propri posti.

La votazione ha dato l'esito seguente:

Votanti	49
hanno votato sì	33
no	4
schede bianche	12

Il Consiglio approva.

PRASIDENT: Wir fahren in der Abwicklung der Tagesordnung weiter.
Das Wort hat Abg. Marzari.

PRESIDENTE: Proseguiamo la trattazione dell'ordine del giorno.
La parola al cons. Marzari.

MARZARI: Grazie, signor Presidente. Chiedo di parlare sull'ordine del giorno per presentare una richiesta, che mi sembra anche abbastanza condivisa dai colleghi, prova ne sia l'esito del voto favorevole all'unanimità espresso in Commissione, di anticipare la discussione del disegno di legge n. 76, inserito al punto 9 dell'ordine del giorno.

PRASIDENT: Sind weitere Wortmeldungen zu diesem Begehren? Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich darf das dahingehend interpretieren, daß kein Widerspruch feststellbar ist. Somit wird der Punkt Nr. 9 der Tagesordnung vorgezogen: Gesetzentwurf Nr. 76: "Rezipierung des Dekretes des Präsidenten des Ministerrates vom 18. September 1987, Nr. 392 über Personaleinstellungen im öffentlichen Dienst in der Region Trentino-Südtirol", eingebracht von den Regionalratsabgeordneten Marzari, Tonelli, Rella, Tartarotti, Ziosi, D'Ambrosio und Barbiero-De Chirico.

Ich ersuche den Ersteinbringer um seinen Bericht zu diesem genannten Gesetzentwurf.

Abg. Marzari, ich erteile Ihnen das Wort.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi in merito a questa richiesta? Nessuno. Ne deduco che non vi sono obiezioni, pertanto anticipiamo la trattazione del punto n. 9 dell'ordine del giorno: Disegno di legge n. 76: "Recepimento del Decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 18 settembre 1987, n. 392 in materia di assunzioni nel pubblico impiego, nella Regione Trentino-Alto Adige", presentato dai Consiglieri regionali Marzari, Tonelli, Rella, Tartarotti, Ziosi, D'Ambrosio e Barbiero De Chirico.

Prego il primo firmatario di voler procedere alla lettura della relazione accompagnatoria.

Cons. Marzari, a Lei la parola.

MARZARI: Grazie. Signori consiglieri, da tempo anche in sede locale si discute il problema dell'accesso al pubblico impiego, vale a dire alle qualifiche per le quali è sufficiente avere assolto l'obbligo scolastico.

I firmatari della presente proposta hanno partecipato al noto

dibattito, sostenendo l'opportunità dell'unificazione del "mercato del lavoro" e quindi la proposta che anche l'ente pubblico attinga dalle liste di collocamento e di mobilità, apre nuovi spazi ai lavoratori espulsi dai processi produttivi.

Da circa un anno una legge statale, la n. 56 del 28 febbraio 1987, per la precisione, prevede quanto ora delineato e un successivo decreto attuativo, il n. 392 del 18 settembre 1987, ne detta le modalità, come ogni Ente pubblico deve programmare le assunzioni da permettere agli Uffici del Collocamento di inviare alle prove di selezione i soggetti aventi titolo di base all'iscrizione nelle liste ordinarie di collocamento ed in quelle di mobilità.

Ciò premesso, allo scopo di provocare la concretizzazione nell'ambito di tutti gli Enti pubblici locali, quindi necessariamente della Regione e degli Enti, il cui ordinamento deve sottostare a normative regionali, nella citata innovazione introdotta dalla legislazione nazionale, si propone il recepimento nell'ordinamento regionale della citata norma nazionale.

Nella convinzione che possa rappresentare un passo avanti nel conferire unitarietà al "mercato del lavoro" nel territorio regionale, i proponenti invitano il Consiglio ad approvare il seguente disegno di legge in modo che, con il concorso di analogo provvedimento da assumere in sede provinciale e con gli atti amministrativi che si renderanno necessari, tutti gli Enti pubblici locali debbano seguire le nuove procedure in materia.

PRASIDENT: Ich erteile das Wort zur Verlesung des Berichtes dem Vorsitzenden der 1. Gesetzgebungskommission, Abg. Degaudenz.

PRESIDENTE: La parola al cons. Degaudenz, Presidente della 1. Commissione legislativa, per la lettura della relazione.

DEGAUDENZ: La I^a Commissione legislativa ha esaminato il disegno di legge n. 76, presentato dal cons. Marzari ed altri, nella seduta del 10 marzo 1988.

Ha relazionato il cons. Marzari, informando la Commissione che analogo disegno di legge di recepimento del decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri n. 392/87 è già all'esame della Giunta provinciale di Trento. Ha inoltre illustrato il significato dell'art. 1, con il quale si intende creare un unico canale per le assunzioni di personale da adibire a servizi per i quali non è richiesto alcun titolo

professionale, avviando i soggetti interessati alle varie amministrazioni pubbliche attraverso la struttura del collocamento al lavoro, ferma restando la possibilità dell'ente pubblico di assoggettare le persone inviate a prove di selezione.

Il cons. Tonelli ha richiamato l'attenzione della Commissione sul contenuto di un decreto emanato recentemente a livello nazionale, con cui si eleva il limite di età previsto dalla legislazione vigente per le assunzioni nel pubblico impiego, la qual cosa, a dire del cons. Tonelli, è da valutarsi di estrema importanza, se recepita nel presente provvedimento, in quanto la Regione potrebbe così contribuire, seppure in misura modesta, a risolvere il problema dei disoccupati speciali.

Il cons. Kaserer ritiene inutile una selezione per l'assunzione di personale non qualificato, ma ha rilevato come punto positivo dell'iniziativa, la possibilità di prendere in considerazione anche persone iscritte da lungo tempo nelle liste di collocamento, che difficilmente verrebbero collocate ad un qualsiasi lavoro, appunto per il fatto che si trovano da un considerevole periodo di tempo nelle liste di attesa. Ha inoltre aggiunto che l'amministrazione pubblica dovrebbe elevare per le assunzioni in linea generale il limite di età a 40 anni, opinione che è stata condivisa anche dal cons. Messner.

L'assessore a Beccara, in rappresentanza della Giunta, si è richiamato alla legislazione regionale del 1958 in materia di personale, secondo cui la Regione deve recepire automaticamente la normativa dello Stato, nonché i principi fondamentali di tale legislazione per quanto riguarda la sua competenza in materia di enti locali. Ha proposto quindi un emendamento sostitutivo all'art. 1, al fine di formulare meglio sotto l'aspetto tecnico il contenuto della normativa proposta, nonché un emendamento aggiuntivo, l'art. 1 bis, a parziale modifica dell'art. 4 della legge regionale 11 dicembre 1975, n. 11, modifica più volte richiesta dai Comuni, che riguarda appunto le modalità di assunzione del personale comunale.

I cons. Tonelli e Marzari hanno palesato difficoltà ad accettare nell'emendamento sostitutivo la dizione "mansioni non impiegatizie" non potendo al momento valutare la portata di tale termine, quindi, per agevolare l'iter del disegno di legge, l'assessore a Beccara ha stralciato dal proprio emendamento le parole "non impiegatizie", rinviando un eventuale confronto in aula.

Infine la Commissione ha approvato ad unanimità il provvedimento, modificandone anche il titolo.

Si rimette pertanto il disegno di legge all'esame del

Consiglio regionale.

PRASIDENT: Die Generaldebatte ist eröffnet. Wer möchte das Wort ergreifen?

Herr Abg. Marzari, ich erteile Ihnen das Wort.

PRESIDENTE: E' aperta la discussione generale. Chi desidera intervenire?
Cons. Marzari, ne ha facoltà.

MARZARI: Grazie, signor Presidente. Aggiungo pochissime cose rispetto a quanto dice la relazione.

Come risulterà chiaro ai colleghi, la ragione della presentazione di questo disegno di legge trova origine nell'opportunità di estendere a tutti gli enti pubblici che operano sul territorio regionale, anche per mezzo di una legge provinciale, che il Consiglio della Provincia autonoma di Trento peraltro ha già approvato, la norma nazionale che permette di effettuare assunzioni fino al IV° livello, limitatamente a mansioni che non richiedono titoli professionali specifici, attraverso le liste di collocamento, facendo salva la possibilità di selezione da parte dell'ente locale interessato tra le persone che l'Ufficio di collocamento invia in quanto iscritte alle liste medesime.

In particolare questa norma si propone di rispondere all'esigenza di quei lavoratori che, essendo stati espulsi da qualche azienda, non per demerito loro ma per crisi aziendale, desiderano avere tra le possibilità che sono loro offerte, purtroppo poche, anche quella di poter avere un lavoro nel pubblico impiego e non esclusivamente nel settore privato; quindi parliamo di liste di collocamento e di liste di mobilità, cioè di lavoratori che risultano disoccupati.

Si è pensato in Provincia di Trento di aggiungere a questa norma anche la possibilità di elevare il limite di età a 45 anni come prevedeva un decreto-legge.

PRASIDENT: Verehrte Damen und Herren Abgeordnete ich ersuche Sie sich so zu verhalten, daß man in der Lage ist, wenn man dem Redner zuhören will, ihn auch zu verstehen. Ich bitte um soviel Kollegialität. Danke.

PRESIDENTE: Signore e signori consiglieri. Prego loro di volere assumere atteggiamenti tali, da permettere di seguire le esposizioni dell'oratore, nel caso qualcuno lo desiderasse. Faccio appello al senso

di collegialità. Grazie.

MARZARI: La ringrazio, signor Presidente. Questa norma non è più stata riconfermata non perché si era contrari all'impianto generale delle liste di collocamento, ma semplicemente per decadenza del decreto; la questione sarà pertanto riproposta quanto prima.

Per questa ragione non abbiamo ritenuto di dover inserire nel testo anche questo articolo, ritenendo che la norma nazionale sia estensibile a tutti gli enti pubblici, trattandosi della modifica di principio ovvero di norma fondamentale della pubblica amministrazione, quindi con questa spiegazione e l'affermazione che i presentatori condividono ed hanno firmato l'emendamento proposto dalla Giunta, tendente a far salvi i concorsi sin qui banditi, riteniamo che il disegno di legge, in quanto condiviso in sede di Commissione, sia pure con qualche necessità di chiarimento, debba e possa essere approvato dal Consiglio ed in questo senso mi appello ai colleghi.

PRASIDENT: Wer möchte sich noch zu Wort melden? Niemand?

Herr Abg. Peterlini, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Altri interventi? Nessuno?

Cons. Peterlini, a Lei la parola.

PETERLINI: Herr Präsident! Könnten Sie vielleicht fragen, ob nicht jemand so lieb wäre, vor mir zu intervenieren. Ich habe nämlich gerade Unterlagen holen lassen, und diese dürften in einigen Minuten da sein. Ansonsten fange ich halt an zu reden, aber vielleicht wäre jemand so lieb und würde vorher reden.

PRASIDENT: Ich habe niemanden auf der Rednerliste. Somit liegt das Wort bei Ihnen.

PETERLINI: Herr Präsident! Mit diesem Gesetzentwurf soll also das Prinzip des Staatsgesetzes übernommen werden, mit dem das bisherige Einstellungsverfahren für die einfache und die mittlere Laufbahn grundsätzlich geändert wird. Das heißt also, bisher erfolgte die Aufnahme für alle Ebenen des öffentlichen Dienstes ausschließlich durch öffentlichen Wettbewerb, und mit diesem neuen Gesetzentwurf soll entsprechend dem Staatsgesetz die Aufnahme in die einfache und mittlere Laufbahn über die Arbeitsämter erfolgen. Diese Neuregelung war auf

Staatsebene sicherlich eine Notwendigkeit und eine einsichtige Regelung. Wenn man bedenkt, daß sich für eine oder drei Stellen als Ausgeher in irgendeiner öffentlichen Verwaltung Tausende von Bewerbern gemeldet haben und daß das Ausleseprinzip eines Wettbewerbes für einen Ausgeher nichts anderes sein konnte als Prüfungen und Titel, dann versteht man, daß dabei ein an sich unmögliches Selektionsverfahren eingesetzt wurde, das auch nicht den Bedürfnissen des Dienstes Rechnung getragen hat. Es wurde nach Allgemeinprüfung abgecheckt und abgefragt, und es wurden mehr oder minder oft jene Kandidaten berücksichtigt, die einfach einen höheren Studientitel und eine bessere Ausbildung mitgebracht haben, was in diesem Falle nicht unbedingt den Erfordernissen des Dienstes gerechtgeworden ist. Vielfach sind auch die Kommissionen wahnsinnig überfordert gewesen, wenn Tausende Kandidaten sich um wenige Stellen im öffentlichen Dienst beworben haben. So sehr aber diese Regelung auf Staatsebene eine Notwendigkeit, eine einsichtige Maßnahme darstellt, so sehr bringt sie in der Anwendung in unserer Region und speziell in Südtirol Probleme mit sich, die aufgezeigt werden müssen, um eine objektive Beurteilung des Gesetzentwurfes zu ermöglichen.

Eines der großen Probleme ist folgendes: Wir haben zwar auch eine leicht zunehmende Arbeitslosigkeit in Südtirol und im Trentino verzeichnen können, doch haben wir nicht die Situation, daß sich bei der Ausschreibung von öffentlichen Stellen Tausende von Bewerbern melden. Wir haben eine zunehmende Rate von Bewerbern, aber nicht diese Inflation von Bewerbern, wie sie anderswo gegeben ist. Wir haben aber vor allem in den Arbeitslosenlisten nicht sehr viele Personen eingetragen. Die Arbeitslosenquote beträgt in Südtirol durchschnittlich 4,5 Prozent. Im Trentino dürfte sie nicht allzuviel höher sein, und das bedeutet in der praktischen Anwendung folgendes: Wenn in Zukunft die Einstellung - inzwischen habe ich auch die Unterlagen bekommen, Herr Präsident, so daß sich also meine Bitte erübrigt hat - über die Arbeitsämter erfolgt, dann kann es nur so gehen, daß diejenigen, die die Bereitschaft auf sich nehmen, lange arbeitslos zu bleiben und damit Punkte und Zeit für die Bewerbung um eine Staatsstelle anreifen, die Staatsstelle bekommen. Diejenigen, die tüchtig und mobil sind und sich nicht damit begnügen, auf der Arbeitslosenliste zu warten, bis eine Staatsstelle frei wird, sondern auch bereit sind, eine Stelle im privaten Dienst anzunehmen, werden niemals eine Chance haben, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Ich glaube, das ist ein sehr großes Bedenken, daß das mit einhergeht. So sehr man auch sagen kann: Bitte, auf Staatsebene war das einfach notwendig, denn so geht es nicht, man kann nicht Tausende von

Kandidaten prüfen, um drei Amtdienerstellen zu besetzen, das hat keinen Sinn, das Selektionsverfahren bringt nichts - so sehr bringt es Probleme bei uns mit sich, wo praktisch diejenigen prämiert werden, die, sagen wir es einmal so, am faulsten sind, oder am geduldigsten ohne Arbeit ausharren können, sich lange Zeit lassen, auf der Arbeitslosenliste zu verharren, denn nur wenn sie auf der Arbeitslosenliste bleiben, haben sie eine Chance, in den öffentlichen Dienst aufgenommen zu werden. Nun stelle ich wirklich die Frage grundsätzlicher Art an den Regionalrat: Ist es eigentlich schon ein Prinzip, das wir in Südtirol und im Trentino bisher gepflegt haben, daß man sozusagen - fast möchte ich es drastisch ausdrücken, um es plastisch, konkret zu machen - sozusagen jene prämiert, die am faulsten sind und einfach sagen "Gut, mir ist es gleich, ich bleibe arbeitslos und warte auf der Arbeitslosenliste", oder vielleicht diejenigen, die irgendwo schwarz zwischendurch trotzdem eine Arbeit annehmen? Ich bitte also den Ausschuß, der ja diesem ursprünglichen Gesetzentwurf Marzari mit Abänderungen in der Gesetzgebungskommission zugestimmt hat, diese Frage zu beantworten, weil meine große Sorge dann die ist, daß wir morgen im öffentlichen Dienst diejenigen haben, die einfach nicht bereit waren, in den privaten Dienst zu gehen und die sagen: Mir ist es gleich, ich warte auf der Arbeitslosenliste. Das ist ein großes Bedenken.

Das zweite große Bedenken ist in Südtirol auch im Südtiroler Landtag aufgeworfen worden. Ich habe diesbezüglich eine Anfrage an die Landesregierung gerichtet und auch dazu die Antwort bekommen. Die heißt: Wie schaut es mit dem ethnischen Proporz aus? Es ist klar, daß bei der Einstellung im öffentlichen Dienst - und dieses Prinzip ist im Art. 89 des Autonomiestatutes für die Staatsämter geregelt und in allen anderen Fällen, für die Region im Regionalgesetz und für das Landespersonal im Landesgesetz - der ethnische Proporz gewahrt werden muß, weil das ja ein Grundprinzip des Autonomiestatutes und des Paketes darstellt. Das ist die zweite Problematik, die sich damit ergibt. Auf meine Frage an die Landesregierung, was die Landesregierung in Bozen diesbezüglich zu tun gedenkt - weil wir wären ja in Bozen für das Landespersonal von Bozen vor der gleichen Situation - hatte ich folgende Antwort: Das Staatsgesetz Nr. 56 aus dem Jahre 1987, das hier rezipiert werden soll, und das entsprechende Dekret des Präsidenten des Ministerrates Nr. 392 enthalten nicht die geringste Anpassung an den Artikel 89 des Autonomiestatutes, womit der Proporz in den Staatsstellen auch im Wege von eigenen örtlichen Stellenplänen, grundsätzlich geregelt wird und die entsprechenden Durchführungsbestimmungen, angefangen vom Dekret Nr. 752,

das sogenannte Proporzdekret. Andererseits kann allerdings das Staatsgesetz nicht den Art. 89 des Autonomiestatutes außer Kraft setzen, und somit bleibt es wie es ist. Abschließend - ich möchte Euch den Rest ersparen: Der Landesausschuß besteht darauf, daß die Sechser-Kommission sich ohne Verzug mit der entsprechenden Anpassung befaßt, so wie es mit Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 327 aus dem Jahre 1982 hinsichtlich der erwähnten Reform des Staatspersonals aus dem Jahre 1980 Nr. 312 gehandhabt ist. Das ist das zweite Bedenken, für das ich den Ausschuß um eine Antwort bitte. Wir würden jetzt vor folgender Situation stehen: Die Region Trentino-Südtirol führt also die staatliche Regelung ein, d.h. die Aufnahme erfolgt in Zukunft über die Arbeitsämter für die mittlere und für die einfache Laufbahn. Wir hätten zweitens die Südtiroler Landesregierung, - was die Trentiner Landesregierung macht, weiß ich nicht - die darauf besteht, das bisherige System beizubehalten und die Einstellungen auch für diese Laufbahnen über die normalen Wettbewerbsformen vorzunehmen. Und wir hätten drittens die Staatsstellen in Südtirol, wo eine Durchführungsbestimmung notwendig ist, um für die Staatsstellen in Südtirol, wo derzeit das Gesetz gar nicht angewandt wird, die Absicherung einer Abstimmung mit dem Art. 89 des Autonomiestatutes vorzunehmen. Ich würde also sagen, daß es seitens des Ausschusses notwendig ist, diese Fragen zu klären. Davon werden wir auch unsere Haltung abhängig machen. Ich danke Ihnen, Herr Präsident!

(Signor Presidente, potrebbe chiedere per favore se qualcuno fosse così gentile da voler fare il suo intervento prima di me? Ho appena mandato qualcuno a prendermi tutta la documentazione, dovrebbe arrivare tra qualche minuto. In caso contrario, inizierò io... ma forse qualcuno mi usa questa gentilezza ed interviene prima di me...

PRESIDENTE: Non c'è nessun altro consigliere iscritto a parlare, dunque tocca a Lei, cons. Peterlini.

PETERLINI: Signor Presidente! Questo disegno di legge si propone di recepire la legge statale che modifica quelle che finora sono state le modalità di assunzione per le carriere ausiliarie. Se infatti l'assunzione in tutti i livelli del pubblico impiego avveniva finora esclusivamente tramite concorso pubblico, con questo nuovo disegno di legge l'assunzione nelle carriere ausiliarie dovrebbe avvenire secondo la legge statale, cioè tramite i canali dell'Ufficio del Lavoro. Questa innovazione certamente rappresenta, a livello nazionale, un intervento

razionale e necessario. Se si pensa che per uno, due, tre posti di usciere in una qualsiasi amministrazione pubblica si presentano migliaia di candidati e che in un concorso per uscieri il principio di selezione non può basarsi che su "titoli ed esami", possiamo facilmente immaginare che in realtà si finisce col porre in atto un meccanismo di selezione impossibile che certo non tiene conto delle esigenze del servizio: si interroga e si valuta sulla base di esami generici, e alla fine si prendono in considerazione solitamente quei candidati che possono esibire un titolo di studio superiore e una migliore formazione, il che non risponde necessariamente in questo caso alle reali esigenze del servizio. Inoltre, quando per due o tre posti si presentano migliaia di concorrenti, le stesse commissioni esaminatrici si ritrovano a dover fronteggiare un carico di lavoro assolutamente eccessivo. Tuttavia, quanto quest'innovazione era necessaria e dovuta a livello nazionale, tanto essa implica, nell'applicazione in sede regionale e soprattutto in provincia di Bolzano, problemi che è bene segnalare per permettere una valutazione obiettiva del disegno di legge oggi in discussione.

Uno dei grandi problemi è questo: pur avendo registrato sia in Trentino che in Sudtirolo un leggero aumento della disoccupazione, tuttavia la situazione non è tale da dover fare i conti con migliaia di concorrenti per pochi posti pubblici messi a concorso. Abbiamo sì un numero crescente, ma non quell'"inflazione" di concorrenti che si registra altrove. E soprattutto non abbiamo moltissimi iscritti nelle liste di collocamento. Il tasso di disoccupazione in provincia di Bolzano ammonta in media al 4,5 per cento. In Trentino non dovrebbe essere molto più alto, e questo, ai fini pratici, significa una cosa: se in futuro l'assunzione avverrà tramite gli uffici di collocamento - nel frattempo, signor Presidente, ho ricevuto anche il materiale che attendevo, perciò la mia richiesta di poco fa è stata superflua - accadrà che i posti di lavoro nell'impiego pubblico andranno alle persone disposte a rimanere disoccupate per lungo tempo, maturando in questo modo punteggio per accedere ai concorsi pubblici. Le persone più capaci e dinamiche che non si accontentano di restare in lista di collocamento fintantoché non si libera un posto statale ma sono disposte ad accettare un lavoro anche nel settore privato, non avranno mai la possibilità di accedere all'impiego pubblico. Credo che questo fatto debba sollevare grosse riflessioni. Per quanto si possa dire che a livello statale era un intervento necessario, che non si poteva più andare avanti così, che non si potevano esaminare migliaia di candidati per assegnare tre posti di usciere, che le modalità di selezione erano

prive di senso, ...tuttavia qui nella nostra terra questa nuova disciplina comporta dei problemi poiché in pratica premia i più svogliati, coloro che possono permettersi di restare più a lungo nelle liste di disoccupazione, perché solo se restano nelle liste di disoccupazione hanno la possibilità di essere assunti nel pubblico impiego. Perciò rivolgo alla Giunta regionale una domanda di carattere sostanziale: è forse un principio che abbiamo sempre seguito in Sudtirolo e in Trentino, quello di premiare - vorrei quasi esprimermi in maniera estrema per rendere il concetto più plastico, più concreto, i più svogliati, quelli che dicono "Bene, non m'importa, resto disoccupato e resto sulle liste", o forse quelli che magari svolgono qua e là lavoro nero? Chiedo alla Giunta, che in sede di Commissione legislativa ha dato il suo voto a questo disegno di legge del cons. Marzari e relativi emendamenti, di rispondere alla mia domanda, perché il mio grande timore è che domani ci ritroviamo nell'impiego pubblico coloro che semplicemente non erano disposti a lavorare nel settore privato e che dicono "Non m'importa, io aspetto nelle liste di collocamento". Questa è la prima grossa perplessità.

La seconda perplessità è già stata sollevata anche in seno al Consiglio provinciale di Bolzano. Io ho avuto modo di rivolgere un'interrogazione in proposito alla Giunta provinciale, ed ho anche ottenuto risposta. Il senso dell'interrogazione era questo: come la mettiamo con la proporzionale etnica? E' chiaro che per l'assunzione nel pubblico impiego - e il principio è regolato per gli uffici statali dall'art. 89 dello Statuto, per la Regione da legge regionale, e per il personale della Provincia da legge provinciale - va assicurato il principio della proporzionale etnica, perché esso rappresenta un principio fondamentale dello Statuto di autonomia e del Pacchetto. Questa è la seconda problematica che nasce da questo disegno di legge. L'interrogazione da me rivolta alla Giunta provinciale di Bolzano circa le sue intenzioni a tale riguardo - perché in provincia di Bolzano ci troveremo davanti al medesimo problema per quanto concerne il personale provinciale - ha avuto questa risposta: la legge statale n. 56 del 1987, che qui si intende recepire, ed il relativo decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri n. 392 non fanno il minimo cenno ad un adeguamento all'art. 89 dello Statuto che disciplina sostanzialmente la proporzionale nell'impiego statale, anche tramite propri organici locali, né alle relative norme di attuazione, a cominciare dal decreto n. 752, il cosiddetto "decreto sulla proporzionale". D'altra parte la legge statale non può privare di efficacia l'art. 89 dello Statuto, e

perciò resta tutto come prima. Per concludere - voglio risparmiarVi il resto: la Giunta provinciale insiste perché la Commissione dei Sei si occupi tempestivamente dell'adeguamento, come fu fatto a suo tempo per il DPR n. 327 dell'anno 1982 in relazione alla legge 312/1980 di riforma del personale statale. Questa è la seconda perplessità riguardo alla quale prego la Giunta di darmi risposta. Ora infatti verremmo a trovarci davanti a una situazione di questo genere: da una parte la Regione Trentino-Alto Adige introduce la disciplina statale, vale a dire: l'assunzione nelle carriere ausiliarie avverrà d'ora in poi tramite gli uffici di collocamento. Dall'altra abbiamo la Giunta provinciale di Bolzano - quello che fa la Giunta provinciale di Trento non lo so - che insiste nel mantenere il sistema applicato fino ad oggi, ricorrendo ad un normale concorso anche per l'assunzione in queste carriere. Infine, terzo polo, ci sono pure i posti statali in provincia di Bolzano, per i quali la legge non viene applicata e che abbisognano di un'apposita norma di attuazione per garantire l'agganciamento a quanto disposto dall'art. 89 dello Statuto. Direi quindi che è cosa opportuna che la Giunta chiarisca il problema. Da ciò faremo dipendere poi anche la nostra posizione al momento del voto. La ringrazio, signor Presidente!)

PRASIDENT: Wer möchte sich noch zu Wort melden?

Herr Abg. Langer, Sie haben das Wort.

PRESDENTE: Chi altri chiede la parola?

Cons. Langer, ne ha facoltà.

LANGER: Danke, Herr Präsident! Auch wir sind wie die Einbringer und Unterzeichner des Gesetzes mit dem Prinzip einverstanden, daß auch in unserer Region die einfachen Funktionen im öffentlichen Dienst auf dem Wege über die, sagen wir, Zufallsbesetzung bekleidet werden können, statt durch die bisher übliche Wettbewerbsprozedur. Wir sind grundsätzlich mit der Intention dieses Gesetzentwurfes einverstanden, weil wir uns davon eine Vereinfachung der Prozeduren, eine Herabsetzung der Kosten und eine schnellere Stellenbesetzung erwarten. Insofern stimmen wir also den Einbringern dieses Gesetzentwurfes zu und sind auch der Meinung, daß es richtig ist, in unserem Lande für den Regionaldienst und für den Gemeindedienst - denn darum handelt es sich hier - diesen Grundsatz der Vereinfachung einzuführen. Mit anderen Worten: es soll in diesem Fall garantiert werden, daß die Auswahl nicht aufgrund von Bevorzugung, von politischer Klientel oder so etwas stattfindet, sondern

nach einem Zufallsprinzip, wo grundsätzlich niemand bevorzugt und niemand benachteiligt ist. Wir sind einverstanden, daß man bei diesen Ebenen von einer besonderen Auslese nach Qualifikation aus der Erkenntnis heraus absieht, daß die Qualifikation ja im Dienst erworben wird und daß praktisch die Vorqualifikation so gut wie nichts aussagt. Zum Beispiel: Ein besseres oder weniger gutes Volksschul- oder Mittelschulzeugnis sagt an sich überhaupt nichts über die größere oder geringere Eignung aus, beispielsweise Schuldiener, Amtswart oder Straßenwärter oder irgendetwas dieser Art zu werden. Das Schulzeugnis ist dazu bestimmt ungeeignet und die Qualifikation bei diesen Laufbahnen wird vor allem durch den Dienst selber und durch die Ausbildung, die man dazu eventuell mit Kursen oder ähnlichem erwerben kann, gewonnen.

Der Punkt, den ich ansprechen möchte, ist derselbe, den mein Vorredner von der Südtiroler Volkspartei angesprochen hat, nämlich die Frage Proporz. Wenn man nämlich, so wie es jetzt im Gesetzentwurf vorgesehen ist, diese Auslese vom sogenannten ethnischen Proporz abhängig macht, dann würde das praktisch bedeuten, den ethnischen Raster auch auf die Arbeitsämter auszudehnen. Konkret ließen sich zwei Prozeduren ausdenken: Entweder daß beim Arbeitsamt von vornherein unterschiedliche ethnische Register von Arbeitslosen geführt werden, daß also jeder Arbeitslose, der sich dort einträgt, sich auch in ein spezifisches Register der einen oder anderen Sprachgruppe eintragen muß - oder die andere mögliche Prozedur wäre die, daß im Augenblick, in dem ein dort gemeldeter Arbeitsloser für die Einstellung in den einfachen öffentlichen Dienst bei Gemeinden oder bei der Region zum Zuge kommt, daß er dann zum Nachweis seiner sprachlicher Zugehörigkeit gezwungen wird. Wie gesagt, so wie das Gesetz derzeit formuliert ist, ist das eine und das andere denkbar und man würde sich jedenfalls diese Frage stellen müssen.

Nun möchte ich aber darauf hinweisen, daß im Gegensatz zu dem, was mein Vorredner Peterlini gesagt hat, es nicht stimmt, daß im Autonomiestatut das Prinzip des ethnischen Proporz für den Gemeindedienst oder für den Regionaldienst festgelegt wäre. Im Autonomiestatut ist dieses Prinzip für den Staatsdienst festgelegt und für nichts anderes. Da für den Regional- und für den Gemeindedienst kein ethnischer Proporz festgesetzt ist und er bei den Gemeinden, wo er in Kraft ist, nur durch die Gemeindepersonalordnung festgelegt ist, also von der juristischen Qualität her gesprochen durch ein Reglement, sehen wir keinen Anlaß gegeben, jetzt den ethnischen Proporz hier bei diesen einfachen Laufbahnen im Gesetz zu verankern. Während die

Zweisprachigkeitspflicht als allgemeine Einstellungsvoraussetzung für den gesamten öffentlichen Dienst gilt, und zwar aufgrund des DPR 752 von 1976, besteht keine gesetzliche Verpflichtung und kein gesetzlicher Automatismus, hier den Proporz vorzusehen. Das ist der Grund, warum wir zu diesem Gesetz Ja sagen, aber ohne Proporz. Ja zu dieser Zufallsauswahl der Bediensteten für den einfachen öffentlichen Dienst bei Gemeinden und bei der Region, aber ohne Proporz. Mit Zweisprachigkeit ja, denn das ist ein allgemeines Erfordernis, das vom Gesetz für den öffentlichen Dienst bei uns vorgesehen wird, und weil das auch sinnvoll ist. Man kann dann im einzelnen manchmal diskutieren, ob es im einfachen Dienst immer wirklich unumgänglich notwendig ist, aber darüber jedenfalls spricht das Gesetz eine klare Sprache. Das ist im DPR 752 geregelt. Das Zweisprachigkeitserfordernis müßte jedenfalls existieren, und von daher wird man überlegen müssen, ob bei den Arbeitsämtern von vorneherein bei den Arbeitssuchenden vermerkt werden soll, daß sie im Besitz des Zweisprachigkeitsnachweises sind oder ob gegebenenfalls, wenn sie zum Zuge kommen, das erst nachgewiesen werden muß. Das wird sowieso geregelt werden müssen. Nicht so aber die ethnische Zugehörigkeit bzw. die Zugehörigkeitserklärung bei der Volkszählung.

Deswegen schlagen wir vor - um aus diesem Dilemma herauszukommen und um eine, wenn auch relativ geringfügigere Reform vorzunehmen - zu sagen, daß hier, wo die Sache in unseren Händen liegt und nicht durch ein Staatsgesetz und erst recht nicht durch das Statut schon geregelt ist, der Bezug auf den Proporz herausgenommen wird. Das heißt, diese vom Kollegen Marzari und anderen vorgeschlagene Reform vorzunehmen, aber ohne Bezug auf den ethnischen Proporz. In diesem Sinne auch unser Änderungsantrag, der dann zur Diskussion und Abstimmung kommen wird. Danke!

(Grazie, signor Presidente! Anche noi, come i presentatori e firmatari del disegno di legge, concordiamo col principio di una modalità, diciamo così, "casuale" per la copertura di posti nelle carriere funzionali inferiori del pubblico impiego nella nostra regione, senza dover ricorrere alla procedura concorsuale finora in vigore. Noi concordiamo sostanzialmente con quello che è l'intento di questo disegno di legge, perché da esso ci attendiamo una semplificazione delle procedure, un abbassamento dei costi ed una più rapida copertura dei posti vacanti. Siamo d'accordo, pertanto, con i firmatari di questo disegno di legge, e come loro riteniamo che sia giusto introdurre anche

nella nostra provincia questo principio semplificatore per la copertura degli organici regionali e comunali - perché è di questo che qui si tratta. In altre parole, si intende garantire che la selezione non avvenga sulla base di favori, di clientela politica o altro, bensì in base ad un criterio di casualità che per principio non favorisce né sfavorisce nessuno in particolare. Noi crediamo che nel caso di questi livelli funzionali non si possa basarsi sulla qualificazione come parametro di selezione, perché la qualificazione si raggiunge nel servizio e col servizio, e la pre-qualificazione praticamente non dice un bel nulla. Ad esempio: una bellissima pagella di scuola elementare o media non dice in sé assolutamente nulla sulla maggiore o minore attitudine di una persona a diventare bidello, usciere, cantoniere o simili. Sicuramente la pagella scolastica non si presta, in questo caso, a fornire simili indicazioni. La qualificazione, in queste carriere, è qualcosa che si acquisisce soprattutto con il servizio stesso e con la formazione eventualmente offerta da corsi specifici od occasioni analoghe.

Ma il punto principale di cui vorrei parlare è il medesimo che ha già toccato il collega della Südtiroler Volkspartei che mi ha preceduto, vale a dire la questione della proporzionale. Se infatti legghiamo questo nuovo tipo di selezione alla cosiddetta proporzionale etnica, come è previsto nel presente disegno di legge, ciò significherebbe praticamente estendere il "retino etnico" anche agli Uffici di collocamento. In concreto sarebbero ipotizzabili due procedure: o l'Ufficio del lavoro tiene fin dal principio registri "etnici" diversi, cosicché ogni disoccupato che si fa iscrivere nelle liste viene iscritto di volta in volta nel registro specifico dell'uno o dell'altro gruppo linguistico - oppure l'altra procedura possibile è quella di obbligare il disoccupato iscritto alle liste di un determinato ufficio di collocamento a dichiarare il suo gruppo linguistico di appartenenza nel momento stesso in cui viene convocato per l'assunzione in un posto pubblico regionale o comunale. Come ripeto, per il modo in cui il disegno di legge è attualmente formulato, sono pensabili tanto l'una quanto l'altra ipotesi, e in ogni caso quindi bisognerebbe porsi la questione.

Vorrei però fare presente che contrariamente a quanto ha affermato poc'anzi il collega Peterlini, non è vero che lo Statuto di autonomia stabilisce il principio della proporzionale etnica anche per i posti regionali e comunali. Lo Statuto di autonomia stabilisce questo principio solamente per i posti statali e basta. Poiché per i posti

regionali e comunali non è stabilita alcuna proporzionale etnica e poiché per i comuni, dove essa vige, la proporzionale è stabilita soltanto dall'ordinamento del personale comunale - quindi, sotto il profilo della qualità giuridica, da un regolamento - non vediamo motivo di sancire nel testo di legge questo principio per quanto riguarda le carriere ausiliarie. Mentre l'obbligo di bilinguismo in base al DPR 752/1976 vale quale requisito generale per l'assunzione in tutto il pubblico impiego, non esiste alcun obbligo o automatismo di legge che imponga di prevedere la proporzionale nel nostro caso. Questo è la regione per cui noi diciamo "sì" a questa legge, ma senza proporzionale. "Sì" a questa selezione casuale per l'accesso alle carriere ausiliarie del pubblico impiego presso i Comuni e la Regione, ma senza proporzionale. "Sì" al bilinguismo, perché si tratta di un'esigenza generale prevista dalla legge per l'impiego pubblico nella nostra provincia, e anche perché ci sembra un principio sensato. Ovviamente si può poi anche discutere nel dettaglio se il bilinguismo sia davvero sempre così imprescindibile e indispensabile anche nelle carriere ausiliarie: comunque sia, la legge parla chiaro. L'esigenza del bilinguismo dovrebbe esistere comunque e perciò sarà bene chiedersi se presso gli Uffici di collocamento non sia il caso di annotare accanto al nome di colui che cerca lavoro anche l'eventuale possesso dell'attestato di bilinguismo, oppure eventualmente invitare il candidato ad esibirlo nel momento in cui viene convocato per un lavoro. Queste sono cose che andranno comunque disciplinate. Non così invece l'appartenenza etnica, ovvero la dichiarazione di appartenenza etnica resa in sede di censimento.

Per uscire da questo dilemma ed operare comunque una riforma, anche se un pochino meno ampia, noi proponiamo, visto che tutta la questione è nelle nostre mani e non è regolata dalla legge statale e meno che mai dallo Statuto, di stralciare il riferimento alla proporzionale. Ciò significa operare comunque la riforma proposta dal collega Marzari ed altri, ma senza riferimento alla proporzionale etnica. In questo senso si muove anche il nostro emendamento che tra breve verrà posto in discussione e in votazione. Grazie!)

PRASIDENT: Sind weitere Wortmeldungen?

Abg. Mitolo, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi?

Cons. Mitolo, a Lei la parola.

MITOLO: Signor Presidente, su questo disegno di legge, che deve recepire il decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri n. 392, ho le solite considerazioni da fare.

Riconosciamo che in determinati settori dell'impiego e dell'attività pubblica non c'è bisogno di particolari concorsi e norme per accedere a detti posti, con ciò dichiarando apertamente che vi sono appunto certe mansioni e certi settori dove è sufficiente una valutazione molto modesta per l'ammissione. E' stato citato il caso del cantoniere, è già un caso particolare, ma ci sono altri posti, che è inutile che io stia ad elencare, dove sicuramente non è il caso di indire concorsi pubblici con commissioni di esami per svolgere prove di selezione tanto impegnative; è sufficiente appunto attestarsi all'elenco degli Uffici del Lavoro e di quegli uffici dove vengono iscritti i disoccupati e togliere da quegli elenchi gli elementi che possono servire alla bisogna.

Il consigliere Peterlini diceva poco fa che in questo caso dobbiamo stare attenti per non premiare i più pigri e coloro i quali non hanno voglia di lavorare; è un'espressione un po' pesante - se mi è consentito - e generica, è un po' il mettere tutti...

(Interruzione)

MITOLO: E' per rendere il concetto, però, consigliere Peterlini, sappiamo perfettamente che ci sono quelli che non hanno voglia di lavorare e quelli che non lavoreranno mai, perché sono nati stanchi, se così posso dire, però nella stragrande maggioranza dei casi, in particolare tu stesso accennavi al fatto che la disoccupazione anche qui in Provincia di Bolzano, in Alto Adige, per quanto modesta, sta aumentando.

PETERLINI: (interrompe)

PRASIDENT: Herr Abg. Peterlini Sie haben nicht das Wort.

PRESIDENTE: Consigliere Peterlini, lei non ha la parola.

MITOLO: Ho capito lo spirito con cui hai fatto l'osservazione, così come tu devi comprendere il rilievo che muovo alla tua osservazione, non si può fare di tutte le erbe un fascio, così sei anche contento perché

troviamo la maniera di parlare di un tema che ti è particolarmente caro, non si può agire in questo senso e mi pare che viceversa questa proposta di legge può essere presa in considerazione; ma ha un vizio d'origine, pur trattandosi di servizi assai modesti, per i quali non occorre sicuramente una preparazione specifica, si fa riferimento sempre alla proporzionale etnica ed addirittura al bilinguismo.

Mi basta soltanto questo per dire che non possiamo accettare questo tipo di proposta e rilevo con una certa soddisfazione che il dott. Langer, a nome della Lista alternativa, ha posto l'accento sul fatto che proprio per questo tipo di attività è inutile riferirsi al criterio della proporzionale etnica; è uno dei tanti esempi sui quali possiamo, credo, svolgere un'opera di avanguardia per eliminare una stortura, una discriminazione, un elemento che non giova sicuramente alla pacifica convivenza.

Per questo motivo noi siamo contrari al provvedimento di legge, se persiste la dizione in cui si prevede l'applicazione della proporzionale etnica, e ce ne rammarichiamo, perché in fin dei conti si trattava poi di recepire una norma, un decreto-legge della Presidenza del Consiglio dei Ministri, che voleva essere un elemento di semplificazione e di progresso anche, se mi posso permettere, nella scelta delle candidature e degli elementi per l'assunzione negli enti pubblici. Giustamente è stato rilevato sempre dal consigliere Langer, non ho difficoltà ad ammetterlo, che la proporzionale etnica è prevista per gli impieghi dello Stato e non anche per gli impieghi degli enti pubblici locali, ai quali è stata estesa prevaricando - se mi è consentito anche qui di sottolinearlo - quelle che erano le direttive e le linee politiche generali, allorché si parlò di proporzionale etnica. Quindi anche per questo motivo noi siamo contrari al provvedimento legislativo.

PRASIDENT: Das Wort hat Assessor a Beccara.

PRESIDENTE: La parola all'assessore a Beccara.

a BECCARA: Anche se il disegno di legge non è della Giunta, essendo stato presentato dal gruppo del P.C.I. con primo firmatario il collega Marzari, la Giunta si è espressa in Commissione per l'approvazione.

Quindi mi rivolgo soprattutto al collega Peterlini; le sue affermazioni al limite possono anche essere parzialmente condivise. Lo stesso disegno di legge, con le opportune modifiche, è stato approvato

anche recentemente dal Consiglio provinciale di Trento e parecchie voci si sono elevate per esprimere delle perplessità.

Detto questo la normativa, che andiamo ad approvare, è per noi in qualche modo obbligata, perché esiste una legge della Regione, mi pare sia del 1958, che recepisce automaticamente la normativa riguardante il personale dello Stato per il proprio personale, c'è pertanto un aggancio automatico, quindi mi si dice, o meglio mi è stato detto da parte del Segretario generale, che la Regione comunque dovrebbe applicare questa normativa, a meno che non volesse andare contra legem; per quanto riguarda invece i Comuni, avendo la Regione una competenza secondaria concorrente, può legiferare nei limiti anche dei principi delle leggi dello Stato e questo è senz'altro un principio e quindi siamo obbligati a recepirlo, quindi al di là del merito, sul quale si possono anche esprimere qualche perplessità sia pro che contro, evidentemente credo che questa sia una legge obbligata.

Per quanto riguarda gli emendamenti, la Giunta ne ha presentato uno e serve a salvaguardare i procedimenti di assunzioni già in corso, in modo che le procedure già iniziate all'entrata in vigore della legge possano concludersi; un altro emendamento, doveva essere presentato dal Presidente nella sua veste di assessore al personale, è un emendamento che non riguarda la legge in esame, si tratterebbe di ovviare ad un errore compiuto a suo tempo nella legge sul personale; ivi infatti era stato omissso per dimenticanza il profilo professionale dell'operatore amministrativo, pertanto come Giunta avremmo deciso di chiedere la cortesia ai firmatari della legge di voler accettare anche questo emendamento.

Per quanto riguarda l'emendamento proposto dal collega Marzari, quello di sopprimere la possibilità che i Comuni possano anche assumere per soli titoli, mi pare che non ci siano dubbi o perplessità e la Giunta concorda su questo emendamento.

Per quanto riguarda l'emendamento del collega Langer, la Giunta è contraria evidentemente e quindi mettiamo il cuore in pace anche al collega Peterlini che era preoccupatissimo per quanto riguarda la proporzionale, dettata peraltro da una legge a carattere generale, che abbiamo richiamata, ma se anche non l'avessimo citata, comunque varrebbe.

PRASIDENT: Sind weitere Wortmeldungen im Rahmen der Generaldebatte? Das scheint nicht der Fall zu sein.

Somit erteile ich dem Einbringer zur Replik das Wort.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi in sede di discussione generale? Nessuna.

La parola al primo firmatario per la replica.

MARZARI: Grazie. Credo che vi sia innanzi tutto da sgombrare il terreno da alcuni equivoci che mi pare ci siano o comunque permangano nell'interpretazione della proposta da parte di alcuni colleghi.

Con questo disegno di legge non ci proponevamo di affrontare la questione del pubblico impiego nel suo complesso e men che meno delle regole che presidono a questo comparto del mercato del lavoro in una realtà delicata e sottoposta a normative particolari, come quella di Bolzano.

Mi limito a dire che il testo del disegno di legge recita: "rispetto di particolari disposizioni concernenti la proporzionale" quindi è evidente che per quanto riguarda la Regione non ci sono innovazioni, per quanto riguarda i Comuni, questi si atterranno ai loro regolamenti - non si fa riferimento ad una norma generale, che comunque vale, mi pare superfluo doverlo sottolineare - e a particolari norme che dovessero riguardarli, ed in particolare gli enti locali ed i Comuni.

Quindi dal nostro punto di vista ci pare che non sia possibile, non perché non condividiamo l'aspirazione che ha ispirato l'emendamento proposto, mettere in discussione un quadro che avrebbe bisogno di ben altri contenuti, non essendo questa la sede idonea.

I colleghi riflettano sul dato di fatto, che si tratta dei primi quattro livelli funzionali, per i quali di regola non si ricorre al concorso, ma a prove di selezione, che in alcuni casi si svolgono bene, con la dovuta pubblicità, ed in altri casi meno bene; l'attingere dalle liste di collocamento garantisce che le selezioni, le quali rimangono e non sono poste in discussione, avvengano attraverso un canale ufficiale. L'ente verifica quindi, se rispetto ai suoi livelli, alle sue declaratorie il personale inviato dagli Uffici di collocamento risponde o meno ai necessari requisiti; è questo un secondo punto da ribadire a fronte di interpretazioni riduttive.

Il terzo argomento è il più importante. Afferma il collega Peterlini: 'c'è il rischio di avere nella pubblica amministrazione personale che non ha voglia di lavorare' non voglio permettermi ironia a questo proposito, mi domando se oggi, che alla pubblica amministrazione non si accede attraverso le liste di collocamento, ma solo attraverso i concorsi e le chiamate, ci troviamo in un modello di produttività.

Lascio ai colleghi ogni conclusione, ma tanto mi porta a sostenere con convinzione il testo originario.

PRASIDENT: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Übergang zur Sachdebatte. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 5 Stimmenthaltungen ist der Übergang zur Sachdebatte angenommen. Ich korrigiere: bei 6 Stimmenthaltungen.

PRESIDENTE: E' posto in votazione il passaggio alla discussione articolata. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

Il passaggio alla discussione articolata è approvato con 5 astensioni. Rettifico: con 6 astensioni.

"REZIPIERUNG DES DEKRETES DES PRASIDENTEN DES MINISTERRATES VOM 18. SEPTEMBER 1987, NR. 392 UBER PERSONALEINSTELLUNGEN IM OFFENTLICHEN DIENST IN DER REGION TRENTINO-SUDTIROL UND WEITERE ANDERUNGEN ZUR REGELUNG DER PERSONALEINSTELLUNGEN IN DEN GEMEINDEN"

Art. 1

1. Die Besetzung der Stellen, die im Stellenplan des Personals der Region Trentino-Südtirol, der Gemeinden und der öffentlichen Körperschaften vorgesehen sind, für die die Region gesetzgeberische Ordnungszuständigkeit hat, erfolgt auf der Grundlage des Artikels 16 des Gesetzes vom 28. Februar 1987, Nr. 56 nach den Modalitäten und Kriterien des Dekretes des Präsidenten des Ministerrates vom 18. September 1987, Nr. 392. Dies betrifft das Personal, das jene Aufgaben erfüllt, für die kein Berufstitel vorgesehen ist und das in die Berufsbilder eingestuft wird, die für Funktionsränge bestimmt sind, für die als Voraussetzung nur die Pflichtschule erforderlich ist. Bei dieser Besetzung sind die besonderen Bestimmungen betreffend die Kenntnis der zweiten Sprache und des Prozentes nach Sprachgruppen zu beachten.

Art. 1

1. La copertura dei posti previsti nei ruoli organici del personale della Regione Trentino-Alto Adige, dei Comuni e degli Enti pubblici per i quali la Regione stessa ha competenza legislativa di

ordinamento, limitatamente al personale da adibire a mansioni per le quali non è previsto titolo professionale e da inquadrare in profili professionali ascritti a qualifiche funzionali per le quali è richiesto il solo requisito della scuola dell'obbligo, è effettuata in base alla disciplina stabilita dall'articolo 16 della legge 28 febbraio 1987, n. 56, secondo le modalità ed i criteri contenuti nel decreto del Presidente del Consiglio dei Ministri 18 settembre 1987, n. 392, nel rispetto delle particolari disposizioni concernenti la conoscenza della seconda lingua e della proporzionale tra i gruppi linguistici.

PRASIDENT: Zum Art. 1 des gegenständlichen Gesetzes ist ein Abänderungsantrag eingebracht worden, Erstunterzeichner Langer:

Im letzten Satz sind die Worte: "und des Proporz nach Sprachgruppen" zu streichen.

PRESIDENTE: All'art. 1 di questo disegno di legge é stato presentato un emendamento soppressivo, primo firmatario Langer:

Nell'ultima proposizione si sopprimono le seguenti parole: "e della proporzionale tra i gruppi linguistici".

PRASIDENT: Das Wort zur Erläuterung des Abänderungsantrages hat Abg. Langer.

PRESIDENTE: La parola al cons. Langer per l'illustrazione.

LANGER: Danke, Herr Präsident! Im wesentlichen habe ich ja schon vorhin erläutert, worum es geht. Nämlich darum, daß heute kein allgemein verbindliches Gesetz den Proporz bei den Gemeinden vorschreibt - erstens. Zweitens, daß bei der Region, also im Regionaldienst, der ethnische Proporz nicht etwa vom Statut oder von einem Staatsgesetz abhängt, sondern zur Disposition des Regionalgesetzgebers steht, d.h. wir, der Regionalrat, sind diesbezüglich befugt, Entscheidungen zu treffen. Ich habe auch schon erklärt, warum wir nicht das Proporzprinzip hier festschreiben wollen. Ich weiß auch, daß wenn wir es nicht festschreiben, damit noch nicht die Gemeindereglements und die Regionalgesetze, die es vorsehen, deswegen außer Kraft gesetzt werden. Aber, um auch auf die Bemerkung des Kollegen Marzari noch einzugehen: Wir wollen nicht behaupten, daß mit diesem Gesetz der Proporz sozusagen noch stärker sanktioniert würde, als er bisher schon ist. Aber wir sehen darin eine nicht notwendige und in unseren Augen eher schädliche

Festschreibung eines Prinzips, von dem gewisse Gemeinden, beispielsweise die Gemeinde Bozen, dabei sind, abzugehen. Deswegen sehen wir eigentlich keinen Anlaß, diese Norm noch gesetzgeberisch festzulegen.

Somit beantragen wir, diesen letzten Halbsatz bzw. diese paar Worte, nämlich: "und des Proporztes nach Sprachgruppen" zu streichen. Hingegen würde damit jedenfalls der verpflichtende Zusatz, nämlich zur Zweisprachigkeit; erhalten bleiben, sowohl weil es dazu ein Gesetz gibt, das alle Stellen des öffentlichen Dienstes dazu verpflichtet, nämlich das Dekret Nr. 752 von 1976, als auch weil wir es für nützlich halten, daß das Zweisprachigkeitsprinzip hochgehalten wird.

Deshalb darf ich Sie bitten, unserem Antrag zuzustimmen und ich darf auch den Präsidenten bitten, bei der Abstimmung die Beschlußfähigkeit feststellen zu wollen. Danke!

(Grazie, signor Presidente! Sostanzialmente ho già illustrato poco fa il senso del nostro emendamento. Oggi non esiste nessuna legge genericamente vincolante che prescriva l'applicazione della proporzionale presso i Comuni, primo. Secondo, presso la Regione, nei posti regionali cioè, la proporzionale etnica non dipende dallo Statuto o da una legge statale, bensì da quanto dispone il legislatore regionale. Ciò significa che noi, Consiglio regionale, abbiamo facoltà di prendere delle decisioni a questo proposito. Ho anche già spiegato perché noi non vogliamo ancorare all'interno di questa legge il principio della proporzionale. So anche che se ora questo principio non viene sancito qui, non per questo i regolamenti comunali e le leggi regionali che lo prevedono perdono di efficacia. Non vogliamo certo dire - questo per rispondere all'osservazione del collega Marzari - che questa legge sancisca il principio della proporzionale etnica in modo ancor più forte di quanto già non sia; tuttavia noi ravvisiamo in essa un'affermazione superflua, e ai nostri occhi più che altro dannosa, di un principio dal quale certi Comuni, ad esempio il Comune di Bolzano, stanno iniziando a discostarsi. Perciò non vediamo motivo per sancire questa norma anche a livello legislativo.

Noi chiediamo pertanto che venga stralciata l'ultima parte dell'ultima proposizione, ovvero le parole "e della proporzionale tra i gruppi linguistici". Resterebbe invece immutata la parte della proposizione relativa all'obbligo del bilinguismo, sia perché esiste già una legge che vincola in tal senso tutti i posti dell'impiego pubblico e cioè il decreto 752/1976, sia perché anche noi riteniamo utile sottolineare e mantener saldo il principio del bilinguismo.

Prego perciò i colleghi di voler dare il loro voto di approvazione a questo emendamento, e nel contempo chiedo al Presidente la verifica del numero legale all'atto della votazione. Grazie!)

PRASIDENT: Frau Abg. Franzelin, haben Sie sich zum Abänderungsantrag zu Wort gemeldet oder zum Artikel? Zum Artikel. Wer möchte zum Abänderungsantrag sprechen? Niemand mehr? Somit kommen wir zur Abstimmung über den Abänderungsantrag, Erstunterzeichner Langer. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 2 Dafür-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen ist der Antrag abgelehnt...

Verzeihung, Herr Abg. Langer, ich habe es überhört. Es wird mir von Mitgliedern des Präsidiums bestätigt, daß Abg. Langer die Feststellung der Beschlußfähigkeit verlangt hat. Wir kommen somit erneut zur Abstimmung. Wer sich für den Abänderungsantrag des Abg. Langer ausspricht, möge die Hand erheben. Bitte zählen! Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Die Abstimmung hat folgendes Ergebnis gebracht: 2 dafür, 26 dagegen und 10 Enthaltungen. Somit ist der Abänderungsantrag, Erstunterzeichner Langer, abgewiesen.

PRESIDENTE: Cons. Franzelin, ha chiesto la parola sull'emendamento o sull'articolo? Sull'articolo. Chi altri chiede di intervenire sull'emendamento? Nessuno? Pongo in votazione l'emendamento presentato dal cons. Langer. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

L'emendamento è respinto con 2 voti a favore e 6 astensioni.

Chiedo scusa, cons. Langer, mi era sfuggito. Membri dell'Ufficio di Presidenza mi confermano che il cons. Langer aveva chiesto la verifica del numero legale. Ripetiamo perciò la votazione. Chi è favorevole all'emendamento del cons. Langer è pregato di alzare la mano. Prego contare! Chi è contrario? Chi si astiene?

La votazione ha dato il seguente esito: 2 voti favorevoli, 26 contrari, 10 astensioni. L'emendamento del cons. Langer è respinto.

PRASIDENT: Wer möchte zum Art. 1 das Wort ergreifen?

Abg. Franzelin, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Chi desidera intervenire in merito all'art. 1?

Cons. Franzelin, ne ha facoltà.

FRANZELIN: Sehr geehrter Herr Präsident! Wenn ich richtig informiert bin, so bezieht sich dieser Artikel auf die neue Norm, die besagt, daß sich Interessenten innerhalb 31. März in diese Sonderarbeitslosenliste eintragen mußten. Jeder mußte den Nachweis erbringen, daß er bereits im Dezember arbeitslos war, aber bis zum 31. März auch arbeitslos war. Ich frage Sie also, ob sich in die Arbeitslosenlisten der Region Leute eingetragen haben. Wenn in einem Arbeitsamt in der zuständigen Gemeinde niemand in diese Sonderlisten eingetragen ist und die Gemeinde die Notwendigkeit hätte, jemand in der zweiten, dritten oder vierten Funktionsebene anzustellen, ohne Nachweis einer Qualifizierung, kann dann aufgrund des alten Gesetzes bzw. jemand aus der allgemeinen Arbeitslosenliste angestellt werden? Ich möchte um eine Antwort ersuchen, denn sonst könnten wir Gefahr laufen, daß Gemeinden dann unter Umständen niemand einstellen können, weil auf der einen Seite die Wettbewerbe nicht mehr vorgesehen sind und keine neue Ausschreibung gemacht werden kann, und auf der anderen Seite weil es nicht allen bekannt war, daß man sich auch in diese Listen eintragen kann und weil - soviel ich informiert bin, aber ich lasse mich gerne eines Besseren belehren - jemand nicht in beiden Arbeitslosenlisten gleichzeitig eingetragen sein kann. Und ob es somit morgen nicht ein Vakuum entstehen könnte.

(Egregio signor Presidente! Se non sono male informata, questo articolo fa riferimento alla nuova norma secondo la quale gli interessati erano tenuti ad iscriversi entro il 31 marzo nelle liste speciali di disoccupazione; gli interessati dovevano dimostrare che la loro condizione di disoccupato era tale già nel mese di dicembre e che erano rimasti senza occupazione fino al 31 marzo. Vorrei sapere perciò se nelle liste di collocamento della regione si sono iscritte delle persone, e soprattutto se nel caso in cui presso l'ufficio di collocamento di un determinato comune nessuno risultasse iscritto in queste liste speciali ed il Comune aveva necessità di assumere qualcuno nel secondo, terzo o quarto livello funzionale, senza bisogno di particolare qualificazione, il Comune in questione potrebbe procedere secondo la legge precedente oppure attingere alle liste generali. Vorrei una precisa risposta a questo proposito, altrimenti qui si corre il rischio che qualche Comune non possa assumere nessuno, perché da un lato non sono più previsti e quindi non si possono più effettuare concorsi,

dall'altro perché non tutti erano a conoscenza della possibilità di iscriversi nelle liste speciali, e per terzo perché - stando a quanto mi risulta, ma accetto volentieri una rettifica - non è possibile iscriversi contemporaneamente in tutt'e due le liste. Vorrei sapere se in futuro non potrebbe crearsi in questo modo un vuoto normativo.)

PRASIDENT: Sind weitere Wortmeldungen zum Art. 1? Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann ersuche ich den zuständigen Assessor, in dem Fall a Beccara, um eventuelle Stellungnahme zur aufgeworfenen Frage der Abg. Franzelin.

Assessor a Beccara, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi in merito all'art. 1? Nessuno. In tal caso chiedo all'assessore competente a Beccara se intende eventualmente prendere posizione sulla domanda sollevata dalla cons. Franzelin.

Assessore a Beccara, a Lei la parola.

a BECCARA: Ho già precisato che la legge non è della Giunta, è di iniziativa consiliare, questo sia chiaro.

Noi sappiamo che i casi sono limitatissimi, perché si tratta solo della scuola dell'obbligo, se soltanto si chiede una dattilografa o un operaio o qualcuno che abbia una ben che minima specializzazione, allora ne siamo fuori. Credo che entrerà in vigore così com'è e ci saranno le liste che ci sono, almeno per quest'anno, se invece vi saranno modalità secondo le quali saranno necessari avvisi ed atti promozionali, vi provvederemo.

Non ho altro da aggiungere.

(Interruzione)

a BECCARA: Al limite? Penso... No, perché se non c'è iscritto nessuno, penso che si possa procedere in altro modo, secondo buon senso, ma non ne sono comunque al corrente.

PRASIDENT: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Art. 1...
Abg. Marzari, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Passiamo alla votazione dell'art. 1...
Cons. Marzari, a Lei la parola.

MARZARI: Una procedura inconsueta, comunque non molto frequente, la proposta che vi sia una legge proposta da consiglieri, in questo caso, di opposizione si aggiungano altri articoli proposti dalla Giunta, per cui la titolarità è multipla, ma ho ben compreso le preoccupazioni della collega, del resto serie, ma per le quali c'è una risposta precisa.

Negli Uffici di Collocamento non vi sono mai vecchie e nuove liste, vi sono sempre liste aggiornate secondo i criteri che man mano vengono stabiliti, quindi non c'è un problema di attingimento a liste nuove o a liste vecchie, infatti la lista di collocamento viene riformulata sulla base delle ultime disposizioni; accanto a questa c'è, a partire da marzo, la lista di mobilità, cioè di quei lavoratori che sono in particolari condizioni di espulsione; il decreto 56 stabilisce in quali termini si debba attingere dalla lista di mobilità e in che termini si attinge dalla lista complessiva; è chiaro che se nessuno si trova in mobilità, si attinge alla lista complessiva; qualora non vi sia nessuno iscritto né in una lista né nell'altra, e si dà il caso che in qualche Comune specie dell'Alto Adige questo succeda, è chiaro che l'ente pubblico assumerà secondo i criteri classici, seguendo la procedura della richiesta e della selezione, come accade oggi; si farà un pubblico avviso, vi saranno delle domande, quindi si procederà ad un colloquio e ad una prova, secondo la mansione alla quale si intende adibire quel lavoratore, in tal caso nulla cambierà.

PRASIDENT: Wir kommen somit zur Abstimmung über den Art. 1. Wer sich für die Annahme des Art. 1 aussprechen möchte, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 4 Stimmenthaltungen ist der Art. 1 angenommen.

PRESIDENTE: E' posto in votazione l'art. 1. Chi è favorevole alla sua approvazione è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

L'art. 1 è approvato con 4 astensioni.

Art. 1 bis

1. Im Artikel 4 Absatz 1 des Regionalgesetzes vom 11. Dezember 1975, Nr. 11 und der darauffolgenden Änderungen und Ergänzungen betreffend allgemeine Bestimmungen über die rechtliche Stellung und die Besoldung der Gemeindebediensteten und der Gemeindegemeindeführer der Region wird der Buchstabe a) durch den nachstehenden ersetzt:

"a) durch öffentlichen Wettbewerb nach Prüfungen, nach Titeln, nach Titeln ergänzt durch praktische Prüfung, nach Titeln und Prüfungen, nach Lehrgangsabschlußprüfung gemäß den Bestimmungen der Personalordnung für das bedienstete Personal unter Beachtung der im Artikel 20 Absatz 1 und 2 des Gesetzes vom 29. März 1983, Nr. 93 und in diesem Gesetz vorgesehenen Bestimmungen. Bei der Auswahl des Wettbewerbssystems soll die Personalordnung die besonderen für die verschiedenen Berufsbilder im Rahmen der Funktionsränge vorgesehenen Studien- und Berufstitelvoraussetzungen berücksichtigen;"

Art. 1 bis

1. Al comma 1. dell'articolo 4 della legge regionale 11 dicembre 1975, n. 11 e successive modificazioni ed integrazioni concernente disposizioni generali sullo stato giuridico e sul trattamento economico dei dipendenti dei Comuni e dei segretari comunali della regione, la lettera a) è sostituita dalla seguente:

"a) mediante concorso pubblico per esami, per titoli, per titoli integrato da prova pratica, per titoli ed esami, per corso-concorso secondo quanto stabilito dal regolamento organico del personale dipendente nel rispetto delle disposizioni previste dall'art. 20, commi 1. e 2. della legge 29 marzo 1983, n. 93 e dalla presente legge. Nella scelta del sistema di concorso il regolamento organico terrà conto dei particolari requisiti di studio e professionali previsti per i diversi profili professionali all'interno delle qualifiche funzionali;"

PRASIDENT: Zu diesem Art. 1 bis ist ein Abänderungsantrag eingebracht worden, Erstunterzeichner Marzari:

Bei Art. 1 bis, Buchstabe a), werden die Worte "nach den Titeln" bei der ersten Nennung gestrichen; bei den weiteren werden sie beibehalten.

PRESIDENTE: Su questo art. 1 bis è stato presentato un emendamento, primo firmatario Marzari:

All'articolo 1 bis, con riferimento alla lettera a), è soppressa la prima dizione "per titoli", restando invariate le ulteriori identiche.

PRASIDENT: Wer möchte zu diesem Abänderungsantrag das Wort ergreifen?

Wollen Sie, Herr Abg. Marzari, Erläuterungen dazu geben?
Bitte, Sie haben dazu das Wort.

PRESIDENTE: Qualcuno desidera intervenire in merito all'emendamento?
Cons. Marzari, forse desidera brevemente illustrare la Sua proposta?
Prego, a Lei la parola.

MARZARI: Prendo atto che anche la Giunta è d'accordo con questo emendamento.

PRASIDENT: Möchte noch jemand zu diesem Abänderungsantrag das Wort ergreifen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stimmen wir über den Abänderungsantrag, Erstunterzeichner Marzari, ab. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?
Bei 9 Stimmenthaltungen ist der Abänderungsantrag angenommen.

PRESIDENTE: Qualcun altro desidera intervenire in merito a questo emendamento? Nessuno. E' posto in votazione l'emendamento a firma Marzari e altri. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

L'emendamento è approvato con 9 astensioni.

PRASIDENT: Wir kommen somit zum so abgänderten Art. 1 bis. Möchte dazu jemand das Wort ergreifen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit stimmen wir darüber ab. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

Bei 11 Stimmenthaltungen ist der Art. 1 bis angenommen.

PRESIDENTE: Passiamo all'art. 1 bis così emendato. Qualcuno desidera intervenire? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

L'art. 1 bis è approvato con 11 astensioni.

PRASIDENT: Von Mitgliedern der Regionalregierung ist folgender Art. 1 ter eingebracht worden, Erstunterzeichner a Beccara:

PRESIDENTE: Alcuni componenti della Giunta regionale hanno presentato un emendamento aggiuntivo, l'art. 1 ter; primo firmatario è l'assessore a Beccara:

1. Die Wettbewerbe zur Besetzung der Stellen, für die als Voraussetzung nur die Pflichtschule erforderlich ist und deren Wettbewerbsausschreibungen in der vom Gesetz oder gemäß den Bestimmungen der Personalordnung vorgesehenen Form vor Inkrafttreten dieses Gesetzes genehmigt wurden, werden nach den vorher bestehenden Bestimmungen durchgeführt.
2. Die Rangordnungen der am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes schon durchgeführten Wettbewerbe, die gemäß den geltenden Bestimmungen mehrjährige Rechtswirksamkeit besitzen, bleiben aufrecht.

1. I concorsi per la copertura di posti per i quali si richiede il possesso del solo requisito della scuola dell'obbligo, i cui bandi siano stati approvati e pubblicati nelle forme previste dalla legge o dai regolamenti organici in data anteriore all'entrata in vigore della presente legge, sono espletati secondo la normativa preesistente.

2. Sono fatte salve le graduatorie dei concorsi già espletati alla data di entrata in vigore della presente legge e per i quali la normativa vigente prevede una efficacia pluriennale.

PRASIDENT: Sind zu diesem Art. 1 ter Wortmeldungen? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen?

Bei 2 Gegenstimmen und 5 Stimmenthaltungen ist der Art. 1 ter angenommen.

PRASIDENTE: Vi sono interventi in merito a questo articolo 1 ter? Nessuno. Lo pongo in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

L'art. 1 ter è approvato con 2 voti contrari e 5 astensioni.

PRASIDENT: Von Mitgliedern des Regionalausschusses ist ein weiterer Art. 1 quater eingebracht worden:

PRASIDENTE: E' stato presentato da parte di componenti della Giunta un ulteriore emendamento aggiuntivo, l'art. 1 quater:

Nach dem Art. 1 ter wird der nachstehende Artikel eingefügt:

1 quater

1. Im Artikel 27, Buchstabe a), des Regionalgesetzes vom 11. Juni 1987, Nr. 5, in dem Änderungen und Ergänzungen zum Regionalgesetz vom 9. November 1983, Nr. 15 "Ordnung der Ämter der Region und Bestimmungen über die dienst- und besoldungsrechtliche Stellung des Personals" enthalten sind, wird nach den Worten "Koordinator für Mikrofilmaufnahmen" das Wort "Verwaltungssachbearbeiter" eingefügt.

Dopo l'art. 1 ter è iscritto il seguente articolo:

1 quater

1. Nell'art. 27, lettera a) della legge regionale 11 giugno 1987, n. 5, contenente modifiche e integrazioni alla legge regionale 9 novembre 1983, n. 15 "Ordinamento degli Uffici regionali e norme sullo stato giuridico e sul trattamento economico del personale" dopo le parole "coordinatore della microfilmatura" sono inserite le parole: "operatore amministrativo."

PRASIDENT: Sind zu diesem Artikel Wortmeldungen? Es ist ersucht worden, daß der Regionalausschuß den Artikel erläutern möge.

Herr Assessor a Beccara, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Vi sono interventi in merito a questo articolo? E' stata chiesta un'illustrazione dell'emendamento da parte della Giunta.

Assessore a Beccara, a Lei la parola.

a BECCARA: L'avevo già illustrato, a dire il vero.

E' stato fatto un errore materiale di pura dimenticanza: nei profili si è dimenticato l'operatore amministrativo. Ciò è tutto.

PRASIDENT: Sind noch Wortmeldungen zu diesem Artikel? Das ist nicht der Fall. Somit lasse ich darüber abstimmen. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Stimmenthaltungen?

Bei 6 Stimmenthaltungen ist der Artikel genehmigt.

PRESIDENTE: Vi sono altri interventi su questo articolo? Nessuno. Lo pongo perciò in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Contrari? Astenuti?

L'articolo è approvato con 6 astensioni.

PRASIDENT: Es ist ein Artikel als Artikel 3 hier eingebracht worden, Erstunterzeichner Tonelli. Er wird dann, sollte er genehmigt werden, in eine fortlaufende Ordnung eingefügt. Der Artikel hat folgenden Wortlaut:

PRESIDENTE: E' stato presentato dal cons. Tonelli un emendamento aggiuntivo, l'art. 3. In caso di approvazione l'articolo riceverà il corretto numero progressivo. Leggo il testo dell'emendamento:

Nach Artikel 2 wird folgender Artikel 3 angefügt:

Art. 3

"Dieses Gesetz wird im Sinne des Artikels 55 Absatz 3 des D.P.R. vom 31. August 1972, Nr. 670 als dringend erklärt."

Dopo l'articolo 2 è aggiunto il seguente articolo 3:

Art. 3

"La presente legge è dichiarata urgente ai sensi del terzo comma dell'articolo 55 del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670."

PRASIDENT: Ich mache aufmerksam, daß es für die Genehmigung dieses Artikels die absolute Mehrheit braucht. Das sind 36. Wir stimmen ab. Wer dafür ist, möge die Hand erheben. Wer ist dagegen? Wer enthält sich der Stimme?

36 dafür und 3 Stimmenthaltungen. Der Artikel ist genehmigt.

PRESIDENTE: Faccio presente che per l'approvazione di questo articolo è necessaria la maggioranza assoluta, vale a dire 36 voti favorevoli. L'emendamento è posto in votazione. Chi è favorevole è pregato di alzare la mano. Chi è contrario? Chi si astiene?

36 voti a favore e 3 astensioni. L'articolo è approvato.

PRASIDENT: Sind Stimmabgabeerklärungen zu diesem Gesetz? Das scheint nicht der Fall zu sein. Somit ersuche ich um die Verteilung der Stimmzettel.

PRESIDENTE: Vi sono dichiarazioni di voto su questa legge? Nessuna.

Prego procedere alla distribuzione delle schede.

PRASIDENT: Ich ersuche um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

VALENTIN: (Sekretär):(ruft die Namen auf)
(Segretario):(fa l'appello nominale)

PRASIDENT: Ich ersuche um die Auszählung der Stimmen.

PRESIDENTE: Prego procedere allo spoglio dei voti.

PRASIDENT: In der Zwischenzeit mache ich die Damen und Herren Abgeordneten aufmerksam, daß die heutige Sitzung bis 2.00 Uhr angesetzt ist, und es besteht kein Grund, die Sitzung früher zu beenden.

PRESIDENTE: Nel frattempo faccio presente alle signore e ai signori Consiglieri che la seduta odierna è fissata fino alle ore 14.00 e non vi è motivo di concluderla anticipatamente.

PRASIDENT: Ich ersuche die Damen und Herren Abgeordneten Platz zu nehmen.

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt:

Abstimmende:	42
davon haben gestimmt:	
mit Ja	25
mit Nein	4
weiße Stimmzettel	13

Der Regionalrat genehmigt das Gesetz.

PRESIDENTE: Prego i Consiglieri di recarsi ai propri posti.

Rendo noto l'esito della votazione:

Votanti:	42
di questi hanno votato	
sì	25
no	4

scheda bianca

13

Il Consiglio approva.

PRASIDENT: Wir fahren in der Tagesordnung weiter.
Das Wort hat Assessor a Beccara.

PRASIDENTE: Proseguiamo la trattazione dell'ordine del giorno.
La parola all'assessore a Beccara.

a BECCARA: Sull'ordine dei lavori, signor Presidente. Chiedo di anticipare, se possibile, il disegno di legge n. 65, "Riunificazione della frazione di Campregneri sotto il Comune di Centa San Nicolò", perché si tratta di una leggina brevissima che è stata approvata ad unanimità, e quindi non impegnerà il Consiglio più di dieci minuti, tanto più che i Comuni interessati hanno trovato un accordo.

Ecco, questo chiedo, sempre che il collega Fedel, titolare del disegno di legge-voto iscritto all'ordine del giorno, ne sia d'accordo, prendendo atto che si tratta di dieci minuti al massimo e premesso sempre che ci sia ancora il numero legale all'atto della votazione.

PRASIDENT: Herr Abg. Fedel, bitte Sie haben das Wort.

PRASIDENTE: Cons. Fedel, a Lei la parola.

FEDEL: In linea teorica non vi sarebbe niente in contrario a ritardare la trattazione della mia legge per dieci minuti, ma, come è avvenuto per l'altra leggina che ho permesso di discutere, si presentano emendamenti, di conseguenza la discussione si dilunga ed infine viene a mancare il numero legale, per cui il mio disegno di legge-voto concernente le minoranze etniche del Trentino potrebbe non essere più trattato in questa legislatura, pertanto, mi dispiace, non posso accettare un'ulteriore trasposizione.

PRASIDENT: Das Einverständnis ist somit zur Vorziehung des Tagesordnungspunkte 11) nicht gegeben. Es bleibt somit nichts übrig, als daß wir mit der Tagesordnung so fortfahren, wie sie uns vorliegt.

Punkt 2 der Tagesordnung: Begehrgesetzentwurf Nr. 3:
"Änderung des Autonomiestatuts, um den Bürgern deutscher Muttersprache des Fersentales und von Lusern sowie jenen ladinischer Muttersprache der

7 Gemeinden des Fassatales in der Provinz Trient die gleichen Rechte zu gewährleisten, die die Bürger deutscher und ladinischer Muttersprache der Provinz Bozen haben", (eingbracht von den Regionalratsabgeordneten Fedel, Klotz, Casagranda, Meraner und Cadonna).

PRESIDENTE: Non c'è stato consenso sulla proposta di anticipare il punto 11) all'ordine del giorno. Non ci resta altro che proseguire con l'ordine del giorno, secondo i punti in esso contenuti.

Punto n. 2 all'ordine del giorno: disegno di legge-voto n. 3: "Modifica dello Statuto di autonomia per garantire ai cittadini di madrelingua tedesca della valle del Fersina e Luserna e ladina dei sette comuni della valle di Fassa in provincia di Trento i medesimi diritti di cui godono i cittadini di madrelingua tedesca e ladina nella provincia di Bolzano" (presentato dai Consiglieri Fedel, Klotz, Casagranda, Meraner e Cadonna).

PRASIDENT: Ich ersuche den Erstunterzeichner um den Bericht zu diesem Begehrensgesetzentwurf.

PRESIDENTE: Invito il primo firmatario a dare lettura della relazione accompagnatoria al disegno di legge-voto.

FEDEL: Signori consiglieri, il presente disegno di legge-voto si prefigge il raggiungimento di una soddisfacente e chiara soluzione del problema delle minoranze linguistiche tedesche e ladine in provincia di Trento, fino ad ora sottovalutato, misconosciuto ed accantonato in presenza delle note vicende sui problemi qualitativamente identici, ma quantitativamente molto più rilevanti, della provincia di Bolzano.

Ripetutamente ed a periodi alterni si sono verificate manifestazioni ed espressioni di inequivocabile volontà di rivendicazione dei propri fondamentali diritti etnici e linguistici da parte delle popolazioni interessate delle zone linguistiche tedesche nei Comuni della Valle del Fersina e di Luserna e delle popolazioni ladine dei sette Comuni della Valle di Fassa.

Ciò avvenne o mediante responsabili e democratiche deliberazioni dei rappresentanti popolari eletti nei Consigli comunali (le deliberazioni furono votate all'unanimità) o mediante sottoscrizione popolare o mediante, infine, deliberazione del Consiglio provinciale di Trento: ci riferiamo all'ordine del giorno presentato dai consiglieri Fedel e Casagranda, approvato dal Consiglio della Provincia autonoma di

Trento nella seduta del 16 gennaio 1985 in cui si impegna la Giunta provinciale a "dare pratica attuazione ai dettati costituzionali, con particolare riferimento alle minoranze etnico-linguistiche della Valle di Fassa, della Valle del Fersina e del Comune di Luserna.

Va tenuto presente che nel merito sono da definire con esattezza i limiti territoriali delle zone aventi titolo al riconoscimento di tutti i diritti previsti dalla Costituzione per le minoranze linguistiche, onde evitare possibili equivoci ed incertezze sulla applicazione dei dettami della Costituzione stessa.

Gli appartenenti al gruppo etnico tedesco della provincia di Trento risiedono nei Comuni di Palù del Fersina, Fierozzo, Frassilongo e Luserna; gli appartenenti al gruppo etnico ladino risiedono nei Comuni di Moena, Soraga, Pozza di Fassa, Vigo di Fassa, Campitello, Mazzin e Canazei.

La popolazione di queste isole linguistiche è diminuita in questi ultimi decenni: secondo i dati del censimento 1981 esse raggiungono circa le 1.800 unità per il gruppo linguistico tedesco e le 8.000 unità per quello ladino. Una delle determinanti cause dello spopolamento di queste zone è stata senza alcun dubbio l'emigrazione di singole persone e di interi nuclei familiari che hanno cercato di inserirsi nella società del mondo tedesco (Bolzano, Austria, Germania, Svizzera) a loro omogenea e quindi capace di offrire quei presupposti culturali, di vita e di civiltà, sui quali ognuno cerca di creare la propria esistenza e la ragione di vita propria e della propria famiglia.

Altro aspetto dello spopolamento è l'emigrazione solo formale di moltissime famiglie che, pur svolgendo una certa propria attività fuori zona, come nel fondovalle della Valsugana o a Trento o in provincia di Bolzano dove hanno la residenza ufficiale, mantengono tuttavia i propri beni ed un recapito del Comune di origine, sempre pronti a ritornarvi definitivamente, qualora si offrisse loro la benevola circostanza.

I sottoscritti presentatori del presente disegno di legge-voto sono convinti che moltissimi di questi rientrerebbero nel caso in cui venissero create, nella propria terra, quelle condizioni e garanzie proprie di un gruppo etnico minoritario che appunto non è uguale, nelle esigenze, alle popolazioni vicine del gruppo maggioritario e che proprio per questo abbisogna di un trattamento e di provvidenze differenziate per un proprio normale, naturale e conseguente sviluppo anche economico.

In questi Comuni la lingua parlata è quella tedesca da parte di quasi la totalità della popolazione della Valle del Fersina e di

Luserna e quella ladina per i sette Comuni della Valle di Fassa.

Per l'insensibilità ai problemi linguistici, culturali, etnici, e, per l'inerzia dimostrata negli ultimi decenni dai vari Governi, l'amministrazione scolastica non curò nemmeno il problema dell'insegnamento della madrelingua tedesca e ladina nelle scuole elementari. Ciò nonostante è sempre più vivo l'interesse nella totalità delle popolazioni all'introduzione dell'insegnamento della madrelingua tedesca e ladina e la concomitante esigenza che gli insegnanti stessi siano scelti fra i locali, di madrelingua tedesca e ladina o comunque adeguatamente preparati sia sotto il profilo pedagogico che di conoscenza della storia, tradizioni, usi e costumi di quelle popolazioni.

E' interessante e va sottolineato il fatto che per garantire il rispetto di tutte le prerogative e diritti spettanti a queste popolazioni non vi sono mai stati finora motivi di attrito o azioni meno che controllate nei confronti degli organi amministrativi centrali, della Regione o della Provincia, essendo prevalsa la fiducia nel buon senso che avrebbe comunque dovuto assicurare almeno gli stessi diritti spettanti al gruppo etnico tedesco e ladino della vicina provincia di Bolzano.

Le essenziali esigenze manifestate dalle popolazioni della Valle del Fersina e Luserna e della Valle di Fassa, in sintesi sono le seguenti:

- 1) un ordinamento scolastico tale da garantire un adeguato numero di insegnanti preparati nella madrelingua tedesca e ladina per l'insegnamento rispettivamente del tedesco, del ladino e dell'italiano in maniera razionale e perfetta, onde ottenere risultati efficaci e pratici per il possesso della lingua madre ed italiana, per la necessità di vita di quelle popolazioni;
- 2) la rappresentanza del gruppo linguistico minoritario tedesco e ladino del Trentino nell'amministrazione della scuola, in sede provinciale, onde garantire la più confacente ed idonea politica scolastica a favore delle popolazioni in parola;
- 3) la rappresentanza del gruppo linguistico tedesco e ladino del Trentino nel Consiglio regionale e provinciale, come pure negli organi esecutivi degli enti pubblici;
- 4) la rappresentanza proporzionale del gruppo linguistico tedesco e ladino del Trentino nella copertura dei posti di lavoro presso gli enti pubblici statali, regionali e provinciali;
- 5) la valorizzazione delle iniziative ed attività culturali, di stampa e

ricreativa, nonché il rispetto ed il ripristino della toponomastica e delle tradizioni delle popolazioni delle isole linguistiche, anche con mezzi radio-televisivi.

La presentazione di questo disegno di legge-voto tende a rendere giustizia, dopo tanti anni di inerzia da parte del potere pubblico a popolazioni che, a prescindere da ogni valutazione della consistenza numerica, attendono null'altro che l'applicazione dei disposti costituzionali. Infatti l'articolo 6 della Costituzione della Repubblica stabilisce: "La Repubblica tutela con apposite norme le minoranze linguistiche". Nella legge costituzionale 26 febbraio 1948, n. 5 o Statuto Speciale per il Trentino-Alto Adige, come pure nella legge costituzionale 10 novembre 1971, n. 1 o nuovo Statuto di Autonomia nel proprio Testo Unico del D.P.R. 31 agosto 1972, n. 670, si legge testualmente, all'articolo 2: "Nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali".

Di conseguenza il disegno di legge-voto che viene sottoposto all'esame ed all'approvazione dell'on.le Consiglio regionale, propone l'istituzione di un articolo aggiuntivo "102/bis" all'articolo 102 del T.U. delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale di autonomia per il Trentino-Alto Adige approvato con decreto del Presidente della Repubblica del 31 agosto 1972, n. 670, del seguente tenore:

"In Provincia di Trento, alle popolazioni di lingua tedesca dei Comuni della Valle del Fersina e di Luserna ed alle popolazioni ladine dei Comuni della Valle di Fassa, sono estesi tutti i diritti e le garanzie politiche, etniche e culturali previste dal presente Statuto per la salvaguardia del gruppo etnico tedesco e ladino della Provincia di Bolzano".

Una simile regolamentazione è in armonia con il disposto dell'articolo 4 del nuovo Statuto di autonomia, il quale afferma che "fra gli obblighi internazionali e gli interessi nazionali" è "compreso quello della tutela delle minoranze linguistiche locali", come sono appunto le popolazioni tedesche dei Comuni della Valle del Fersina e di Luserna e quelle ladine dei sette Comuni della Valle di Fassa.

I proponenti del presente disegno di legge-voto sono fermamente convinti di rendere così giustizia alle minoranze che pur non avendo mai creato situazioni di contestazione o di protesta, meritano di essere soddisfatte nelle proprie esigenze e salvaguardate nel nome e

nell'ambito di una civiltà europea molto vigile ed attenta per i problemi delle minoranze linguistiche in genere.

Il presente disegno di legge-voto ha la finalità di ribadire e ufficializzare la presenza delle minoranze etniche nel Trentino, uno dei pilastri su cui si basa la nostra autonomia speciale; va sottolineato, infatti, come i padri fondatori dell'autonomia o meglio le loro legittime richieste in sede nazionale ed internazionale si siano fondate sulla presenza nel territorio regionale (e quindi della provincia di Trento e di Bolzano) delle minoranze etniche tedesche e ladine, otreché su motivazioni storiche, culturali e geografiche.

La presente iniziativa legislativa intende quindi ribadire innanzitutto le ragioni ed i motivi fondamentali, di principio e legittimi dell'essere della nostra autonomia. Da questa ultima considerazione ne deriva l'alto valore politico, civico e storico della scelta che il Consiglio regionale andrà assumendo su questa iniziativa legislativa; in breve ognuno assumerà responsabilità che vanno al di là del riconoscimento etnico del cittadino di Palù del Fersina o di Mazzin.

Con il presente disegno di legge-voto si chiede pertanto che il Parlamento provveda alla modifica dello Statuto di autonomia nei termini proposti avvalendosi della norma di cui all'articolo 103 del Testo Unico sopra citato che recita testualmente: "Per le modificazioni della presente legge si applica il procedimento stabilito dalla Costituzione per le leggi costituzionali. L'iniziativa per la revisione appartiene al Consiglio regionale". Ed è appunto l'iniziativa che i sottoscritti consiglieri regionali hanno assunto con il presente documento, che confidano venga approvato dagli Onorevoli Colleghi del Consiglio regionale. Grazie.

PRASIDENT: Ich ersuche um die Verlesung des Berichtes der 1. Gesetzgebungskommission und erteile dazu das Wort dem Abg. Bacca.

PRESIDENTE: Si proceda alla lettura della relazione della I. Commissione legislativa.

La parola al cons. Bacca.

BACCA: Illustri consiglieri,

la I^a Commissione legislativa ha riesaminato il disegno di legge-voto n. 3 rimesso dal Consiglio in data 14 maggio 1987.

Il cons. Fedel, primo firmatario del disegno di legge-voto, ha innanzitutto ringraziato la Commissione per aver richiesto un parere

giuridico ad un esperto, che ha elaborato un articolato, che ora si presenta alla Commissione sotto forma di emendamenti. Ha inoltre fatto presente come il disegno di legge-voto al riesame possa costituire un supporto ai due disegni di legge in discussione al Parlamento concernenti l'uno la minoranza ladina della valle di Fassa e l'altro le minoranze linguistiche in generale. Ha quindi invitato la Commissione di voler passare alla discussione articolata e di approvare il disegno di legge-voto nella forma proposta con gli emendamenti già da tempo inviati ai commissari.

Il cons. Bacca si è dichiarato d'accordo su quanto proposto a condizione che si approvino alcuni emendamenti che egli presenterà nel corso della discussione articolata.

L'assessore a Beccara, a nome della Giunta regionale, ha espresso parere favorevole, annunciando fra l'altro che la Giunta si adopererà, affinché nel disegno di legge in discussione al Parlamento, concernenti le minoranze linguistiche, vengano inserite anche le popolazioni germanofone della provincia di Trento.

Pure i cons. Rella, Tribus e Tomazzoni si sono dichiarati favorevoli al disegno di legge-voto, con riserva da parte del cons. Tribus di presentare emendamenti in aula. La Commissione è passata all'esame dell'articolato, costituito da un emendamento sostitutivo e da otto emendamenti aggiuntivi a firma del cons. Fedel.

Sono stati pure esaminati gli emendamenti presentati dal cons. Bacca agli artt. 2, 3, 4 e 5 introdotti nel testo originario con emendamenti aggiuntivi. Nel corso della discussione sono sorte perplessità, tanto che i cons. Tretter e Rella hanno proposto di approvare il disegno di legge-voto nella forma indicata dal cons. Fedel, e di sottoporre eventuali emendamenti al Consiglio regionale, dopo aver approfondito i vari aspetti.

Il cons. Bacca non ha ritirato i propri emendamenti ed ha chiesto alla Commissione di pronunciarsi in merito.

Gli emendamenti a firma dei cons. Fedel e Bacca sono stati approvati a maggioranza dalla Commissione, come pure il disegno di legge-voto nel suo complesso, con l'astensione del cons. Tretter.

Si rimette pertanto il disegno di legge-voto all'esame del Consiglio regionale.

PRASIDENT: Die Generaldebatte zum Begehrensgesetzentwurf ist eröffnet. Wer möchte das Wort ergreifen?

Abg. Fedel, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: La discussione generale sul disegno di legge-voto è aperta. Chi desidera intervenire?

Cons. Fedel, a Lei la parola.

FEDEL: Signor Presidente e signori colleghi, credo che la relazione alla proposta del disegno di legge-voto sia già più che sufficiente per sottolineare le motivazioni che hanno ispirato la presentazione del provvedimento al Consiglio per la terza volta per quanto riguarda il contenuto, in quanto una prima proposta è stata presentata dai colleghi Sembenotti, Pruner ed altri, la seconda dai colleghi Sembenotti, Pruner e Fedel unitamente al gruppo del S.V.P. e questa è la terza iniziativa.

Noi consiglieri della Provincia di Trento avvertiamo la necessità di tutelare le popolazioni minoritarie nella Provincia autonoma di Trento, per cui la relazione parla chiaro, indica i Comuni dell'area germanofona e di quella ladina e precisamente i sette Comuni della Valle di Fassa, i Comuni di Palù, Frassilongo, Fierozzo ed il Comune di Luserna; questi ultimi riguardano le popolazioni germanofone.

Sostanzialmente questo disegno di legge si basa sulla Costituzione italiana, come risulta dalla relazione, e sullo Statuto speciale di autonomia che recita: "nella regione, è riconosciuta parità di diritti ai cittadini qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali".

Considerando quanto sta avvenendo, anche se non in via definitiva, in Provincia di Bolzano, - la vertenza non è ancora chiusa ma va sottolineato che sono stati fatti passi da gigante e probabilmente il grande problema dell'Alto Adige, del Sudtirolo, ha fatto sì che vengano dimenticate dal Consiglio regionale e se vogliamo anche dai Consigli provinciali i problemi delle popolazioni della Valle del Fersina - riteniamo che sia giunto il momento di delineare anche il problema delle popolazioni ladine e germanofone della Provincia autonoma di Trento.

Come già ribadito nella relazione, simile iniziativa non può essere presentata al Consiglio provinciale, essendo per Statuto il Consiglio regionale il consesso idoneo a discutere e congedare un disegno di legge-voto, la qual cosa avviene dopo un anno e mezzo dalla sua presentazione. Per giustificare e motivare questo ritardo sia detto - il Consiglio regionale ne sarà già a conoscenza - che la prima Commissione legislativa, a conclusione dell'esame generale, aveva deciso

su proposta dei cons. Kaserer, Fedel, Bacca e forse anche di qualche altro rappresentante, di ricorrere alla consulenza di un costituzionalista per sentire se la proposta originaria era praticabile o meno; infatti la soluzione proposta era semplicistica, dato che la situazione della Provincia di Bolzano non poteva essere trasferita in toto alla realtà della Provincia di Trento. Il vero scopo di tale iniziativa riguarda il dibattito politico su questa tematica per avviare quel processo, se anche semplificato per le minoranze della Provincia di Trento, che si sta ora concretizzando in Provincia di Bolzano. Questo dibattito deve quindi avvenire fra tutte le varie forze politiche e porterà senz'altro un miglioramento.

Con l'aiuto del consulente, si è potuto infine predisporre questo nuovo testo in sede di Commissione dove, dopo la lunga sospensione dovuta al tempo necessario per la stesura del parere richiesto, le varie forze politiche, particolarmente del Trentino, si sono confrontate, ed ora si sta avviando il dibattito in Consiglio non più sull'articolo unico da me originariamente presentato insieme ad altri colleghi nel marzo del 1986, ma sull'articolato predisposto dal costituzionalista, come proposta di soluzione dei problemi delle popolazioni germanofone della Provincia autonoma di Trento non menzionate nello Statuto, dato che l'art. 102 si riferisce soltanto alla presenza dei ladini dei sette Comuni della Valle di Fassa. Il problema è stato egregiamente risolto dal consulente avvocato Sergio de Carneri che, grazie alla sua capacità professionale, nonché alla profonda conoscenza dei problemi delle minoranze - è stato anche componente della Commissione dei Dodici - è riuscito a trovare quell'indispensabile aggancio, che legittima la nostra richiesta.

Desidero omettere la lettura integrale del parere, ma ritengo opportuno leggerne soltanto l'ultima parte dove sono elencati i diritti: "diritto di avere un rappresentante nel Consiglio regionale e provinciale; diritto all'insegnamento della lingua e della cultura ladina nelle scuole dell'obbligo nelle località ladine e uso della stessa nelle scuole materne; uso della lingua stessa nelle scuole di ogni ordine e grado come strumento di insegnamento anche ai fini dello sviluppo e della conoscenza della cultura ladina.

La conoscenza della lingua ladina costituisce titoli di precedenza assoluta per l'insegnamento nelle scuole della Valle di Fassa, diritto alla rappresentanza degli insegnanti ladini nel Consiglio provinciale scolastico di Trento, riconoscimento di titolo preferenziale per l'accesso al pubblico impiego a parità di condizioni in favore di

chi conosce la lingua ladina; nomina di un rappresentante scolastico per l'amministrazione delle scuole della Val di Fassa, obbligo per la Provincia autonoma di Trento di utilizzare gli stanziamenti destinati a scopi culturali tenendo conto della consistenza del gruppo linguistico ladino e della misura delle relative esigenze; diritto ad usare la lingua ladina nelle adunanze degli organi collegiali degli enti locali in Val di Fassa e diritto degli stessi a redigere gli atti pubblici oltre che in lingua italiana anche in lingua ladina; diritto all'accesso alla RAI - TV; diritto a riacquistare i cognomi originari di competenza del Tribunale regionale di giustizia amministrativa e non della sezione autonoma di Bolzano a decidere sugli atti amministrativi di cui al primo comma dell'art. 92 dello Statuto che siano ritenuti lesivi del principio di parità dei cittadini di lingua ladina appartenenti al gruppo linguistico ladino della Provincia di Trento; l'integrazione della Commissione dei Dodici con due rappresentanti ladini per la popolazione nelle norme di attuazione della proposta di legge costituzionale in oggetto".

La proposta prevede che tutti questi diritti sono da estendersi anche alle popolazioni di origine germanica del Trentino, come pure le norme dell'art. 102, primo comma dello Statuto, fatta eccezione per il diritto ad avere un rappresentante in Consiglio regionale ed in Consiglio provinciale di Trento, la speciale competenza del T.A.R. di cui all'art. 92 dello Statuto, la rappresentanza in seno alla Commissione dei Dodici e le ragioni di queste eccezioni sono esposte nella presente relazione.

Ora vorrei fare qualche breve considerazione soprattutto ai colleghi della Provincia autonoma di Trento, ma credo sia valida anche per i colleghi della Provincia di Bolzano, considerazione peraltro sottolineata nella relazione, in cui come uno dei motivi al diritto ad avere una speciale autonomia all'interno di questa Regione, divisa in due Province autonome, si indica la presenza delle minoranze etnico-linguistiche, affermazione questa che riveste estrema importanza, in quanto l'ufficializzazione della presenza delle minoranze ladine e germanofone nella Provincia autonoma di Trento è un punto fondamentale per la difesa della nostra specificità autonomistica nell'ambito del quadro regionale.

Quindi una sensibilità di questo tipo non fa altro che rafforzare la nostra autonomia speciale nella Provincia di Trento, e in quella della Provincia di Bolzano nei confronti di Roma, vincolata peraltro da una garanzia internazionale come più di noi trentini ha

potuto sperimentare la Provincia di Bolzano. Un altro aspetto deve essere ancora sottolineato oltre allo Statuto speciale di autonomia, ancorato, ribadisco, ad un accordo internazionale e precisamente l'art. 6 della Costituzione che riconosce la tutela delle minoranze etnico-linguistiche.

A tal proposito in Provincia di Trento è stato compiuto un primo passo, ma più a carattere amministrativo che politico, a favore delle minoranze etniche ladine e germanofone, con l'approvazione di una legge concernente l'istituzione di un istituto culturale; è senz'altro un dato positivo anche se si tratta di un primo timido passo e riconoscimento, ma non ha quella portata politica del presente disegno di legge-voto, dato che la problematica verrebbe trasferita da una sede legislativa ordinaria a quella costituzionale e se anche il Parlamento non si attivasse in tal senso, rimarrebbe comunque l'atto politico qualificante del Consiglio regionale di presa d'atto del problema e della sua proposta al Parlamento di riconoscere ufficialmente la presenza delle minoranze etniche anche nel Trentino.

Ciò non può nuocere a nessuno, per i trentini sarebbe un arricchimento, e gli altoatesini vedrebbero ulteriormente rafforzata la loro autonomia e lo stesso istituto Regione nel quadro tracciato dalla Costituzione ne trarrebbe vantaggio.

La scorsa legislatura, allorquando dibattemmo questa problematica, il risultato fu negativo, si asseriva infatti che nulla vi era da riconoscere e che non si riteneva doveroso favorire queste popolazioni sotto il profilo socio-economico e culturale, mentre oggi possiamo affermare che, grazie a quella discussione che aveva impegnato il Consiglio per una giornata e mezza, qualcosa si è mosso in tal senso, ma senza quel crisma che noi desideriamo per una reale e concreta salvaguardia delle minoranze ladina e tedesca della Provincia di Trento.

Detto questo, vorrei ancora ricordare che il Consiglio della Provincia autonoma di Trento il 16 gennaio del 1985 ha approvato un ordine del giorno a firma Fedel - Casagranda, che fra l'altro recita: "visto l'art. 6 della Costituzione, visti gli artt. 2 e 4 dello Statuto Speciale di autonomia, che segnano e sottolineano un punto fermo di riferimento di difesa, tutela e riconoscimento delle minoranze etnico-linguistiche, visto altresì l'art. 102 dello Statuto speciale di autonomia, il Consiglio provinciale impegna la Giunta provinciale: 1) a dare pratica attuazione ai dettati costituzionali con particolare riferimento alle minoranze etnico-linguistiche della Valle di Fassa, della Valle del Fersina e del Comune di Luserna; b) a proclamare

attraverso l'adozione di tutti i provvedimenti conseguenti l'anno 1985 anno dei ladini" - come è avvenuto - "e predisporre un adeguato programma di iniziative per ricordare l'anno 1985 come l'anno dei ladini, coinvolgendo le rappresentanze istituzionali e culturali locali; d) ad appoggiare con tutto l'impegno necessario la legge presentata al Parlamento a favore dei ladini".

Questo ordine del giorno, presentato in occasione del dibattito sul bilancio provinciale ed approvato, se non all'unanimità, con una larghissima maggioranza, è quindi da considerarsi un atto che ha aperto la strada a questa iniziativa legislativa, e noi tutti sappiamo che in politica i momenti di notevole importanza avvengono in modo graduale.

Abbiamo in seguito notato che anche i singoli Comuni e lo stesso Comprensorio dell'Alta Valsugana hanno iniziato ad attivarsi, e a tal proposito va ricordato che una delibera specifica del Comprensorio dell'Alta Valsugana riconosce la maturazione avvenuta tra gli amministratori della Provincia autonoma di Trento in questa materia, dal momento che dalla totale chiusura, che risale a quattro o cinque anni fa, sono giunti al punto di dichiararsi possibilisti, non soltanto in Consiglio provinciale come abbiamo già ricordato, ma anche a livello di comunità locali, di Comprensorio - per i colleghi della Provincia di Bolzano dirò che i comprensori rispondono più o meno alle loro comunità montane - tanto è vero che il 16 giugno 1986 l'assemblea comprensoriale C 4 - Alta Valsugana approvava la presente mozione: "nei giorni 7 e 8 giugno 1986 si è svolto a Luserna un convegno sul tema: Le isole linguistiche di origine germanica dell'Italia nord-orientale, situazioni prospettive, organizzato dal Comune di Luserna e dal Comprensorio dell'Alta Valsugana con la collaborazione dei Comuni del Fersina e del Curatorium Cimbrum bavarese.

Tenendo conto che il Comprensorio Alta Valsugana rappresenta sul proprio territorio tutte le minoranze linguistiche; sulla scorta delle risultanze del Convegno, di indicazioni emerse in altre occasioni similari e delle istanze delle comunità più direttamente interessate" - questo è importante - "l'assemblea comprensoriale approva secondo il seguente ordine del giorno quanto segue: la tutela delle minoranze linguistiche non va intesa come mero atto di conservazione statica dell'esistente, bensì come un insieme di norme e di azioni positive che incentivino uno sviluppo sociale, civile ed economico delle popolazioni interessate, rispettoso e garante del patrimonio culturale e delle caratteristiche etniche delle stesse. In questa direzione va orientato

l'impegno dell'ente pubblico a qualsiasi livello che si dovrebbe estrinsecare nei seguenti punti di intervento:

a) aspetto istituzionale, inteso in particolare con possibilità per gli appartenenti alle minoranze linguistiche di esprimersi nelle sedi istituzionali locali, Comuni, Consigli comunali, assemblee comprensoriali, nella propria lingua; va anche data concreta attuazione alla possibilità di usare la doppia lingua nella toponomastica locale, per quanto riguarda in particolare la segnaletica stradale, l'uso delle due lingue dovrebbe essere esteso a tutto il territorio comprensoriale naturalmente per la segnaletica che si riferisce alle zone mistilingue e, se possibile, usare la lingua locale per le scritte sugli stemmi comunali.

Cultura: va predisposto d'intesa fra Comuni, Comprensori e Provincia e con l'apporto delle associazioni locali un programma organico per la salvaguardia e la valorizzazione della cultura delle zone di minoranza linguistica che miri in particolare all'istituzione e gestione di sedi locali che ospitino testimonianze storiche, pubblicazioni e documentazioni culturali in genere, attività di lettura, scambi culturali, incontri delle popolazioni ed in particolare dei giovani, promozioni di corsi di lingua e cultura locali.

Lingua e cultura: organizzazione e diffusione di attività editoriali, mentre il discorso della legge provinciale riguarda solamente la seconda parte, quella culturale. Organizzazione di attività editoriali, istituzioni di alcune borse di studio permanenti per ricerche riguardanti le zone in parola, organizzazioni di scambi culturali con le isole linguistiche di altre Regioni, accesso a programmi radio-televisivi appositamente predisposti attraverso reti locali; valorizzazioni delle iniziative culturali e delle associazioni locali.

Tale programma dovrebbe trovare adeguato e specifico finanziamento annuale nel piano provinciale della cultura o in altro capitolo di bilancio.

Anche gli altri enti locali concorrono finanziariamente, nel limite delle proprie possibilità al sostegno di queste attività. Una sezione del costituente istituto comprensoriale si occuperà in modo particolare degli aspetti legati alle minoranze linguistiche.

Per quanto riguarda l'istruzione" - si esprime ancora l'assemblea comprensoriale - "la scuola può essere uno strumento essenziale per la salvaguardia della lingua e della cultura delle minoranze linguistiche, rivolgendosi alle generazioni in fase di

formazione".

Questo va sottolineato perché lo stato di abbandono in cui sono venuti a trovarsi gli abitanti di queste zone, ha fatto sì che molti giovani abbiano disimparato o non appreso la loro cultura, la loro caratteristica parlata, che noi vorremmo definir la lingua, per cui è necessario un recupero accelerato essendo passati quarant'anni dall'emanazione dello Statuto di autonomia, e risarcire queste popolazioni; nei loro confronti per quarant'anni è stato innescato un processo di snaturalizzazione, la miseria in cui vivevano li costrinse ad emigrare, per cui molte persone si sono insediate in Valsugana, a Civezzano ed in Provincia di Bolzano; molti sono emigrati in Svizzera, in Austria od in Germania, ma sarebbero ben felici a rientrare nel caso si offrissero loro condizioni socio-economiche e culturali adeguate.

Quindi il significato della nostra proposta è senz'altro politico, ma valido anche sotto il profilo della giustizia sociale e culturale, se mi è lecito usare tale espressione.

La mozione prosegue: "per concorrere a tale obiettivo va introdotto l'insegnamento oltre della lingua italiana della lingua locale sin dalla scuola dell'infanzia, impiegando insegnanti appartenenti alla minoranza linguistica e garantendo adeguati sussidi didattici con particolare riferimento all'uso di mezzi audiovisivi; va pure ampliato l'insegnamento della lingua tedesca come utile elemento di consolidamento della lingua locale.

Anche le attività integrative, o almeno parte di esse, possono essere utilmente indirizzate in questa direzione - prosegue l'assemblea comprensoriale - importante diventa una continuità dell'approfondimento della propria cultura a livello della scuola materna anche attraverso attività didattiche appositamente indirizzate.

Economia e servizi: partendo dal presupposto fondamentale che la salvaguardia positiva di una cultura non può che passare attraverso lo sviluppo e la permanenza nel proprio luogo di origine delle comunità interessate, vanno individuate e sostenute adeguate forme di ottimale utilizzo delle risorse locali, finalizzate in particolare all'occupazione ed attuati tutti quei servizi civili e sociali che rendano dignitosa la residenza".

Si noti che il contenuto di un mio commento risulta rafforzato anche dal fatto che l'Assemblea comprensoriale ha riconosciuto che per valorizzare le minoranze etnico-linguistiche, che sono la radice, in un certo senso, la pietra angolare della nostra specificità autonomistica, è necessario salvaguardare la situazione socio-economica, affinché la gente

possa vivere dignitosamente nel proprio Comune, nei propri paesi, nei propri villaggi, ed accrescersi culturalmente stando insieme, poiché la separazione a cui sono ora costretti porta alla disgregazione, che desideriamo eliminare con questo disegno di legge.

La deliberazione dell'Assemblea comprensoriale conclude sottolineando ulteriormente l'importanza della tutela delle minoranze linguistiche che deve coinvolgere tutta la comunità comprensoriale e provinciale, chiede alla Provincia il massimo impegno in questa direzione, in linea, fra il resto, con le dichiarazioni programmatiche dello stesso Presidente della Giunta provinciale e naturalmente tali dichiarazioni programmatiche erano scaturite dall'intervento compiuto dei cons. Fedel e Casagrande con l'ordine del giorno presentato in occasione del bilancio, e dichiara la propria totale disponibilità ad operare e a collaborare a tutte le iniziative che concorrano alla più soddisfacente soluzione del problema impegnando, fin d'ora la Giunta ad orientare la propria azione secondo le indicazioni sopra espresse.

E' noto poi alla Presidenza del Consiglio e credo anche a tutta l'assemblea, che Comprensori e Comuni si sono espressi a favore di questa iniziativa legislativa, ma innanzitutto avevamo convinto il Consiglio provinciale, poi il Comprensorio ed ora è la volta delle comunità locali interessate, tanto è vero che il Consiglio comunale di Luserna ha approvato all'unanimità una delibera, inviata al Presidente della Giunta provinciale, ai vari enti, ai Comprensori, ai Comuni, a tutti i colleghi consiglieri e credo anche alla Presidenza del Consiglio regionale. Non leggo la deliberazione di Luserna, che è lunghissima, eventualmente se sarà necessario lo faremo in sede di replica, ma mi si permetta di dare lettura della lettera di trasmissione:

"Mi prego trasmettervi copia delle deliberazioni n. 22 di data 28 giugno 1986, approvata all'unanimità dal Consiglio comunale di Luserna e che intende richiamare all'attenzione dei responsabili delle pubbliche istituzioni il problema della salvaguardia delle minoranze linguistiche. Benché si noti maggior attenzione a questa problematica e maggior disponibilità a collaborare per la tutela delle minoranze linguistiche, siamo ancora ben lontani dal vedere attuate le prescrizioni degli artt. 3 e 6 della Costituzione della Repubblica italiana e dell'art. 3 dello Statuto speciale della Regione Trentino-Alto Adige. Il convegno delle isole linguistiche di origine germanica, tenutosi a Luserna il 7 e 8 giugno, ha evidenziato come le comunità minoritarie siano minacciate nella sopravvivenza della loro lingua ed identità che può essere salvaguardata solo da una politica

attiva di tutela, non bastando più la semplice tolleranza ora assicurata dopo lunghi periodi di repressione.

Confidiamo che ciascuno, corrispondentemente alle proprie specifiche competenze, voglia farsi carico di qualche specifica iniziativa volta a promuovere la sopravvivenza delle minoranze linguistiche in quanto tali. A disposizione per eventuali colloqui, approfondimenti etc."

E' chiaro che di fronte a queste sollecitazioni, come rappresentante del partito autonomista della Provincia autonoma di Trento, mi sono sentito in dovere di presentare insieme ad altri colleghi il disegno di legge-voto all'esame del Consiglio, previa consultazione con i rappresentanti degli enti culturali e amministrativi dei comuni interessati.

Ho spiegato all'inizio che originariamente avevamo presentato un articolo unico, come un momento di riflessione e di paragone fra la situazione della Provincia di Bolzano e quella della Provincia di Trento. Ho anche illustrato come si è giunti al nuovo articolato ora in discussione reso giuridicamente e politicamente praticabile, ma al disegno di legge-voto è stato necessario presentare un ulteriore emendamento formale, a mio avviso, migliorativo, che reca la firma del collega Bacca e del sottoscritto, che andremo a vedere, poi si tratta soprattutto di una questione di stile e di forma che ha migliorato ulteriormente il testo accettato del resto da tutta la Commissione, esclusa un'unica eccezione, che comunque non fa regola.

A questo punto ci pare doveroso ribadire l'importanza di questo documento, di questa scelta politica del Consiglio regionale, non credo di dover commentare il nuovo articolato, i colleghi consiglieri l'avranno senz'altro letto, ma comunque desidero menzionare almeno l'articolo 1: "All'art. 62 del Testo Unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto Speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670, è aggiunto in fine il seguente comma: le leggi sulle elezioni del Consiglio regionale e del Consiglio provinciale di Trento garantiscono la rappresentanza delle popolazioni ladine della Provincia di Trento".

Vorrei ricordare come lo abbiamo ricordato anche nel nostro ordine del giorno che presso il Parlamento o una Commissione giace un disegno di legge di iniziativa parlamentare concernente le minoranze ladine - non ho nulla in contrario che si spinga in qualsiasi modo affinché vada in porto - mentre questo documento avrà una maggior forza di spinta politica data la presa di coscienza del Consiglio regionale,

che costituisce, a mio avviso, una maggiore sollecitazione nei confronti di questo pigro e disattento Parlamento della Repubblica. Dico pigro e trascurato, poiché pensa a tutto tranne che alla valorizzazione e l'applicazione degli articoli 3 e 6 della Costituzione. Pertanto è chiaro il valore intrinseco del voto su questo disegno di legge-voto che non intralcia l'iter già in atto del disegno di legge presentato da vari parlamentari della nostra Regione.

Vi è comunque un altro fatto che ancora rende più compiuta la nostra proposta legislativa nei confronti di quella romana di iniziativa parlamentare, in quanto siamo riusciti tramite la saggezza e la capacità del consulente ad agganciare alle popolazioni ladine anche quelle germanofone del Trentino, peraltro escluse dal disegno di legge parlamentare. Molto più compiuta quindi risulta la nostra iniziativa in quanto sottolinea la presenza della doppia minorità etnica nella Provincia autonoma di Trento e pertanto non si può ritenerla inutile, data la presenza del provvedimento a favore dei ladini, perchè sui diritti che spettano ai ladini si innestano le legittime richieste avanzate sia dal C 4, sia dai Comuni germanofoni del Trentino, che cercano ora di inserirsi giustamente in quel discorso dimenticato ovviamente in sede di formazione dello Statuto di autonomia, sia del 1948, sia del 1972. Infatti l'art. 2 del nuovo articolato recita: "il primo comma dell'art. 102 del Testo Unico delle leggi costituzionali concernenti lo Statuto speciale per il Trentino-Alto Adige, approvato con decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 è sostituito dal seguente comma: Le popolazioni ladine della regione e quelle germanofone - questa è la chiave del disegno di legge - insediate nei comuni della Valle del Fersina e in quello di Luserna nella provincia di Trento, hanno diritto alla valorizzazione delle proprie iniziative ed attività culturali di stampa e ricreative, nonché al rispetto della toponomastica e delle tradizioni delle popolazioni stesse." Quindi nulla togliamo ai sette Comuni della Valle di Fassa, anzi, spingiamo con il peso morale e politico che ha questo Consiglio della Regione Trentino-Südtirol e agganciamo all'art. 102 anche i quattro Comuni germanofoni della Valle del Fersina e del Comune di Luserna.

Ometto di leggere gli altri articoli, però volevo sottolinearne il contenuto dei primi due, del secondo soprattutto per quanto riguarda la seconda parte, poiché sostanzialmente riesce a soddisfare le esigenze delle popolazioni della Valle del Fersina e del Comune di Luserna.

Voglio poi ricordare che in precedenza analogo disegno di legge era già stato discusso per ben due volte, recava le firme dei conss. del P.P.T.T. e del S.V.P., ed anche in quell'occasione si era chiesta una consulenza alla dott.ssa Giuliana Selan dell'Università di Padova, la quale in un intervento dotto e molto approfondito aveva sottolineato il valore della presenza etnica nella valle del Fersina e di Luserna di popolazioni germanofone. Già allora quell'aspetto era stato rilevato, era l'anno 1977, quindi la questione era stata sollevata ancora in tempi remoti ed ora si deve riconoscere che all'interno del Consiglio provinciale di Trento è maturata una certa sensibilità per la minoranza etnica del nostro Trentino, in contrapposizione alla totale chiusura del 1977 e degli anni successivi. Questa sensibilità ed attenzione va ancora rafforzata e nutrita con il presente dibattito qui in Consiglio regionale, dopo il confronto avvenuto in sede di Commissione legislativa che ha approvato il provvedimento a larga maggioranza. Anche per questo motivo non ritengo opportuno commentare il parere della dott.ssa Selan, forse qualche consigliere ricorderà che lo avevamo commentato impegnando un'intera giornata di Consiglio ma, come già detto, per pochi voti abbiamo perduto la partita, in quanto allora non esistevano sufficienti maturità e sensibilità a favore delle minoranze etniche, comunque già allora avevamo aperto un varco per questa iniziativa legislativa.

Non desidero dilungarmi oltre, salvo ricordare che questo tema è stato ripreso dalla stampa trentina, nazionale ed internazionale, per cui è necessario che questo disegno di legge-voto concluda positivamente il proprio iter in Consiglio regionale e mi rivolgo in particolare ai colleghi della Provincia autonoma di Trento, facendo loro presente che sarebbe inutile scandalizzarsi, se Roma disattendesse o mettesse in discussione il nostro diritto alla specialità autonomistica, qualora noi stessi rifiutassimo, come è avvenuto in passato, a sottolineare e valorizzare la nostra specificità, non proponendo a chi di dovere l'attuazione del dettato costituzionale per quanto riguarda le minoranze etnico-linguistiche trentine.

Forse la 'sonata' come diciamo noi trentini, l'abbiamo compresa tutti, è senz'altro un dato estremamente positivo, ma non limitiamoci ad un'azione di rimedio per la mancata attenzione del passato, per la paura di perdere forse la nostra autonomia dovendo noi tutti convincerci e prendere coscienza del problema della minoranza etnica, inteso come valorizzazione e quindi come arricchimento culturale di tutta la comunità trentina, per cui la maggioranza della nostra

comunità deve convincersi e dimostrare interesse con questo spirito di difesa alla problematica delle minoranze ed esternare nei loro confronti un senso di civiltà e di giustizia.

Questi sono i concetti sui quali dovrà essere espresso il voto favorevole dei consiglieri regionali. Credo di aver sufficientemente illustrato i motivi che ci hanno indotti a presentare questo disegno di legge ed auspico che quanto avvenuto in Commissione possa ripetersi in Consiglio, per cui mi attendo un larghissimo consenso e ribadisco che su questi principi è inutile parlare di lana caprina, dovendo noi tutti, affermare come Consiglio regionale il principio e rafforzarlo nei confronti del comune nemico - intendo l'inimicus politicus - che è Roma, per far sì che la nostra autonomia si irrobustisca sempre più con iniziative legislative a sostegno dei pilasti portanti del nostro diritto autonomistico conquistato a seguito delle lotte dell'A.S.A.R. nel 1948 e successivamente per la volontà dei partiti autonomisti che siedono in questo Consiglio regionale, ma soprattutto per la tradizione storica e culturale delle nostre popolazioni. Grazie.

PRÄSIDENT: Zu Wort gemeldet hat sich Abg. Langer.
Ich erteile ihm das Wort.

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola il cons. Langer.
A lui la parola.

LANGER: Mit diesem Gesetzentwurf bzw. Begehrensgesetzentwurf will also unser Regionalrat einen weiteren Anlauf unternehmen, die Rechte der Sprachminderheiten im Trentino, sowohl der ladinischen als auch der deutschstämmigen Bevölkerung, irgendwie zur Geltung zu bringen. Es ist ein Anlauf, den wir auch in der Vergangenheit mit verschiedenen Begehrensentwürfen in dieser Legislaturperiode mehrfach unterstützt und manchmal auch initiiert haben. Es hat solche Anläufe - und mein Vorredner hat bereits daran erinnert - in der Vergangenheit mehrmals und auf verschiedenen Ebenen gegeben, sei es in diesem Regionalrat durch Begehrensanträge verschiedener Art, sei es auch im gesamtstaatlichen Parlament. Von allen Seiten wird anerkannt und ist immerhin ein Novum - das war in der Vergangenheit nicht immer so - daß die Rechte dieser Minderheiten im Trentino nicht genügend abgesichert sind und daß es höchste Zeit ist, daß es gewissermaßen auch wahrscheinlich wenige Minuten vor zwölf ist, um etwas zu tun, damit deren Sprache, Kultur, Überlieferung, Lebensart usw. nicht vollständig von der Bildfläche

verschwinden. Es handelt sich dabei in allen drei berücksichtigten Fällen - sei es was die Ladinern angeht, sei es, was die Bevölkerung des Fersentales angeht, sei es was die Bevölkerung von Lusern angeht - um drei Volksgruppen oder zum Teil nur mehr Überreste von Volksgruppen, die auf eine sehr frühe Vergangenheit zurückgehen, die z.B. alle drei gemeinsam das Element haben, daß sie keine Schriftsprache sprechen, daß sie deswegen auch nicht von vornherein irgendwie den Anschluß an eine größere Nation, z.B. an eine Staatsnation gehabt haben oder haben konnten und daß es sich deswegen im wahrsten und echtsten Sinn des Wortes um Sprachinseln, um Kulturinseln handelt, die aufgrund ihrer Insellage ungeschützter und gefährdeter als viele andere Volksgruppen und Minderheiten in der Welt dastehen.

Vielleicht muß man noch etwas dazusagen, um nicht ein ungerechtes Urteil abzugeben. Es handelt sich um Volksgruppen, deren Überleben im Laufe der Zeit, sowohl in den vielen Jahrhunderten österreichischer Staatlichkeit als auch, trotz grober Vernachlässigung, in den letzten Jahrzehnten im Wesentlichen dadurch gesichert war, daß - vielleicht müssen wir das so ausdrücken - der sogenannte Fortschritt vor diesen Tälern halt gemacht hat. Das heißt: die Tatsache, daß die Idiome dieser Bevölkerung, die Gebräuche, die Lebensart usw. noch heute erhalten sind, bzw. im Falle des Fassatales noch nicht total zerbröckelt und verschwunden sind, ist darauf zurückzuführen, daß es sich um relativ isolierte Gebiete handelte, - man muß sagen auch um arme Gebiete, in der Vergangenheit im besonderen mit großer Auswanderung -; aber daß es sich um Gebiete handelte, die sozusagen abseits der größeren Entwicklungen lagen, die deswegen ihre eigene Kultur und Lebensart bewahren konnten. Heute ist das nicht mehr so. Und paradoxerweise ist im Fassatal deutlich zu sehen, im Fersental und in Lusern ist es weniger deutlich, weil man dort nicht von einer ähnlichen wirtschaftlichen Entwicklung sprechen kann, daß die kulturelle Identität, die Sprache usw. dieser Bevölkerungen stärker bedroht ist als in der Vergangenheit. Auch weil alle Bevölkerungen, Volksgruppen, Stämme usw., die keiner großen Staatsnation angehören, die keine verschriftete Sprache sprechen, die in ihrer Kultur und Vorstellungswelt im großen und ganzen den Übergang zum modernen Industriezeitalter nicht vollzogen haben, überall in der Welt einer starken Bedrohung, einer starken Gefährdung durch die soziale und wirtschaftliche und kulturelle Veränderung ausgesetzt sind.

Können wir uns also einbilden mit einem solchen Gesetzentwurf oder mit dem, was wir tun, diesen Minderheiten in irgendeiner Weise behilflich zu sein? Ich glaube, daß wir uns keine

große Illusionen machen können, aber daß wir immerhin sagen müssen, daß es von großem Wert ist, wenn wir als Regionalrat - und nur das steht uns zu - zumindest den Wunsch aussprechen, das Begehren aussprechen, auf die Rechte und die Identität dieser Minderheiten möge Rücksicht genommen werden. Daß wir zumindest das Anliegen formulieren, verdeutlichen und mit der Autorität unseres Gremiums ausstatten und nach Rom senden. Insofern glaube ich, daß es sich nicht nur um eine reine Symbolhandlung, nicht nur um einen reinen Propagandaakt handelt, der hier jetzt vor uns liegt, sondern daß er zumindest in einem gewissen Ausmaß auch konkrete Folgen haben kann. Welche konkreten Folgen können wir uns vor allem vorstellen? Ich will bei den Folgen anfangen, die mit dem Gesetz am wenigsten zu tun haben. Es gibt eine Ermutigung für die betreffenden Bevölkerungen. Die Tatsache, daß ihre Kultur, ihre Sprache, ihre Eigenart als schützenswert betrachtet und bezeichnet wird, mag immerhin dazu beitragen, bei den betroffenen Bevölkerungen eine Reaktion auszulösen, ihre Eigenart, ihre Sprache, ihre Überlieferung selber höher zu schätzen und selber stärker daran zu arbeiten, sich selbst nicht aufzugeben, ihre Tradition hoch zu schätzen und ihre Eigenart zu pflegen. Ich glaube, daß das möglicherweise das Wichtigste ist, was wir mit diesem Gesetzentwurf hier tun können. Auch weil wir uns realistisch kaum erwarten können, (insbesondere wenn der Gesetzentwurf so verabschiedet werden sollte, wie er uns derzeit vorliegt), daß er je Verfassungsgesetz wird. Ich glaube, daß wir uns das auch sehr realistisch sagen müssen.

Eine zweite Wirkung, die wir uns versprechen und die wir uns wünschen, wenn der Regionalrat ein Begehren verabschiedet, könnte darin liegen, daß der staatliche Gesetzgeber nun tatsächlich angestoßen und aufgerufen wird, etwas zu tun. Von daher wollen wir uns nicht entmutigen lassen, weil die bisherigen Begehrensgesetze normalerweise in einer Schublade oder im Papierkorb gelandet sind, sondern wollen zumindest von uns aus die Befugnis ernst nehmen, die uns das Autonomiestatut zuschreibt, nämlich an den staatlichen Gesetzgeber Empfehlungen, Wünsche für dessen Gesetzgebung aussprechen zu können. Wenn wir manchmal in der Vergangenheit und nicht auf unserer Initiative hin, sondern von anderer Seite, Empfehlungen an den Gesetzgeber ausgesprochen haben, die mit unseren Kompetenzen nichts oder wenig zu tun hatten, so müssen wir in diesem Fall sagen, daß es sich hier um einen Gegenstand handelt, zu dem wir voll und ganz befugt und legitimiert sind, ein Begehren auszusprechen und in diesem Sinne hoffentlich auch ein gewisses Gewicht, eine gewisse Aufmerksamkeit erwecken können.

Dies vorausgeschickt und somit zum Ausdruck gebracht, daß die Fraktion der Grünen und Alternativen in diesem Regionalrat dem Anliegen dieses Gesetzentwurfes von vornherein und seit geraumer Zeit - seit wir hier vertreten sind - sehr positiv gegenübersteht, möchte ich mir aber erlauben, etwas kritisch auf die Formulierung des Gesetzentwurfes und auf die Geschichte dieses Gesetzentwurfes einzugehen.

Im besonderen möchte ich zur Kenntnis nehmen, daß der heute vorliegende Entwurf schon eine wesentliche Verbesserung, und sagen wir durchaus auch eine Kurskorrektur gegenüber früheren Anläufen darstellte. Insbesondere die erste Fassung dieses Begehrensentwurfes Nr. 3 hatte nämlich eine, unserer Meinung nach, unhaltbare Illusion zur Grundlage. Nämlich die Illusion, daß man sagte: Die Rechte der Sprachminderheiten im Trentino werden dadurch am besten abgesichert, daß man sie so behandelt, wie die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung in Südtirol. Das war unserer Meinung nach - und wir haben das auch ausgedrückt - von vornherein ein Trugschluß und ein Kurzschluß, weil die Voraussetzungen ganz anders sind. Wir wissen, daß in der Geschichte der Volksgruppen und Minderheiten keine Situation genau mit der anderen übereinstimmt und daß nirgends in der Welt die Rechtsinstrumente, die in einem Fall gutgehen mögen, im anderen Fall auch gut sind. Somit haben wir uns von vornherein dem Ansinnen zu sagen: "Die sollen das haben, was in Südtirol da ist" immer kritisch gegenübergestellt. Nicht weil wir ihnen irgend etwas nicht vergönnen wollen. Nicht weil wir glauben, daß jemand, der ein Idiom zimbrischer oder weiß Gott welcher Herkunft spricht, weniger Anspruch auf Schutz hat, als jemand, der ein Idiom lateinischer oder germanischer oder englischer oder sonstiger Herkunft spricht. Also, es geht nicht um Mehr- oder Minderwertigkeit, sondern es geht darum, daß insgesamt die Autonomie Südtirols im großen und ganzen in erheblichem Ausmaß den Volksgruppenschutz zum Ziel hat und insgesamt so aufgebaut und konstruiert ist, während umgekehrt die Autonomie unserer Nachbarprovinz Trentino von vornherein anders aufgebaut ist. Die Autonomie des Trentino ist nicht von vornherein auf Volksgruppenrechte, Minderheitenschutz und ähnliches aufgebaut, einfach deshalb, weil die quantitative Relevanz dieses Phänomens wesentlich geringer ist. Es macht einen Unterschied, ob beispielsweise ein Staat, sagen wir wie Belgien oder die Schweiz, von vornherein in einem hohen Maß darauf angelegt ist, das Zusammenleben verschiedener Volksgruppen, Sprachgemeinschaften usw. zu organisieren, oder ob ein Staat im großen und ganzen einsprachig und national homogen ist und nur auf kleine Minderheiten Rücksicht zu nehmen

braucht. Das macht einen Unterschied, denn in einem Fall wird der Staat stark pluriethnisch, pluriinternational, mehrsprachig usw. ausgerichtet sein - oder sollte es zumindest - und im anderen Fall wird der Staat im großen und ganzen einsprachig und national homogen ausgerichtet sein und eben je nach demokratischer Reife mehr oder weniger Rücksicht auf die Minderheiten nehmen. Im Falle des Trentino kann man nicht davon ausgehen, daß das Trentino in Zukunft als - sagen wir es einmal so - als Volksgruppenautonomie funktionieren wird. Die Autonomie des Trentino ist nicht als Volksgruppenautonomie konzipiert und man könnte sich auch schwer in eine solche verwandeln.

Das ist der Grund, warum wir im Laufe der Zeit immer wieder darauf hingewiesen haben, daß es unserer Meinung nach zwei Wege gibt, die beide, nicht in Alternative zueinander, für die Minderheiten des Trentino beschritten werden können. Erstens: Der Weg, bestimmte Rechte, zumindest als Postulat auf der konstitutionellen Ebene festzuschreiben, d.h. im Statut zu verankern. In diesem Sinne haben wir uns dafür ausgesprochen das Autonomiestatut zu revidieren. Das Autonomiestatut zu revidieren, während andere es manchmal als "heilige Kuh" bezeichnet haben, bedeutet aber auch, nicht im Autonomiestatut jeden Kleinkram regeln zu wollen oder zu können. Das Autonomiestatut revidieren heißt im wesentlichen den Minderheitenschutz im Trentino auf eine höhere konstitutionelle Ebene zu heben, den Minderheitenschutz im Trentino als ein festes Anliegen des gemeinsamen Autonomiestatutes festzuschreiben; in diesem Sinne auch dem Regionalrat, der ja das einzige gemeinsame Gremium der Region ist, eine stärkere Mitsprache dabei zu sichern - was wir ja durch diese Beratungen zu diesem Begehrgesetzesentwurf auch zeigen - und in diesem Sinne auf der Ebene der verfassungrechtlichen Garantien eine grundsätzlich stärkere Garantie festzuschreiben.

Der zweite Weg, der aber nicht alternativ dazu ist, sondern komplementär, bedeutet, den Weg der ordentlichen Gesetzgebung stärker in Anspruch zu nehmen, um im Wege der ordentlichen Gesetzgebung stärker Schutzmaßnahmen und Fördermaßnahmen für die Minderheiten des Trentino zu treffen. Die ordentliche Gesetzgebung findet auf verschiedenen Ebenen statt. Bestimmt ist dabei wichtig, was die Staatsgesetze vorschreiben. Denn während es für die deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung in Südtirol möglicherweise relativ uninteressant sein mag, was gesamtitalienisch an Minderheitenschutzrechten verabschiedet wird - das sogenannte Rahmengesetz für die Minderheiten zum Beispiel -, ist es für die Minderheiten im Trentino nicht uninteressant und nicht unwesentlich. Wenn also der Staat, und damit das Parlament, auf gesamtitalienischer

Ebene mehr Rechte auch für kleine Volksgruppen festschreibt - auch für ganz kleine, denken wir an die Katalanen in Sardinien, oder denken wir an die slawischen Volksgruppen in Molise, also Kroaten zum Beispiel - dann ist das auch für die Minderheiten im Trentino relevant und darauf sollte man nicht verzichten. Man sollte das nicht gewissermaßen als nebensächlich abtun.

Aber es gibt auch andere Ebenen der ordentlichen Gesetzgebung. Die wichtigste davon ist wohl die der Autonomen Provinz Trient. Zum Beispiel die autonome Gesetzgebung der Provinz Trient, auf die wir hier im Regionalrat gewiß keinen Einfluß haben und auch keinen nehmen möchten, z.B. in Sachen Kultur, in Sachen Wirtschaft, in Sachen Schülertransport, in Sachen Bibliothekswesen, in Sachen Förderung von Museen, Trachten, Überlieferungen usw.; all das kann einen großen Einfluß ausüben, und ich glaube, daß wir immerhin mit Genugtuung zur Kenntnis nehmen können und dürfen, daß sich in den letzten Jahren, vielleicht im letzten Jahrzehnt, da einiges auch zum Besseren gewendet hat. Das heißt, daß die Provinz Trient ihre autonome Gesetzgebung jetzt schon mehrfach auch dafür eingesetzt hat, um für die Sprachminderheiten im Trentino Fördermaßnahmen zu setzen. Das ist jedenfalls eine Ebene, die nicht vergessen werden darf und die wahrscheinlich im Fazit mehr bringt, als das, was heute hier zur Diskussion steht oder was möglicherweise später einmal vom Parlament behandelt wird.

Die Besonderheit, die aber vor allem unserer Meinung nach zu berücksichtigen ist und die im großen und ganzen in der neuen Version dieses Begehrengesetzentwurfes berücksichtigt wird, ist diese - und das scheint mir der springende Punkt zu sein -: Im Trentino kann Minderheitenschutz auf keinen Fall nach Maßgabe der Stärke der betroffenen Volksgruppen stattfinden. Es wäre selbstmörderisch, es wäre total irreführend, wenn man im Trentino den Schutz und die Rechte der Minderheiten, um die es sich hier handelt, irgendwie an ihre Anzahl oder ihre Stärke koppeln wollte - aus verschiedenen Gründen. Und das war das, was wir im vorigen Gesetzentwurf z.B. absolut als falsch empfunden haben. Erstens ist im Trentino keine Minderheitenfeststellung vorgesehen und soll nach unseren Vorstellungen auch in Zukunft nicht vorgesehen werden. Das wäre vermutlich das Ende, das Garaus für die Minderheiten im Trentino.

Zweitens: Wenn tatsächlich im Trentino bei den derzeit herrschenden quantitativen Verhältnissen zwischen den Minderheiten und der Mehrheit irgendwelche Rechte nur nach Maßgabe sozusagen in Proportion zur Stärke geltend gemacht werden könnten, dann könnten

insbesondere die Bewohner des Fersentales und von Lusern zusammenpacken und aufgeben. Das heißt mit anderen Worten: Während die Logik des Volksgruppenrechts in Südtirols in einem hohen Maß an die Stärke der Volksgruppen gekoppelt ist und in einem hohen Maß - nach unserer Meinung einem zu hohen Maß, das haben wir oft genug gesagt - vom Kräfteverhältnis zwischen den Sprachgruppen abhängig gemacht wird, muß für das Trentino unserer Meinung nach ein Minderheitenschutz konzipiert werden, der völlig unabhängig von der Stärke der betroffenen Sprachgruppen ist; wo also Rechte garantiert werden, die zum Teil auf das Territorium Bezug nehmen, die von Einzelnen in Anspruch genommen werden können, die vor allem territorial verankert sind, aber die nicht von der Stärke der Minderheit abhängig gemacht werden können, die also auf keinen Fall in die gleiche Wellenlänge führen dürfen wie die Autonomieordnung in Südtirol.

Ein zweiter, wichtiger Unterschied ist nach unserer Meinung folgender: In Südtirol hat man den Weg begangen, Minderheitenrechte und Volksgruppenrechte zu garantieren, indem die gesamte Bevölkerung Südtirols und die gesamte Rechtsordnung Südtirols - sagen wir einmal unter Anführungszeichen - "ethnisiert" worden ist, d.h. stark durch Volksgruppenrechte und -strukturen gekennzeichnet wurde. Wir müssen nun für das Trentino einen Weg suchen - soweit wir als Regionalrat dazu ein Vorschlagsrecht haben - der nicht beansprucht, die Gesellschaft des Trentino zu "ethnisieren", um die dortigen Minderheiten fördern oder schützen zu können. Sonst wäre es wiederum ein Eigentor, das nicht denkbar, nicht möglich und ich glaube, auch gar nicht wünschenswert ist. Mit anderen Worten: Als Begehren, als Intention, aber nicht als den richtigen Weg konnten wir bisher diesen Wunsch nach Gleichstellung, diese Idee auffassen, die zum Teil in den Köpfen der Einbringer - zumindest in der ersten Fassung dieses Gesetzentwurfes - herumspukte, nämlich das Südtirolpaket einfach auf die Minderheiten im Trentino zu übertragen und einfach zu sagen, dieselben Rechte, die den deutschen und ladinischsprachigen Bürgern Südtirols zustehen, sollen auch den deutschstämmigen und ladinischsprachigen Bürgern des Trentino zustehen - ich sage deutschstämmig, weil man keine imperialistische Annexion betreiben soll, indem man das Idiom dieser Bevölkerung schlicht als einfach "deutsch" einstuft; es gibt Gott sei Dank im Rahmen der germanischen Sprachen eine große Varietät von Sprachen, von Traditionen und von Stämmen und man kann diese Varietät gewiß nicht leugnen, indem man aus politischer Opportunität die Bevölkerungen dieser und anderer germanischer Sprachinseln in Oberitalien, in den Provinzen Vicenza,

Verona, im Friaul, aber auch in Aosta, einfach zu Deutschen gleichschaltet. Das hätte keinen Sinn und das würde ihrer historischen Realität auch nicht entsprechen. Das war auch der Grund - und ich erlaube mir darauf zurückzukommen, weil ich dann einen Vorschlag zu machen habe - warum wir dem ursprünglichen Begehrensgesetzentwurf des Kollegen Fedel und weiterer Einbringer eine andere Fassung entgegengesetzt hatten. Wir hatten vorgeschlagen - und wir schlagen ihnen das heute zumindest zum Überlegen noch immer als eine Möglichkeit vor; wir haben den Entwurf noch nicht umformuliert, wir haben noch nicht gesagt: Wir überlegen uns bei Ende der Generaldebatte, ob wir es tun sollen, ob wir eventuell den früher gedachten, den ihnen vorliegenden Änderungsentwurf immer noch als Alternative zum ganzen Gesetz vorschlagen sollen. Realistisch gesprochen glauben wir, daß der von uns formulierte kurze Artikel wenschon eher Aussicht hätte ins Autonomiestatut, als in eine so umfangreiche Ergänzung und Novellierung aufgenommen zu werden, wie sie der von der Kommission verabschiedete Entwurf vorsieht. Aber wie gesagt, formell haben wir bis jetzt diesen Entwurf noch nicht umformuliert. Wir haben ihn noch nicht als Ersatzantrag für das ganze Gesetz vorgeschien. Aber wir geben ihnen das immerhin zu denken, insbesondere den Einbringern. Denn der Weg, der in diesem Gesetzentwurf jetzt gegangen wird, hat zwar den unbestreitbaren Vorzug, detailliert festzuschreiben, welche Rechte heute für die Minderheiten im Trentino wünschenswert wären, z.B. von der Wiederherstellung der Namen bis auf den Gebrauch der Sprache, vom Unterricht bis zur Finanzierung der Kulturtätigkeit usw. Aber er hat in unseren Augen den Nachteil, daß, ob gerade dieser detaillierten Aufzählung die Aussichten auf Verwirklichung sehr gering sind. Auch weil das Autonomiestatut schon für Südtirol die Konkretisierung einzelner Grundsätze ja nicht im Statut selber vorgenommen hat, sondern in Durchführungsbestimmungen, Landesgesetzen usw. Das heißt, wir würden es uns immer noch als realistischer vorstellen - aber wie gesagt, die Intention, glaube ich, ist dieselbe, wie sie die Einbringer geäußert haben -, wenn man sozusagen einen Artikel, und das ist der Art. 102 des Autonomiestatuts, global umformulieren würde, indem man den konstitutionellen Schutz für die Ladiner und für die deutschstämmigen Sprachminderheiten stark aufwertet, indem man grundsätzlich festschreibt, daß es um die Erhaltung und Förderung von Sprache, Kultur, Eigenart und alles, was dazugehört, geht, und indem man drittens auch grundsätzlich festschreibt, daß immer dann, wenn Staatsgesetze günstigere Bedingungen vorsehen als sie heute bei uns im einzelnen

ausformuliert sind, diese Minderheiten die günstigeren Bedingungen dann in Anspruch nehmen können. Daß man also die Sprachinseln im Trentino und die Ladinier nicht von der allgemeinen Minderheitengesetzgebung ausklammert. Es stimmt, daß es in Italien mindestens 2 große Volksgruppen gibt, die den Wunsch geäußert haben, von der allgemeinen Minderheitengesetzgebung ausgeklammert zu werden: die deutsche Sprachgruppe Südtirols, die einen anderen Weg hat und auch die slowenische Sprachgruppe, die ja auch den Wunsch geäußert hat, über ihre Vertreter eine Sondergesetzgebung in Anspruch zu nehmen,...(Unterbrechung)...Bitte? Nein, die weniger, die haben das nicht so geäußert. Die haben zwar ihr Autonomiestatut, aber die haben nicht den Wunsch nach Ausklammerung geäußert und sind deswegen auch im Verzeichnis des gesamtstaatlichen Gesetzes enthalten...(Unterbrechung). Aber zumindest sagen wir einmal so: stärkere und größere Volksgruppen können es sich unter Umständen auch durchaus leisten, auf die allgemeine Existenzgarantie des Staates quasi zu verzichten, weil sie schon darüber hinaus sind und ihre Situation gewissermaßen im Wege des Konkordates mit dem Staat regeln können. Aber gerade die Sprachinseln im Trentino können auf den allgemeinen Minderheitenschutz des Staates auf keinen Fall verzichten, auch weil in den allermeisten Fällen ihre Lebensbedingungen den Lebensbedingungen anderer Sprachinseln und Minderheiten im Gebiet der Republik Italien ähnlich sind.

Das ist der Grund, warum wir - und ich komme damit zum Abschluß - meinen, daß zwar der heute zur Diskussion stehende Begehrensentwurf ein sehr detailliertes Manifest der Wünsche und Absichten darstellt und insofern jedenfalls positiv zu bewerten ist, wesentlich positiver als der ursprüngliche Entwurf. Es stehen darin Dinge bis hin zur Wiederherstellung der Namen usw., die sicher einen Wert haben. Wir werden deswegen - wenn es zur Abstimmung kommt und wenn das die Punkte sind, über die abgestimmt wird - dem auch zustimmen. Aber wir geben noch einmal zu bedenken, ob man nicht unter Umständen einvernehmlich den Weg gehen sollte, einen kürzeren und globaleren Artikel zu formulieren - vielleicht auf der Grundlage dessen, was wir vorgeschlagen haben, vielleicht könnte er auch überarbeitet werden -, ob das nicht der wirksamere Weg wäre im Interesse der Erreichung dieses Ziels. Die Einzelnormen, wo man an einzelnen Punkten unserer Meinung nach am gesteckten Ziel ein bißchen vorbeimanövriert, die werden dann in der Sachdebatte zur Diskussion kommen. Im besonderen darf ich den Kollegen Fedel darauf hinweisen, daß ein Artikel, nämlich der Artikel 4 des vorliegenden Gesetzentwurfes unserer Meinung nach in gefährlicher

Weise die Stärke der Sprachgruppen zum Kriterium macht, z.B. für die finanzielle Förderung und daß uns das als ein absolutes Eigentor erscheint. Diesem Punkt werden wir auf keinem Fall so zustimmen und deswegen haben wir dazu auch eine Änderung vorgeschlagen, gerade weil das ganze Proporzdenken, das bei früheren Entwürfen Pate stand, nun endlich überwunden, und im Artikel 4 aber doch noch einmal durchdringt. Das wäre unserer Meinung nach ein Eigentor. Aber wie gesagt: Im übrigen möchten wir mit Genugtuung feststellen, daß sich in diesem Regionalrat eine politische Übereinstimmung im Sinne der Anliegen dieses Gesetzentwurfes, dieses Begehrens, herauszukristallisieren scheint, daß offensichtlich dieser politische Wille einer gesteigerten Sensibilität in Minderheitenfragen entspricht und vielleicht auch die besondere Rolle unserer Region im Zusammenhang mit Minderheitenfragen aufwerten möchte. Das begrüßen wir, und vielleicht läßt es sich nach Abschluß der Generaldebatte noch kurz überlegen, ob nicht doch ein Weg gesucht werden soll, der nicht nur für den Papierkorb des Parlaments arbeitet, sondern auch eine realistische, eine denkbare und vielleicht mit Nachdruck vertretbare Erweiterung des Autonomiestatuts vorschlägt, ohne daß deswegen auf alle möglichen Details eingegangen werden muß und der gemeinsamen oder zumindest mehrheitlichen Absicht dieses Regionalrates eher gerecht wird, als eine zu detaillierte Aufzählung, die wahrscheinlich nur ein Verzeichnis frommer Wünsche bleibt, das vielleicht nicht einmal immer der Regionalrat selber bei Verabschiedung so ernst nimmt, wie wir uns wünschen, daß das Parlament dieses Anliegen dann ernst nehmen möge. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!

(Con questo disegno di legge-voto il Consiglio regionale intende intraprendere un ulteriore tentativo per far valere in qualche modo i diritti delle minoranze linguistiche nel Trentino, ovvero dei ladini e delle popolazioni germanofone. E' questa un'iniziativa che abbiamo sostenuto e talvolta anche personalmente avviato in passato e in questa legislatura con vari disegni di legge-voto; ci sono state ripetutamente iniziative di questo genere a vari livelli - l'oratore che mi ha preceduto ne ha brevemente accennato - sia in Consiglio regionale con disegni di legge-voto che a livello parlamentare. Oggi, a differenza del passato quando le cose non stavano così, si sta riconoscendo che i diritti delle minoranze nel Trentino non sono sufficientemente difesi e che è ormai giunta l'ora - altrimenti rischia di essere troppo tardi - di intraprendere qualche cosa affinché queste lingue, culture, tradizioni, usi e costumi ecc. non si estinguano per sempre. In tutti e

tre i casi presi in considerazione - da una parte i ladini, dall'altra la popolazione della Val del Fersina e quella di Luserna - si tratta di gruppi etnici o resti di gruppi etnici che hanno radici molto remote e che hanno in comune la caratteristica di non parlare una lingua scritta, di non avere avuto per questa ragione sin dall'inizio un collegamento diretto con una nazione-madre, con uno stato nazionale. Si tratta quindi nel vero senso della parola di isole linguistiche, di isole culturali che a causa di questa loro situazione si trovano ad essere meno protette e quindi più minacciate di molti altri gruppi etnici e minoranze nel mondo.

Forse è d'uopo fare qualche altra precisazione per non correre il rischio di dare un giudizio sbagliato. In questo caso si tratta di gruppi etnici, la cui sopravvivenza ha potuto essere garantita nel corso della storia - nei molti secoli di reggenza austriaca come anche negli ultimi decenni - perchè il cosiddetto progresso si è arrestato di fronte a queste vallate così trascurate. Ciò significa: la circostanza che gli idiomi di queste popolazioni, gli usi e costumi, le tradizioni ecc. siano sopravvissuti sino ai tempi nostri, ovvero non siano ancora completamente scomparsi e dimenticati in Val di Fassa per esempio, è da ricondurre al fatto che queste erano zone relativamente isolate e anche zone molto povere con un forte spopolamento nel periodo dell'emigrazione; erano quindi zone abbastanza lontane dal grande sviluppo che per questo riuscirono a conservare la loro cultura e i loro usi e costumi. Oggi le cose sono cambiate. Paradossalmente oggi si può notare chiaramente in Val di Fassa - e questo lo si vede meno chiaramente in Val del Fersina e a Luserna a causa del minor sviluppo economico - che l'identità culturale, la lingua ecc. di queste popolazioni sono ora maggiormente minacciate rispetto al passato. Questo perchè ogni popolazione che non appartenga ad un grande stato nazionale, non parli una lingua scritta e non abbia compiuto con la sua cultura e con il suo mondo il grande salto nell'era moderna industriale, ora è esposta ovunque nel mondo ad un forte pericolo, ad una grande minaccia dovuta ai mutamenti sociali ed economici.

Possiamo quindi ritenere che questa azione, questo disegno di legge possa fare qualcosa per queste minoranze? Forse non dovremmo farci tante illusioni, pur ammettendo tuttavia che è importante che il Consiglio regionale esprima con il disegno di legge-voto - per il quale siamo competenti - l'auspicio che vengano considerati maggiormente i diritti e l'identità di queste minoranze; è quindi importante che noi formuliamo almeno la richiesta rivestendola dell'autorità che è propria

di questo nostro organo e che la inviamo poi a Roma. Penso quindi che ciò che abbiamo qui davanti a noi non sia solo una pura azione simbolica, un semplice atto di propaganda, ma un'iniziativa che potrebbe avere almeno in parte ripercussioni concrete. Quali sono le prospettive concrete che ci offre questa iniziativa? Inizierò con quelle che hanno meno a che fare con questo disegno di legge. Si pensi ad esempio al sostegno morale a queste popolazioni; il fatto che la loro cultura, la loro lingua, i loro costumi vengano considerati e definiti degni di tutela, può dopotutto contribuire a far nascere presso queste popolazioni una maggiore considerazione per i loro usi e costumi e la loro lingua, sollecitando l'impegno a conservarli, a non rinunciarvi, a stimare e a curare la loro tradizione, le loro peculiarità. Ritengo che questo sia l'effetto più importante che può produrre questa legge. Anche perchè, se vogliamo essere realisti (nel caso il disegno di legge venisse approvato nella versione attuale) non possiamo certo aspettarci che esso diventi legge costituzionale. Io credo che queste cose vadano dette con molto realismo.

La seconda cosa che noi speriamo si verifichi quando il Consiglio regionale avrà approvato il presente disegno di legge-voto, potrebbe essere che il legislatore nazionale venga in tal modo veramente sollecitato e spronato a fare qualcosa. Per questo non ci scoraggiamo se i precedenti disegni di legge-voto sono finiti in un cassetto oppure nel cestino; intendiamo invece prendere sul serio la competenza che ci è stata attribuita attraverso lo Statuto di autonomia, ovvero la facoltà di formulare raccomandazioni, richieste per il legislatore nazionale. Se talvolta in passato abbiamo formulato, non da parte nostra, ma per iniziativa altrui, raccomandazioni al legislatore che niente o ben poco avevano a che fare con le nostre competenze, in questo caso possiamo affermare che qui si tratta di una materia per la quale siamo pienamente autorizzati e legittimati ad intervenire con un disegno di legge-voto che per questo potrà avere un suo peso e riscontrare anche un certo interesse.

Prendo inoltre atto della circostanza che il presente disegno di legge contiene già un notevole miglioramento, una specie di "correzione di rotta" rispetto alle precedenti iniziative. Particolarmente la prima versione di questo disegno di legge-voto si fondava secondo noi su un concetto insostenibile. Tale ragionamento consisteva nel dire: le minoranze linguistiche del Trentino saranno tutelate nel modo migliore se si concede loro gli stessi diritti delle popolazioni tedesche e ladine in Alto Adige. Questo secondo noi - e lo

abbiamo anche dichiarato - è un ragionamento chiaramente sbagliato perchè le premesse sono molto diverse. Noi sappiamo che nella storia dei gruppi etnici e delle minoranze nessuna situazione coincide esattamente con un'altra e in nessun posto al mondo gli strumenti giuridici che potrebbero andar bene in un caso, sono applicabili anche ad un altro. Quindi sin dall'inizio noi abbiamo manifestato il nostro scetticismo nei confronti della proposta di concedere a questi gruppi ciò che già spetta a quelli dell'Alto Adige. Non perchè non glielo vogliamo concedere; non perchè crediamo che qualcuno che parla una lingua cimbra o di altra provenienza abbia meno diritto ad essere tutelato di qualcuno che parla una lingua di derivazione latina o germanica o anglosassone. Non si tratta quindi di superiorità o inferiorità, ma del fatto che l'autonomia altoatesina sostanzialmente si fonda sulla tutela dei gruppi etnici ed è strutturata anche in tal senso, mentre dall'altra l'autonomia della nostra vicina provincia del Trentino ha subito sin dall'inizio uno sviluppo diverso. L'autonomia trentina non si fonda principalmente sui diritti dei gruppi etnici, sulla tutela delle minoranze o su altre cose simili, proprio perchè la rilevanza quantitativa di questo fenomeno è molto ridotta. Infatti c'è una differenza se per esempio uno stato, come la Svizzera o il Belgio, sin dall'inizio si adopera principalmente ad organizzare la convivenza tra i vari gruppi etnici, comunità linguistiche ecc. o se uno stato è sostanzialmente monolingue ed omogeneo a livello nazionale e deve tener conto solo di minoranze quantitativamente irrilevanti. C'è quindi una differenza, poichè nel primo caso lo stato avrà (o dovrebbe avere) un orientamento pluri-etnico, plurinternazionale, plurilingue ecc., mentre nel secondo caso lo stato avrà complessivamente un orientamento monolingue e nazionale e terrà più o meno conto - a seconda della sua maturità democratica - delle minoranze linguistiche. Nel caso del Trentino è difficile immaginare che il Trentino in futuro si trasformi - per così dire - in un'autonomia basata sul principio dei gruppi etnici. L'autonomia trentina non è stata concepita come autonomia dei gruppi etnici e ben difficilmente la si potrà trasformare in tale.

Questa è la ragione per la quale abbiamo sempre fatto rilevare che secondo noi esistono due strade che possono essere percorse - seppure non in alternativa una all'altra - per le minoranze trentine. La prima via consiste nel sancire a livello costituzionale certi diritti, almeno come postulato, inserendoli nello Statuto. In questo senso noi abbiamo proposto di rivedere lo Statuto di autonomia. Rivedere lo Statuto di autonomia che viene considerato da alcuni quasi una "vacca

sacra" non significa volere o potere mettere mano a tutti i minimi particolari dello Statuto di autonomia, rivedere lo Statuto significa principalmente elevare ad un più alto livello costituzionale la tutela delle minoranze nel Trentino.

La seconda via che però non è alternativa ma complementare alla prima dovrebbe consistere principalmente nell'adottare con leggi ordinarie - a livello di legislazione ordinaria - maggiori misure di sostegno e tutela per le minoranze del Trentino. La legislazione ordinaria si muove su vari livelli. E certamente è anche importante ciò che prevedono le leggi statali. Infatti mentre per la popolazione tedesca e ladina dell'Alto Adige può essere relativamente poco interessante ciò che viene deciso in materia di diritti umani a livello nazionale - per esempio la cosiddetta legge quadro sulle minoranze -, per le minoranze trentine ciò è fondamentale e di massimo rilievo. Se quindi lo Stato, e quindi il Parlamento, prevede maggiori diritti a livello nazionale per le piccole minoranze - come i catalani in Sargegna e le minoranze slave ovvero i croati in Molise - allora ciò ha una sua importanza anche per le minoranze del Trentino e a questo non bisognerebbe rinunciare. Non si dovrebbe considerarlo un aspetto secondario.

Ma ci sono anche gli altri livelli di legislazione ordinaria; il livello forse più importante è la Provincia di Trento, ovvero la legislatura autonoma della Provincia di Trento (sulla quale non possiamo e non vogliamo certo influire come Consiglio regionale), in materia di cultura, economia, trasporto-studenti, biblioteche, promozione di musei, usi e costumi ecc.; in questi settori la Provincia può esercitare una grande influenza ed io credo che possiamo veramente prendere atto con soddisfazione che negli ultimi decenni, in particolare nell'ultimo, le cose sono sensibilmente migliorate in tal senso. Ciò significa che la Provincia di Trento ha già legiferato autonomamente innumerevoli volte al fine di introdurre misure di tutela per le minoranze linguistiche del Trentino. Questo è dunque un livello di intervento che non va dimenticato e che in pratica forse produce effetti più positivi di quelli che auspicheremmo fossero prodotti da questa discussione e poi più tardi dal Parlamento.

Una particolarità che dovremmo assolutamente considerare - secondo noi - e di cui si tiene conto nella nuova versione di questo disegno di legge-voto è la seguente (e questo mi sembra essere il punto saliente): in Trentino la tutela delle minoranze non può basarsi in nessun caso sulla consistenza dei gruppi etnici in questione. Sarebbe

assurdo e completamente irragionevole se si volesse in qualche modo legare la tutela e i relativi diritti delle minoranze nel Trentino alla loro entità numerica o alla loro consistenza; e questo per vari motivi. Questo è quanto noi abbiamo considerato un principio del tutto insostenibile del precedente disegno di legge. Innanzi tutto nel Trentino non è previsto un censimento delle minoranze, il quale - secondo noi - non dovrebbe venire effettuato nemmeno in futuro poiché sarebbe probabilmente la fine, il colpo di grazia per le minoranze del Trentino.

Secondo: se sulla base dell'attuale proporzionale tra le minoranze e la maggioranza nel Trentino alcuni diritti venissero applicati solo in proporzione alla consistenza, allora gli abitanti della Val del Fersina e di Luserna in particolare potrebbero far fagotto ed andarsene. Ciò significa in altre parole: mentre i diritti dei gruppi etnici in Alto Adige sono prevalentemente legati alla consistenza dei gruppi e dipendono in gran parte - eccessivamente secondo noi come abbiamo più volte ribadito - dal rapporto di forza tra i gruppi etnici, per il Trentino è necessario concepire una tutela delle minoranze che sia completamente al di sopra dell'entità numerica del relativo gruppo linguistico e garantisca dei diritti che siano legati al territorio, che possano essere rivendicati da ogni singola persona e che siano ancorati territorialmente senza riferimento alcuno alla consistenza di queste minoranze, le quali non possono quindi paragonarsi in alcun modo a quelle richiamate dall'ordinamento autonomistico altoatesino.

Una seconda, sostanziale differenza è la seguente: in Alto Adige si è voluto garantire i diritti delle minoranze e dei gruppi etnici attraverso la cosiddetta "etnicizzazione" dell'intera società altoatesina (e quindi dell'intero ordinamento giuridico dell'Alto Adige), che risulta così fortemente caratterizzata dai diritti e dalle strutture destinate ai gruppi linguistici. Noi ora dobbiamo cercare per il Trentino una strada - entro i limiti delle nostre facoltà propositive come Consiglio regionale - che non "etnicizzi" la società trentina per favorire e tutelare le minoranze ivi residenti. Ciò rappresenterebbe altrimenti un autogol che non sarebbe plausibile, possibile e nemmeno auspicabile. In altre parole: abbiamo sempre considerato questa volontà di parificazione, questa idea che veniva portata avanti dai firmatari - almeno nella prima versione di questo disegno di legge - di volere semplicemente estendere il pacchetto altoatesino alle minoranze trentine asserendo che gli stessi diritti che spettano ai cittadini tedeschi e ladini dell'Alto Adige dovessero venire estesi anche alle popolazioni

ladine e germanofone del Trentino come un desiderio, come un'intenzione, ma non come la strada giusta. Parlo in questo caso di minoranze germanofone poiché qui non si vuole fare alcuna annessione imperialistica e definendo l'idioma di queste popolazioni semplicisticamente "tedesco"; fortunatamente nell'ambito delle lingue tedesche esiste una grande varietà di lingue, di tradizioni e di ceppi etnici: non si può prescindere da questa varietà classificando per opportunità politica le popolazioni di queste ed altre isole linguistiche dell'Italia settentrionale, delle province di Vicenza, Verona, del Friuli e della Val d'Aosta semplicemente come "tedesche"; ciò non avrebbe senso e non corrisponderebbe alla realtà storica. Questo è stato anche il motivo - e mi permetto di ritornare sull'argomento, poiché ho da fare una proposta - per il quale avevamo suggerito un'altra versione per il disegno di legge-voto originario del collega Fedel e degli altri firmatari. Avavamo proposto e ora ripresentiamo questa proposta quale possibilità da prendere eventualmente in considerazione...; non abbiamo ancora riformulato la proposta, e non abbiamo ancora detto se sino al termine della discussione generale proporremo eventualmente l'emendamento precedentemente presentato quale alternativa all'intera legge. Se consideriamo la cosa realisticamente vedremo che il breve articolo da noi formulato ha possibilità più concrete di essere accolto nello Statuto di autonomia, che non quella vasta integrazione e modifica proposta dalla Commissione al disegno di legge. Tuttavia - ripeto - sinora non abbiamo ancora riformulato questa proposta e non l'abbiamo suggerita come emendamento sostitutivo all'intera legge. Ma sottoponiamo intanto questa proposta ai firmatari, poiché la via ora percorsa con questo disegno di legge-voto pur avendo il vantaggio indiscutibile di fissare in dettaglio i diritti auspicabili per le minoranze del Trentino p.e. il ripristino della toponomastica, l'uso della lingua, l'insegnamento e il finanziamento delle attività culturali ecc., ha tuttavia lo svantaggio che a causa di questa dettagliata elencazione le possibilità effettive che venga attuato siano molto scarse; anche perchè lo Statuto di autonomia ha dato applicazione a certi principi non attraverso lo Statuto stesso, ma per mezzo di norme di attuazione, leggi provinciali ecc. Ciò significa che noi riteremo più realistica la possibilità - poichè come ho già detto la nostra intenzione si allinea a quella dei proponenti - che venga interamente riformulato un unico articolo, in questo caso l'art. 102 dello Statuto di autonomia, che prevede primo: a livello costituzionale, la tutela dei ladini e delle minoranze linguistiche germanofone; secondo: la

conservazione e la promozione della lingua, cultura, specificità etnica e tutto ciò che vi appartiene; e terzo: che queste minoranze possano valersi di leggi nazionali nel caso che queste prevedano norme a loro più favorevoli, ovvero che non si escludano le isole linguistiche del Trentino e i ladini dalla legislazione nazionale sulle minoranze. E' vero che in Italia ci sono almeno 2 grandi gruppi etnici che hanno manifestato il desiderio di venire esclusi dalla legislazione generale sulle minoranze: il gruppo linguistico tedesco dell'Alto Adige che ha cercato un'altra via, e il gruppo linguistico sloveno che attraverso i suoi rappresentanti ha manifestato il desiderio di ricorrere ad una legislazione speciale...(interruzione)... Prego? No, quelli non hanno formulato una simile richiesta, benchè abbiano uno Statuto di autonomia. Non hanno chiesto di venire esclusi e sono quindi ancora inseriti nella legge nazionale...(interruzione). Diciamola così: gruppi etnici più forti e più grandi possono anche permettersi di rinunciare ad una generale garanzia di tutela da parte dello Stato poichè hanno già superato questa fase e sono in grado di regolare la loro situazione con lo Stato sulla base di un concordato. Ma proprio le isole linguistiche del Trentino non possono rinunciare alla normativa nazionale sulle minoranze, anche perchè nella maggior parte dei casi le loro condizioni di vita sono simili a quelle delle minoranze nel resto d'Italia.

E' questa la ragione per cui - e concludo - il disegno di legge oggi in discussione rappresenta un manifesto molto dettagliato di desideri ed intenti e va quindi giudicato comunque in modo positivo, senz'altro più positivo della proposta originaria. Esso contiene alcune cose, non per ultimo il ripristino dei cognomi ecc., che sicuramente hanno un loro valore. Perciò quando si tratterà di votare su questi punti noi voteremo a favore.

Chiediamo tuttavia di riflettere sull'opportunità di percorrere piuttosto, di comune accordo, la via di un articolo più breve e globale - magari sulla base della nostra proposta o di una rielaborazione -, che forse potrebbe dimostrarsi la via più efficace per raggiungere l'obiettivo. Affronteremo poi nel corso della discussione articolata le singole norme che a nostro avviso non centrano in pieno l'obiettivo che ci siamo prefissi. In particolare vorrei far osservare al collega Fedel che un articolo del disegno di legge, precisamente l'articolo 4, assume pericolosamente - a nostro dire - il criterio della consistenza dei gruppi linguistici, ad esempio in merito all'assegnazione di contributi a scopi culturali ecc. Ci sembra che ciò costituisca un vero e proprio autogol. Noi non daremo il nostro assenso

a questo punto, ed è per questo che abbiamo suggerito una modifica, proprio perché la "mentalità da proporzionale etnica" che stava alla base di precedenti proposte e che ci sembrava finalmente superata, fa nuovamente capolino in questo art. 4, e secondo noi rappresenta un autogol bello e buono. Ma, come ripeto, per il resto abbiamo potuto constatare con soddisfazione che in Consiglio regionale si sta consolidando un certo consenso politico su questo disegno di legge-voto; evidentemente scaturisce da una crescente sensibilità per le questioni concernenti le minoranze che vorrebbe vedere rivalutato anche il ruolo particolare della nostra Regione nei confronti delle minoranze. Noi ci rallegriamo di questo e forse a conclusione della discussione generale si potrebbe brevemente riflettere se non sarebbe il caso di cercare un modo per non lavorare per il cestino del Parlamento, ma per un ampliamento realistico, possibile ed efficace dello Statuto di autonomia che rifletta le intenzioni comuni della maggioranza del Consiglio regionale e non si perda in mille dettagli che sono destinati rimanere più che altro un elenco di pii desideri che nemmeno il Consiglio regionale prende sul serio come noi auspicheremmo li prendesse sul serio il Parlamento. Grazie per la cortese attenzione!)

PRASIDENT: Das Wort hat Abg. Peterlini. Ich erteile es ihm.

PRESIDENTE: La parola al cons. Peterlini. Ne ha facoltà.

PETERLINI: Sehr geehrter Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen, die noch bis zu dieser späten Mittagsstunde ausgeharrt haben!

Zunächst etwas zu der Befürchtung und zu der Kritik, der Regionalrat produziere Gesetzentwürfe, sogenannte Begehrensgesetzentwürfe, für den Papierkorb des Parlamentes, wie es der Kollege Langer zum Schluß formuliert hat. Ich möchte da hinzufügen: Diese Sorge ist grundsätzlich berechtigt. Ich habe selbst bei verschiedenen Gelegenheiten, bei Begehrensanträgen, die hier im Regionalrat zur Diskussion gestellt wurden, immer wieder davor gewarnt, eine allzu große Flut von solchen Anträgen zu produzieren, weil man mit einer Inflation von Begehrensanträgen und Begehrensgesetzentwürfen das Instrument selbstverständlich abplattet und ihm die Spitze nimmt, mit dem man in wichtigen Angelegenheiten, die die Region direkt betreffen, auf Rom einen Druck ausüben könnte. Nun ist es allerdings nicht so, daß immer für den Papierkorb gearbeitet worden ist. Flankierend konnte man verschiedene Maßnahmen in Rom unterstützen, die dann vom römischen

Gesetzgeber auch in die Tat umgesetzt wurden. Ich erinnere an zwei Initiativen, wo der Regionalrat Vorreiter war und die gerade aktuell sind. Eines ist die Sturzhelmpflicht, die vor einiger Zeit bereits eingeführt worden ist und wo wir Vorreiter in Italien waren, wo der Regionalrat mit seinem Beschlußantrag, eingereicht von der Südtiroler Volkspartei, wirklich Schule gemacht hat und dafür zumindest auf die staatliche Gesetzgebung einen gewissen Druck ausgeübt hat. Ein zweites ist die Straßenverkehrsordnung gewesen, die erst in diesem Monat in Kraft getreten ist und auch wesentliche Aspekte dessen mit aufnimmt, was wir unterstützend - ich beschränke mich auf diesen bescheidenen Ausdruck - mit Begleichungsgesetzentwurf hier eingebracht hatten.

In diesem Falle geht es wesentlich darüber hinaus. In diesem Falle geht es um ein ureigenes Interesse der Region und der Bevölkerung dieser Region, den Schutz und die Kultur der Sprachminderheiten zu fördern und in diesem Falle wünschen wir uns selbstverständlich um so mehr, daß dieses Instrument auch greifen möge. Es hängt auch ein bißchen davon ab, wie weit die Regionalregierung in ihren Bemühungen in Rom dem gesamten Gesetzentwurf Unterstützung verleiht. Deswegen möchte ich gleich zu Beginn dem Wunsch Ausdruck verleihen, daß die Regionalregierung dieses Anliegen unter den Prioritäten bei ihren römischen Gesprächen und Verhandlungen sozusagen auf die Fahne schreibt, damit diese Maßnahme, wenn sie über die Bühne geht, tatsächlich auch Chancen hat, aufgenommen zu werden. Ich nehme gleich eine Sorge vorweg, eine Sorge, die ich dem Kollegen Fedel vor Behandlung dieses Gesetzentwurfes mitgeteilt habe; ich möchte sie hier zum Ausdruck bringen und hoffe, daß sie nicht eintrifft. Es ist erstmals in der Geschichte des italienischen Parlamentes gelungen, ein bescheidenes Verfassungsgesetz von einem Zweig der Kammer, nämlich vom Senat, verabschieden zu lassen, der wesentliche Verbesserungen für die ladinische Sprachgruppe vorsieht. Ich sage, es ist ein kleines Gesetz, es beschränkt sich zunächst einmal auf die ladinischen Sprachgruppen im Trentino und enthält also nichts von den germanischen Minderheiten im Trentino und ist in seinen Auswirkungen eher bescheiden. Aber es ist ein erster Schritt, der über die Bühne gegangen ist und der von unserer Partei, genauso wie von anderen Gruppierungen mitgetragen und unterstützt worden ist, und der jetzt in die andere Kammer muß und dann zurück zur zweiten Lesung in den Senat und wiederum in die Kammer. Ich möchte nicht haben, daß durch einen Vorstoß mit einem wesentlich größeren, umfangreicheren Gesetzentwurf, wie dieser, der jetzt kommt, möglicherweise dafür der Aufhänger gefunden wird, den ursprünglichen

Gesetzentwurf fallen zu lassen oder zu ergänzen, weil damit der Iter wiederum von vorne beginnen würde. Das würde bedeuten, daß wir den ersten Schritt, der gemacht worden ist, wiederum zurücknehmen, um mehr zu verlagern und damit allerdings auch Gefahr laufen, daß nichts daraus wird. Das Problem ist ja immer das, daß Gesetzesvorlagen jedesmal, wenn das Parlament aufgelöst wird, hinfällig werden und bis jetzt ist jedesmal der Iter eines Verfassungsgesetzes sehr lang, wie gesagt: zweimalige Lesung mit einer Periode von jeweils sechs Monaten Abstand zwischen den zwei Lesungen in den beiden Kammern, qualifizierte Mehrheit, also eine sehr aufwendige Prozedur; und jedesmal, wenn man fast so weit war, daß es genehmigt werden konnte, dann ist das Parlament aufgelöst worden und es war dann wieder weg. Diese Sorge habe ich und mit dieser Sorge schließe ich gleich wiederum eine Bitte an, die ich jetzt an den Regionalassessor a. Beccara, der das Gesetz einigermaßen verfolgt hat, mitgebe: die Bitte, in Rom sicherzustellen, wenn dieser Begehrensgesetzentwurf hinkommt, daß man auf jeden Fall, unabhängig von dieser Vorlage, diesen ersten Schritt unbeeinflußt weitergehen läßt und dann diesen zweiten Schritt nachfolgen läßt, sodaß man nicht Gefahr laufen muß, diesen ersten Gesetzentwurf, der jetzt gute Chancen hat, auch in der zweiten Kammer genehmigt zu werden, behindert.

Nun gut, ich habe bereits zum Ausdruck gebracht, daß mit diesem Gesetzentwurf eine alte Wunde geschlossen werden soll, ein altes Unrecht wieder gutgemacht werden soll, das gegenüber den Sprachminderheiten im Trentino bisher begangen worden war. Wir haben im Art. 2 des Autonomiestatutes einen Grundsatz festgehalten, den ich verlesen darf: "In der Region wird den Bürgern jeder Sprachgruppe Gleichheit der Rechte zuerkannt; die entsprechende ethnische und kulturelle Eigenart wird geschützt." Wir ringen in Südtirol derzeit - wir wissen es alle, die Debatte läuft ja heute im Abgeordnetenhaus weiter - um die wesentlichen Bestimmungen zur Verwirklichung der Autonomie und dabei um die Gleichstellung der Sprachen. Diese Gleichstellung ist in den Artikeln 99 und 100 des Autonomiestatutes auch verankert, beschränkt sich aber im Art. 100 ausschließlich auf die Provinz Bozen. Da ist auch bereits die Benachteiligung und die Wunde aufgezeigt, die das Trentino betrifft. Für das Trentino ist das lediglich im Art. 102 geregelt, wo es heißt: "Die ladinische Bevölkerung hat das Recht...", also einmal nur die Ladinier, - von den germanischen Minderheiten wird im ganzen Statut gar nie geredet - "...auf Förderung der eigenen Bestrebungen und Tätigkeit auf dem Gebiete der Kultur, der Presse und der Freizeitgestaltung sowie das Recht auf die Erhaltung der

Ortsnamen und der eigenen Überlieferungen. In den Schulen jener Gemeinden der Provinz Trient, in denen das Ladinische gesprochen wird, wird der Unterricht der ladinischen Sprache und Kultur gewährleistet." Viel mehr steht in diesem Statut leider nicht, wenn ich jetzt noch einmal von dem Grundsatz absehe, der selbstverständlich im Statut steht, nämlich der Art. 2, der ein Grundsatz für alle Sprachgruppen, unabhängig von der Provinz ist, aber dann in den Detailbestimmungen nicht mehr ausgeführt wird. Nun ist es selbstverständlich eine moralische Pflicht, aber nicht nur eine moralische Pflicht, sondern eine moralische Herausforderung für eine Sprachminderheit, wie es die Südtiroler sind, daß sie nicht nur Rechte für sich selber in Anspruch nehmen und sozusagen in egozentrischer, ethnozentrischer Form sich selber zu schützen versuchen; das ist ihr gutes Recht und auch ihre Pflicht, aber es eine moralische Herausforderung für uns alle, gleichzeitig auch den Minderheitenschutz anderer gefährdeter Minderheiten in ganz Italien - das unterstreiche ich - und selbstverständlich in ganz besonderem Maße in unserer Nähe, in der Region Trentino-Südtirol, zu fördern und zu unterstützen. Aus dieser Überlegung heraus haben wir bisher immer in diesem Regionalrat, soweit es möglich war, alle Bemühungen gefördert und unterstützt, die unsere Trentiner Kollegen der Trentiner Tiroler Volkspartei, die sich jetzt unter dem neuen Namen "Trentiner Tiroler Autonomisten" zusammengefunden haben, unternommen haben und immer wieder, wenn im Regionalrat solche Fragen aufgetaucht sind, haben wir diesbezüglich am gleichen Strick gezogen und versucht, Verständnis für die schwierige Lage der Minderheiten im Trentino zu erzielen.

Nun gut, es sagt Kollege Langer: An sich ist das eine beschränkte Vorgangsweise. Es wäre doch wesentlich wirkungsvoller - meint Kollege Langer - einen allgemeinen Minderheitenschutz in Italien zu erwirken und mit jenen Kräften mitzuziehen, die in Italien auf einen besseren Minderheitenschutz hinarbeiten, und er hat behauptet, die deutsche (und die slowenische) Volksgruppe sei stark genug gewesen, sich da auszuklammern, weil sie aufgrund der Stärke Partner der Regierung werden kann. Aber es geht doch um einen grundsätzlichen Minderheitenschutz - einverstanden. Einverstanden damit, daß also der Minderheitenschutz in Italien ausgebaut und verstärkt wird. Die Südtiroler Volkspartei wird diesbezüglich alle Initiativen unterstützen, hat aber nur deswegen für eine Ausklammerung ihrer Volksgruppe gesorgt, weil dieser Minderheitenschutz in der Tat nicht gegeben ist und außer dem Art. 6 - wiederum ein glorreicher Grundsatz der italienischen Verfassung - eigentlich in Wirklichkeit nichts vorhanden ist. Es ist

also in Italien der Minderheitenschutz ein glorreicher Grundsatz, den übrigens Cossiga bei seiner Eröffnungsrede, bei der ich die Ehre hatte, die Region zu vertreten, auch bekundet und unterstrichen hat, als Reichtum der humanistischen Kultur, des "Risorgimento" in Italien, der aber in Tat bisher über den Paragraphen hinaus nicht verwirklicht werden konnte. Was verwirklicht werden konnte ist einzig und allein ein gewisser territorialer Schutz. Nachdem es das einzige ist, das bisher Kraft, Gesetzeskraft und Durchsetzungskraft erwirkt hat, ist es auch das Instrument, auf das wir in erster Linie zielen. Ich habe deswegen auch vollstes Verständnis für den Kollegen Fedel und für die Trentiner Tiroler Autonomisten, wenn sie sagen: Vom allgemeinen Minderheitenschutz in Italien zu reden... Ja, machen wir mit, aber beschränken wir uns nicht darauf! Suchen wir einen territorialen Schutz, der doch zumindestens in einigen Regionen Italiens, in der Provinz Bozen, in Aosta, in Friaul-Julisch Venetien und bitte, in gewissen Schattierungen, in den Inseln, eine Verwirklichung - wenn auch mit Abstrichen - gefunden hat! Am Beispiel Provinz Bozen ist doch ein Muster gegeben, wie man Sprachminderheiten schützen kann und so ähnlich möchten wir es auch auf das Trentino ausdehnen. Bei aller Bestätigung und Unterstützung der Bemühungen zu einem Schutz aller Minderheiten in Italien, der von unserer Sicht logischerweise gegeben sein muß und gegeben ist und wo die Südtiroler Volkspartei auch immer mitmacht, insofern es in ihren Kräften und Möglichkeiten steht, ist das momentane Instrument, das wirksame Instrument, das des territorialen Schutzes, wie es hier auch im Gesetzentwurf vorgesehen wird.

Wenn man von Minderheiten redet und gerade die Beispiele der Ladinern in den Fassagemeinden vor Augen hat oder wer oft Möglichkeit hatte, das Fersental zu besuchen und die Gegend um Lusern, der wird feststellen, daß die wirtschaftliche Situation eher den Eindruck der Vernachlässigung, der mangelnden Unterstützung bietet. Also daß nicht nur sprachlich und kulturell die Gefahr besteht, daß diese Minderheiten verschwinden, sondern es bleibt einem der Eindruck haften, daß auch wirtschaftlich gesehen eine desolante Situation mit einhergeht, eine, ich möchte nicht gerade sagen Untergangsstimmung, aber doch eine Ghetto Stimmung, in der sich diese Minderheiten auf wirtschaftlicher und sozialer Ebene befinden. Ich möchte diese beiden Aspekte zusammennehmen, weil es zu wenig wäre, sozusagen die Minderheiten mit einigen Gesetzesartikeln kulturell und sprachlich abzusichern ohne nicht auch dafür zu sorgen, daß die Gegend wirtschaftlich ein gewisses Aufleben hat und auch wirtschaftlich erhalten bleibt und sich durch die

wirtschaftliche Entfaltung auch kulturell absichern kann. Leider Gottes hat uns die Geschichte bewiesen, daß diese beiden Aspekte sehr eng zusammenhängen. Denken wir an das Schicksal der Indianer in Nordamerika, aber noch viel schlimmer in Südamerika, an die einheimische Bevölkerung, die auf der wirtschaftlichen Ebene zurückgedrängt worden ist und heute in Reservaten wohnt, wo sie zwar einen gewissen kulturellen Schutz und eine gewisse Fremdenverkehrsattraktion darstellt, in Wirklichkeit aber auch in miesen wirtschaftlichen Verhältnissen dahinvegetiert und so allein schon von der Existenz her gefährdet ist. Ein Indianer in Nordamerika, der sozusagen zu etwas aufstrebt und etwas werden will, der darf nicht Indianer im Reservat bleiben, weil er dann zu diesem desolaten Leben verurteilt ist, sondern er muß in die Stadt, er wird nach Washington, Los Angeles, New York, oder wo auch immer, hingehen, um zu arbeiten und wir auch langsam aufhören, Indianer zu sein. Also bitte, sehen wir diesen wirtschaftlichen Aspekt nicht nur des Geldes wegen, sondern auch der Unterstützung und Erhaltung der Minderheiten aus kultureller und sprachlicher Sicht.

Für ein Europa von morgen wird es von Bedeutung sein, daß wir diesen Aspekt des Reichtums der Kulturen heute schon fördern. Die Kollegen vom MSI-Destra nazionale haben uns leider in dieser Diskussion verlassen, aber sie waren zwischen den Bänken hier bei mir und haben gemeint: In dieser neuen Entwicklung Europas ist es ja gut und recht, daß die großen Sprachen gleichgestellt werden und dort eine Entfaltung haben, aber hat es denn einen Sinn, so winzige kleine Gruppierungen, die ja eh schon beim Aussterben sind und die eigentlich - so ist es durchgeklungen - mehr Probleme bringen als sie Rechtfertigung für ihre Existenz hätten, noch zu fördern und aufrecht zu erhalten? Das ist eine grundsätzliche Frage. Eine grundsätzliche Frage, die ich beantworten möchte, nicht aus der Sicht der Stärke heraus, sondern aus der Frage, ob Europa nach dem Prinzip Amerikas aufgebaut werden soll, wo über die Leichen der Indianer hinweg - ich darf bei diesem Beispiel bleiben - ein "melting-pot" aufgezogen worden ist, wo alle Kulturen miteinander vermischt worden sind, mit dem Ergebnis - das kann man ruhig laut sagen - daß zwar auf technischer, wissenschaftlicher Ebene durch den Import von Personen, die aus Europa gekommen sind, gewisse Leistungen erbracht worden sind, aber auf kultureller Ebene eigentlich die Vereinigten Staaten (obwohl einiges jetzt wächst) aus der Tradition und der Geschichte heraus sehr wenig zu bieten haben.

Der Reichtum Europas liegt in der humanistischen Tradition des alten Griechenlandes und dieses alte Griechenland war - so

zerstritten es auch war -, vielfältig in den kleinen Stadtstaaten aufgeteilt, wo jeder Stadtstaat, jede überschaubare Gemeinschaft ihre Kultur herausgebracht hat und das Zentrum - ob es Delphi, das religiöse war oder Athen das kulturelle oder Sparta das militärische - ein Reichtum dargestellt hat. Diese Tradition haben wir übernommen. Diese Tradition wurde auf ganz Europa ausgeweitet: heute sind wir stolz darauf, daß Italien - und ich fange mit Absicht mit Italien an - auf der Ebene der Kunst, der Architektur enorme Leistungen vollbracht hat; daß Österreich im Bereich der Musik sicherlich Spitzenleistungen auf Weltebene erbringen konnte; daß Frankreich mit seiner Poesie solche Spitzen erreichen konnte und um ein Beispiel für Deutschland herauszugreifen, es in der Philosophie die Spitzenkräfte der Welt hervorbringen konnte. Das ist der Reichtum Europas. Der Reichtum Europas ist nicht das "melting-pot system" Amerikas, nicht die Erdrückung der Vielfalt, sondern die Förderung der Vielfalt, die in ihren verschiedenen Gemeinschaften höchste Ausdrucksfähigkeit erreichen konnte.

Nun zu den konkreten Maßnahmen, die der Gesetzentwurf vorsieht. Erstmals soll im Trentino die germanische Sprache, das Zimbrische und das Mockénische, (nicht Mochenische, das klingt mir zu chinesisch) Anerkennung finden. Ich habe, jetzt sage ich es ganz offen, ein bißchen meine Zweifel über die Wahl dieser beiden Begriffe und überlege noch bis zur Artikeldebatte, ob man das nicht verbessern könnte. Jedenfalls soll diese Sprache germanischer Abstammung im Palai, im Fersental, in Florutz, in Gereut, sowie in Lusern geschützt werden. Und die ladinische Sprache soll besonderen territorialen Schutz in den fassaladinischen Gemeinden erfahren, die auch im Gesetzentwurf alle angeführt sind. Nun, wie soll über den Grundsatz hinaus dieser Schutz erfolgen? Ein Punkt, und der scheint mir recht interessant, notwendig und auch möglich zu sein, ist eine Rechtsvertretung der Ladinern auch aus dem Fassagesbiet zusätzlich zu den Ladinern aus dem Südtiroler Raum. Hier ist eine Initiative zu erwähnen, die parallel zu diesem Gesetzentwurf seitens des Abg. Anesi läuft, wozu auch bereits ein Rechtsgutachten vorliegt und zwar vom Avv. Sergio Decameri, wozu allerdings ein zweites Rechtsgutachten von Pizzorusso in diesen Tagen gekommen ist - ich habe es noch nicht erhalten, ich frage den Herrn Assessor, wie es ausgefallen ist, aber ich habe gehört, daß die Möglichkeit recht possibilistisch gesehen wird - aber diese Möglichkeit, die der Kollege Anesi in Angriff nimmt, ist ein Regionalgesetz, in dem wir versuchen einfach eine Rechtsvertretung der Ladinern einzuführen, ohne daß die verfassungsrechtliche Grundlage untermauert wird. Bitte, ich freue mich

darüber, wenn das möglich sein sollte und Pizzorusso uns das bestätigt. Was hier allerdings mit diesem Verfassungsgesetz geschehen soll, sollte in verfassungsrechtliche Fundamente gegossen werden, um auch diese Rechtsvertretung verfassungsrechtlich auf jeden Fall zu verankern und abzusichern.

Eine wesentliche Neuerung betrifft den bereits von mir zitierten Art. 102, wo bisher so am Rande steht: Auch die Ladinier im Trentino dürfen ihre ladinische Sprache und Kultur gebrauchen, also ihre Sprache sprechen und die Kultur ausüben. In diesem neugeformten Art. 102 würden eben das Mockénische und das Zimbrische, also die mittelhochdeutschen Sprachen, hinzugefügt werden und in einem zweiten Absatz konkrete Maßnahmen: also Kindergarten und Pflichtschule sollen für die Sprache geöffnet werden, d.h. daß im Kindergarten und in der Pflichtschule in den ladinischen Gemeinden das Ladinische und in den mittelhochdeutschen Gemeinden das Mockénische und Zimbrische als Pflichtfach eingeführt werden. Auf schulischer Ebene in der Provinz soll das durch eine Vertretung im Landesschulrat Ausdruck finden. Eine weitere konkrete Maßnahme, die mir sehr vernünftig scheint: In den öffentlichen Stellen der betreffenden Gemeinden sollen jene den Vorzug haben, die diese Sprachen auch kennen und sprechen.

Und nun zu dem bereits angedeuteten Prinzip der Förderung. Im Art. 4 wird eine Art Proporz für die Kulturförderung verlangt. Kollege Langer hat gemeint, das wäre ein Eigentor, denn wenn es nicht viele sind, dann würde die Förderung nicht sehr stark ausfallen. Ich sage ganz offen, ich habe auch meine Zweifel, ob eine proportionale Verteilung der Mittel für eine kleine Gruppe gerechtfertigt ist. Ich bin eigentlich der Meinung, daß zum Schutz einer ganz kleinen Gruppe die große Gemeinschaft eigentlich stärkere Anstrengungen unternehmen müßte, als es der reine Proporz gewährleistet. In Südtirol ist es ja anders. In Südtirol haben wir drei Sprachgruppen mit ausgewogener Vertretung und damit auch eine gerechte Aufteilung der Mittel für die Kulturförderung und auch für den sozialen Bereich, einschließlich Bedarf. Wenn aber die Gruppe sehr sehr klein ist, könnte es auch sein, daß eine rein proportionale Berücksichtigung bei der Kulturförderung ein bißchen wenig ist, d.h. die Gemeinschaft sollte doch bei Beförderung von kleinen Minderheiten einen etwas größeren Kraftakt unternehmen. Aber wir kommen im Detail noch auf diesen Artikel 4 zurück.

Auch der Sprachgebrauch wird in den Ämtern geregelt, wo das Althochdeutsche und das Ladinische eingefügt werden; die Rückführung der Namen, der Vor- und Zunamen in ihre ursprüngliche Form und dann die

Gleichheit vor dem Gesetz unterstützt durch den Verwaltungsgerichtshof. Dazu habe ich eine Frage an die Einbringer. Hier heißt es in der Vorlage im Art. 7: "...bei Verletzung der Gleichheit der Bürger wegen Zugehörigkeit zur ladinischen Sprachgruppe..." und zwar ausschließlich könnten nur die entsprechenden Akte der ladinischen Sprachgruppe beim Verwaltungsgerichtshof angefochten werden. Ich habe mir da ein Fragezeichen aufgezeichnet: Warum beschränkt man sich hierbei im Art. 7 auf die ladinische Sprache und nimmt nicht wem schon, so wie im ganzen Gesetzentwurf, auch die zimbrische und die mockénische Sprache dazu? Schließlich sollten im Art. 8, meines Erachtens ein sehr wichtiger Punkt, auch Rundfunk und Fernsehen mit eingeschaltet werden. Es war hier im Regionalrat bereits mehrmals der Vorstoß gemacht worden, zusätzlich zur RAI auch die ladinischen und deutschsprachigen Programme aus dem Ausland ins Trentino weiterzublenzen. Ich glaube, daß das vielleicht auch die Gelegenheit wäre, diesbezüglich einen Satz einzufügen. Es ist technisch überhaupt kein Aufwand, wenn man die bereits in Südtirol verbreiteten ladinischen Programme der rätoromanischen Schweiz und die deutschen Programme aus Österreich und Deutschland weiterleitet. Vielleicht könnte man diesbezüglich auch eine Ergänzung finden.

Ich komme somit zum Abschluß. Es ist ja fünf vor zwei und ich habe mir auch vorgenommen, Sie in Ihrer Geduld nicht länger auf die Folter zu spannen, zumal ich selber Hunger habe. Ich möchte abschließend den Einbringern des Gesetzentwurfes für die Initiative danken. Wir, als Südtiroler Volkspartei, stehen von Anfang an zu allen Maßnahmen, die zu einem besseren Schutz der Sprachminderheiten allgemein und der leider vielfach vergessenen und vernachlässigten Minderheiten mittelhochdeutscher und ladinischer Herkunft im Trentino im besonderen. Wir begrüßen diese Initiative nicht nur; wir möchten sie auch soweit es in unseren Kräften steht durch unsere Parlamentarier unterstützen lassen und drücken damit unsere volle Solidarität aus. Sicherlich wird es darüberhinaus notwendig sein, daß auch die Provinz Trient - und das ist gesagt worden, es steht uns nicht das Recht zu, es zu tun, wohl aber es zu fördern, - in ihren kulturellen Gesetzen, in ihren Förderungsmaßnahmen ein besonderes Augenmerk auf diese Gebiete richtet und den vernachlässigten Ortschaften und Täler eine wirtschaftliche Absicherung gibt. Auf Staatsebene können, über den Gesetzentwurf hinaus, selbstverständlich alle Maßnahmen unterstützt werden, die den Minderheiten insgesamt in Italien zugute kommen und damit auch zu einem Umdenken gegenüber den Minderheiten beitragen können. Schließlich mein Wunsch, mit dem ich angefangen habe: nach der Verabschiedung wird es

seitens der Regionalregierung notwendig sein, in Rom zu intervenieren, damit dieser Gesetzentwurf tatsächlich auch in die Gremien des Parlamentes zur Abstimmung kommen möge. Ich danke Ihnen sehr für die Aufmerksamkeit!

(Illustre signor Presidente! Colleghe e colleghi che avete restituito sino ad ora!

Innanzitutto vorrei pronunciarmi in merito alla critica e al timore che il Consiglio regionale produca cosiddetti disegni di legge-voto soltanto per il cestino del Parlamento, come affermato dal collega Langer a conclusione del suo intervento. Dal canto mio vorrei far notare che questo timore in fondo è giustificato. Io stesso, intervenendo su altri disegni di legge-voto ho ripetutamente messo in guardia il Consiglio regionale contro il pericolo di produrre una marea di questi provvedimenti, poiché con l'inflazione di voti e disegni di legge-voto si annienta praticamente l'efficacia di questo strumento, togliendogli quelle capacità che potrebbe avere per esercitare a Roma una certa pressione su questioni importanti riguardanti la Regione. Tuttavia non succede sempre che questi lavori finiscano nel cestino; siamo infatti riusciti ad appoggiare a Roma alcune volte dei provvedimenti che sono stati poi anche accolti e recepiti dal legislatore nazionale. Si pensi solo a due iniziative che rivestono grande attualità e per le quali il Consiglio regionale si è battuto per primo: prima l'obbligo del casco che è stato introdotto poco tempo fa, dove in Italia siamo stati i precursori ed il Consiglio regionale con il suo voto presentato dalla SVP ha fatto praticamente scuola, esercitando anche una certa pressione sul legislatore nazionale. Poi c'è stato il Codice della strada, entrato in vigore questo mese che recepisce alcuni aspetti fondamentali dell'iniziativa da noi promossa ed appoggiata sotto forma di disegno di legge-voto.

In questo specifico caso andiamo ben oltre. Qui si tratta di un interesse peculiare della Regione e dei suoi abitanti: quello di promuovere la tutela e la cultura delle minoranze linguistiche; perciò noi auspichiamo che in questo caso lo strumento da noi scelto dimostri tutta la sua efficacia; ma dipenderà anche un po' dal fatto su quale impegno ed appoggio da parte della Giunta regionale potrà contare il presente disegno di legge a Roma. Per questa ragione vorrei innanzi tutto manifestare il mio desiderio che la Giunta regionale, nei suoi colloqui e nelle sue consultazioni a Roma, metta nel suo programma anche siffatta questione fra le sue priorità, affinché questo provvedimento

abbia effettivamente probabilità di essere accolto quando verrà trattato. Con l'occasione vorrei subito manifestare anche una preoccupazione che ho comunicato prima della trattazione al collega Fedel: esporrò ora qui la situazione di fatto, sperando che non debba avverarsi. Per la prima volta nella storia del Parlamento italiano è stato possibile far approvare da un ramo delle Camere, ovvero dal Senato, una modesta legge costituzionale, che prevede sostanziali miglioramenti per il gruppo linguistico ladino. E vorrei specificare che si tratta di una piccola legge che si limita innanzi tutto al gruppo linguistico ladino del Trentino e non cita minimamente la minoranza germanofona; inoltre anche le sue ripercussioni saranno alquanto modeste. Comunque è pur sempre un primo passo che è stato fatto e che è stato appoggiato dal nostro partito come anche da altri gruppi politici e che ora deve essere trasmesso all'altra Camera, e poi di nuovo in seconda lettura al Senato e ancora alla Camera dei Deputati. Non vorrei che un'iniziativa di tale portata come quella or ora presentata venisse presa come pretesto per far cadere oppure ampliare il disegno di legge originario, nel qual caso poi dovrebbe iniziare da capo il suo iter. Ciò significherebbe sostanzialmente che, chiedendo di più, vanificheremmo quel primo passo intrapreso e correremmo anche il pericolo che tutto finisca in una bolla di sapone. Un altro problema è dato anche dal fatto che i disegni di legge decadono quando il Parlamento viene sciolto; inoltre l'iter di un disegno di legge costituzionale è molto lungo: esso viene adottato con due successive deliberazioni ad intervallo di sei mesi tra le letture alle due Camere ed approvato a maggioranza qualificata; una procedura molto lunga, quindi. E' già accaduto che quando poi si era quasi sul punto di approvare la legge, il Parlamento venisse sciolto e la legge poi cadesse nel nulla. Questa è dunque la mia preoccupazione; per questo rivolgo ora la preghiera all'assessore regionale a Beccara che ha seguito in un certo senso l'intero disegno di legge di voler verificare a Roma, quando vi sarà giunta la legge-voto, che la prima iniziativa prosegua nel suo iter normale, indipendentemente da questa seconda iniziativa, dal secondo passo intrapreso. Ciò, per non correre il pericolo che il primo disegno di legge che ha ora buone possibilità di venire approvato anche alla seconda Camera, venga in tal modo bloccato.

Orbene, ho dunque già dichiarato che con questo disegno di legge si intende chiudere una vecchia ferita riparando in tal modo alle ingiustizie del passato compiute nei confronti delle minoranze linguistiche del Trentino. All'articolo 2 dello Statuto di autonomia è

stato inserito un principio che ora vorrei citare: "Nella Regione è riconosciuta parità di diritti ai cittadini, qualunque sia il gruppo linguistico al quale appartengono, e sono salvaguardate le rispettive caratteristiche etniche e culturali". Attualmente in Alto Adige ci stiamo battendo - e sappiamo che oggi prosegue il dibattito alla Camera dei Deputati - perché vengano attuate le restanti norme di attuazione e vengano equiparate le lingue esistenti in Alto Adige. Una tale equiparazione è anche sancita dagli articoli 99 e 100, ma si limita nell'art. 100 solo alla Provincia di Bolzano; ecco qui di nuovo la ferita e il pregiudizio arrecato al Trentino. Del Trentino si parla solo all'art. 102 che recita: "Le popolazioni ladine hanno il diritto..." (quindi solo i ladini; delle minoranze germanofone non si parla nell'intero Statuto) "...alla valorizzazione delle proprie iniziative ed attività culturali, di stampa e ricreative, nonché al rispetto della toponomastica e delle tradizioni delle popolazioni stesse. Nelle scuole dei comuni della provincia di Trento ove è parlato il ladino è garantito l'insegnamento della lingua e della cultura ladina." Purtroppo lo Statuto non rivela molto di più sull'argomento, a parte il principio contenuto nello Statuto all'art. 2 - valevole per tutti i gruppi linguistici indipendentemente dalla Provincia - che poi tuttavia non viene attuato attraverso norme specifiche: E' per noi, per una minoranza linguistica come quella sudtirolese, non solo un obbligo morale, ma anche una sfida morale non rivendicare soltanto per noi diritti in forma egocentrica o etnocentrica cercando di tutelare solo il nostro gruppo; ciò è nostro diritto e dovere, ma una sfida morale per tutti noi è anche cercare di promuovere e garantire per la salvaguardia delle minoranze minacciate dall'estinzione in tutta l'Italia - lo sottolineo - e naturalmente anche di quelle a noi più vicine, nella Regione Trentino-Alto Adige. Su questa linea ci siamo finora mossi anche in Consiglio regionale quando si è trattato di appoggiare e sostenere le iniziative promosse dai nostri colleghi trentini del partito popolare tirolese, ora uniti sotto il nome di "partito autonomista trentino-tirolese". Quando in Consiglio regionale sono state trattate questioni di questo genere, ci siamo sempre allineati dalla loro parte mostrandoci solidali con la difficile situazione delle minoranze nel Trentino.

Ebbene, il collega Langer ha detto: di per sé la procedura scelta è alquanto limitata. Sarebbe molto più efficace - ha osservato il collega Langer - battersi per una tutela globale delle minoranze esistenti sul territorio nazionale offrendo sostegno alle forze che in

Italia si stanno ingegnando per una migliore tutela delle minoranze. Egli ha affermato che il gruppo etnico tedesco (e sloveno) ha ritenuto di essere abbastanza consistente da potersi escludere da questa normativa, poiché in base alla sua forza poteva essere partner del Governo. Qui si tratta tuttavia di una sostanziale tutela delle minoranze - e sono d'accordo -. Condivido anche l'opinione che la tutela delle minoranze debba venire rafforzata e rispettata su tutto il territorio nazionale; la SVP appoggerà tutte le iniziative in questo senso. Tuttavia la SVP ha provveduto ad escludere il suo gruppo da tale normativa perché questa tutela delle minoranze in pratica non è stata attuata ed in effetti non vi è nulla di concreto all'infuori dell'art. 6, altro magnifico principio della Costituzione italiana. In Italia questa tutela delle minoranze è quindi un glorioso principio che Cossiga ha anche citato nel corso del suo intervento di apertura al quale ebbi l'onore di essere presente, e che definì "la ricchezza della cultura umanistica, del Risorgimento italiano", ma che non è sinora stato ancora attuato. Ciò che sinora è stato realizzato è unicamente una certa tutela territoriale. Dato che ciò è stata anche l'unica cosa che ha conseguito forza di legge e di esecuzione, è anche lo strumento al quale puntiamo primariamente. Perciò ho anche piena comprensione per il collega Fedel e per gli autonomisti trentino-tirolesi quando affermano: se si tratta di tutela generale delle minoranze in Italia, siamo disposti a collaborare, ma non possiamo limitarci a questo! Dobbiamo richiedere una tutela territoriale, come quella messa in atto - anche parzialmente - in alcune regioni d'Italia, in Provincia di Bolzano, in Val d'Aosta, in Friuli Venezia Giulia e per certi aspetti anche nelle isole! L'esempio della Provincia di Bolzano si può prendere a modello di come possano essere tutelate le minoranze linguistiche; similmente noi vorremmo estendere tale tutela anche al Trentino. Pur appoggiando tutti gli sforzi e l'impegno per raggiungere una migliore tutela di tutte le minoranze linguistiche in Italia - cosa che dovrebbe essere ovvia secondo noi e che è stata anche sempre sostenuta dalla Südtiroler Volkspartei nei limiti delle sue forze e delle sue possibilità - noi riteniamo che lo strumento presente più efficace sia quello della tutela territoriale così come è stato previsto anche in questo disegno di legge.

Quando si parla di minoranze e si ha davanti agli occhi l'esempio dei ladini nei Comuni della Val di Fassa, oppure se si ha avuto occasione di visitare la Val del Fersina o la zona di Luserna, allora si constaterà che si avverte un senso di trascuratezza, di abbandono nell'osservare la situazione economica. Quindi non c'è solo il

pericolo che queste minoranze scompaiano linguisticamente e culturalmente, ma si ha veramente l'impressione che a tutto ciò si accompagni pure una desolata situazione economica, una sorta di atmosfera di decadimento, anzi più che altro un'atmosfera da ghetto nella quale sono immerse economicamente e socialmente queste minoranze. Vorrei considerare questi due aspetti congiuntamente poiché sarebbe troppo poco tutelare solo linguisticamente e culturalmente con alcuni articoli di legge queste minoranze senza far sì che questo territorio rifiorisca economicamente e sopravviva anche culturalmente attraverso un certo sviluppo economico. Purtroppo la storia ci insegna che i due aspetti sono saldamente uniti l'uno all'altro. Prendiamo per esempio il destino degli indiani in Nordamerica, o ancor peggio in Sudamerica, o le popolazioni indigene che sono state soffocate a livello economico e che vivono oggi in riserve dove godono di una certa tutela culturale e rappresentano quasi un'attrazione turistica, ma che in realtà vegetano in precarie condizioni economiche e sono minacciate già solo per questo nella loro esistenza. Un indiano dell'America del Nord che ambisca a diventare qualcuno, non potrà rimanere un indiano nella riserva, poiché altrimenti sarà per sempre condannato a quella vita di desolazione, ma dovrà migrare in una grande città, Washington, Los Angeles, New York o altrove e smetterà pian piano di essere un indiano. L'aspetto economico non va visto quindi solo dal punto di vista finanziario, ma soprattutto quale sostegno e difesa culturale e linguistica delle minoranze.

Per l'Europa del domani sarà quindi molto importante che noi salvaguardiamo già oggi questa ricchezza di culture. Purtroppo i colleghi del MSI-Destra nazionale ora non si trovano in aula; comunque prima sono stati qui da me e mi hanno detto: considerando il nuovo sviluppo cui sarà sottoposta l'integrazione europea è positivo e giusto che le grandi lingue vengano equiparate e si evolvano; ma che senso ha, favorire e difendere gruppuscoli talmente piccoli da essere comunque condannati a scomparire e che creano più problemi di quelli che sarebbero ammissibili sulla base della loro consistenza? Questa è una domanda di fondo, una questione di principio alla quale vorrei dare risposta prescindendo dalla consistenza numerica e sollevando la domanda se l'Europa di domani dovrà essere costruita sul modello americano, dove si è creato un "melting-pot", un enorme pentolone, passando sui cadaveri degli indiani - e rimango su questo esempio - mescolando tutte le culture, col risultato - e questo lo possiamo dir forte - che pur raggiungendo notevoli prestazioni tecniche e scientifiche attraverso l'importazione di persone qualificate dall'Europa, a livello culturale

gli Stati Uniti per storia e tradizione hanno ben poco da offrire (benchè recentemente ci sia stato un certo sviluppo). La ricchezza dell'Europa si basa sulla tradizione umanistica della Magna Grecia, la quale pur essendo divisa da lotte intestine era composta da svariate città-stato, che produssero ognuna la sua cultura e rappresentarono ciascuna una ricchezza, da Delfi, centro religioso ad Atene, centro culturale o Sparta quello militare. Noi abbiamo ereditato questa tradizione. Questa tradizione poi si è estesa a tutta l'Europa: noi oggi siamo fieri che l'Italia - inizio intenzionalmente con l'Italia - si sia distinta per gli eccellenti risultati raggiunti in campo artistico ed architettonico, che l'Austria abbia saputo eccellere a livello internazionale nella musica; che la Francia abbia raggiunto sublimi vertici nella poesia e la Germania per esempio nella filosofia. Questa è la ricchezza dell'Europa; la ricchezza dell'Europa non è costituita dal citato sistema del "melting pot" americano, non è la soppressione della molteplicità, ma è la promozione di questa varietà che ha raggiunto nelle varie società altissimi livelli di sviluppo.

Ora qualche osservazione sulle misure concrete che sono previste da questa legge. Innanzi tutto si prevede nel Trentino il riconoscimento dell'idioma germanofono locale, ovvero il cimbro e mocheno. Ho alcuni dubbi sulla traduzione tedesca di "mocheno" e forse si potrà correggere l'espressione usata, prima di arrivare alla discussione articolata. Questa lingua di origine germanica verrà salvaguardata nelle zone di Palù, Fersina, Fierrozzo, Frassilongo e Luserna. Altrettanto è previsto per la lingua ladina che godrà di una particolare tutela territoriale nei Comuni ladini della Val di Fassa indicati nel presente disegno di legge. Al di là di questo principio come verrà applicata concretamente questa tutela? Una misura necessaria e possibile che mi sembra molto interessante è la rappresentanza dei ladini della Val di Fassa, in aggiunta a quelli altoatesini, negli organi collegiali. E qui va menzionata anche l'iniziativa avviata dal cons. Anesi, che corre parallelamente a questo disegno di legge. In merito è già stato richiesto un parere legale all'avv. Sergio Decarneri e un secondo - pervenuto in questi giorni - all'avv. Pizzorusso. Il secondo parere non mi è stato ancora recapitato e chiedo quindi all'assessore quale esito abbia dato; ho sentito comunque che il giudizio è stato alquanto possibilista. Dunque: l'iniziativa proposta dal cons. Anesi consiste in una legge regionale che cerca di garantire la rappresentanza dei ladini negli organi collegiali senza ricorrere ad una specifica garanzia costituzionale. Se ciò dovesse essere possibile e

se Pizzorusso lo conferma, ne sarei molto lieto. Ciò a cui si tende invece in questa legge costituzionale verrebbe cementato in fondamentali costituzionali per ancorare e garantire comunque tale rappresentanza anche a livello costituzionale.

Una sostanziale innovazione concerne il già citato art. 102, il quale prevedeva che anche i ladini del Trentino avessero diritto ad usare la loro lingua e ad avere la loro cultura, ovvero potessero parlare in ladino e valorizzare le attività culturali ladine; nel nuovo art. 102 vengono inserite anche le lingue medio alto-tedesche, ovvero il mocheno e il cimbro, e nel secondo comma si prevedono misure concrete come l'insegnamento della seconda lingua negli asili e nelle scuole dell'obbligo introducendo una nuova materia obbligatoria, rispettivamente il ladino nei comuni ladini e il cimbro e mocheno nei comuni germanofoni. A livello scolastico ci sarà in provincia una rappresentanza degli insegnanti ladini, mocheni e cimbri nel Consiglio Scolastico. Un ulteriore provvedimento concreto che mi sembra molto ragionevole è quello secondo il quale per le assunzioni negli uffici pubblici dei rispettivi Comuni verrà data precedenza assoluta a coloro che conoscono e parlano le lingue in questione.

Per quanto concerne il principio già citato della promozione, all'art. 4 si prevede una sorta di proporzionale per gli stanziamenti destinati a scopi culturali. Il collega Langer ha ritenuto che ciò costituisse un autogol, poichè se la popolazione in questione non è numerosa, gli stanziamenti non sarebbero sufficientemente consistenti. Vorrei dire apertamente che anch'io ho i miei dubbi se che una distribuzione proporzionale dei fondi sia giustificata nel caso di un piccolo gruppo. Sono in effetti dell'avviso che una grande comunità dovrebbe intraprendere degli sforzi maggiori, al di là della pura proporzionale, per tutelare un piccolo gruppo. In Alto Adige la situazione è diversa: abbiamo tre gruppi linguistici con una rappresentanza proporzionale e con un'equa ripartizione dei mezzi finanziari nel settore culturale ed anche sociale, incluso il bisogno. Tuttavia se il gruppo è molto piccolo potrebbe succedere che il principio puramente proporzionale non sia sufficiente per promuovere le attività culturali; ciò significa che la comunità deve intraprendere uno sforzo maggiore per aiutare le piccole minoranze. Comunque ritorneremo in dettaglio ancora su questo articolo 4.

L'uso delle lingue viene disciplinato anche negli uffici, dove si potranno usare anche le lingue germanofone e il ladino; altrettanto vale per il ripristino dei nomi e cognomi nella forma

originaria e poi il principio di parità dei cittadini davanti alla legge tutelato dal Tribunale Amministrativo Regionale. In proposito ho da fare una domanda ai firmatari. Nel testo relativo all'art. 7 si dice: "...lesivi del principio di parità dei cittadini in quanto appartenenti al gruppo linguistico ladino..."; quindi possono essere impugnati davanti al TAR solo atti del gruppo linguistico ladino. Mi sono fatto qui un punto di domanda: perchè qui all'art. 7 ci si limita a considerare solo la lingua ladina e non si considera come in tutta la legge anche quella cimbra e mochena? Poi all'art. 8 - altro punto secondo me molto importante - si includono nei programmi radiofonici e televisivi anche trasmissioni destinate a queste popolazioni. Il Consiglio regionale aveva già ripetutamente proposto di trasmettere nel Trentino oltre alla RAI anche i programmi ladini e tedeschi provenienti dall'estero. Io credo che sarebbe opportuno inserire a questo punto un'integrazione. Tecnicamente non dovrebbero esserci eccessivi problemi a ritrasmettere i programmi ladini della Svizzera retoromana o i programmi tedeschi dell'Austria e della Germania già diffusi in Alto Adige estendendoli anche al Trentino. Forse si potrebbero integrare ulteriormente.

Ed ora concludo: sono le ore 13.55 e mi sono ripromesso di non affaticare ulteriormente la Loro pazienza; inoltre ho anche fame. In conclusione vorrei ringraziare i proponenti di questo disegno di legge per questa Loro iniziativa. Noi come SVP siamo favorevoli sin dall'inizio a tutti i provvedimenti atti a contribuire ad una migliore tutela delle minoranze in genere e di quelle spesso dimenticate e trascurate di origine tedesca medio-alta e ladina del Trentino. Non solo noi siamo favorevoli a questa iniziativa, ma la faremo appoggiare - per quanto nelle nostre forze - anche dai nostri Parlamentari; esprimiamo quindi la nostra piena solidarietà a favore di questo disegno di legge. Sicuramente sarà anche necessario (e lo abbiamo già detto) che la Provincia di Trento - non spetta a noi farlo, ma possiamo promuovere che venga fatto - rivolga attraverso le sue leggi culturali e attraverso i suoi stanziamenti particolare interesse verso queste zone, assicurando a queste località e valli trascurati anche un certo benessere economico. A livello nazionale potranno essere sostenuti tutti gli ulteriori provvedimenti che tornino a vantaggio delle minoranze in genere e possano contribuire a mutare la mentalità corrente nei confronti delle minoranze.

Infine ripeto ancora l'auspicio che ho espresso all'inizio: dopo l'approvazione sarà necessario che la Giunta regionale intervenga a

Roma per assicurarsi che questo disegno di legge finisca poi anche per essere votato dagli organi del Parlamento. Grazie per la Loro cortese attenzione!)

PRASIDENT: Wir somit am Ende der Sitzung angelangt. Ich möchte nur noch folgendes sagen: Sie haben heute gesehen, daß am Hause nur die italienische Staatsfahne ausgehängt ist. Das ist darauf zurückzuführen, daß die übrigen Aufhängevorrichtungen kaputt gegangen sind. Ich möchte von hier aus den Vizepräsidenten des Landtages ersuchen, alles zu veranlassen, daß das nächste Mal - und die nächste Sitzung ist am 12. dieses Monats - diese Mängel behoben sind und daß wieder, entsprechend dem Beschluß des Präsidiums, die drei Fahnen, die Staatsfahne, die Fahne der Region und die Europafahne, ausgehängt werden können.

Weiters teile ich mit, daß die II. Gesetzgebungskommission im Landhaus IV um 14.30 Uhr sich zur Sitzung trifft. Die nächste Sitzung ist am 12. Mai. Dazu werden Sie brieflich eingeladen.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Siamo così giunti al termine della seduta. Vorrei ancora comunicare quanto segue: avrete avuto modo di notare che oggi é stata esposta sola la bandiera italiana. Questo è dovuto al fatto che gli altri congegni di sospensione si sono rotti. Invito quindi il vicepresidente del Consiglio regionale a fare quanto in suo potere affinché la prossima volta - la prossima seduta avrà luogo il 12 maggio - non abbiano a verificarsi tali inconvenienti e possano essere esposte come da delibera della Presidenza tutte e tre le bandiere: quella italiana, quella della Regione e quella europea.

Comunico inoltre che la II. Commissione legislativa è convocata al Palazzo IV alle ore 14.30. La prossima seduta sarà convocata con comunicazione scritta.

La seduta è tolta.

(Ore 13.58)